

Courier

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franko 1,50 Mt.
Der Courier ist in die Postzeitungliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt Moritzplatz, 930 und 11864.
Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Zuschriften und Resonanzen an die Schriftleitung.

Nr. 37.

Berlin, den 15. September 1912.

16. Jahrg

Verbandskollegen! Richtet scharfes Augenmerk auf die zur beginnenden Ziehzeit von auswärts kommenden Möbelpacker und Transportarbeiter. Laßt Euch nicht mit Ausreden abspeisen. Wer nicht im Besitz einer Legitimationskarte oder des Mitgliedsbuches ist, gehört dem Verbands nicht an. Solidarität wird aber nur gegenüber Verbandsmitgliedern geübt!

Ein Scharfmacherschrei nach dem Staatsanwalt.

Die Schreibgesellen unserer Scharfmacher verfügen über mehr Maulheldentum, als über Mut und Wahrheitsliebe. Dafür gibt uns der gute Mann, der neulich in der „Speiditions- und Schiffsahrtszeitung“ über die Tariffrage unseres Verbandes herzog, den besten Beweis. Wir nahmen an dieser Stelle bekanntlich Gelegenheit, dem Herrn deutlich auseinanderzusetzen, wo die eigentlich Schuldigen an den Mißbrauch kleiner wilder Arbeitseinstellungen liegen. Die redlich verdienten Prügel haben bei dem Mann so gefressen, daß er jetzt wie toll nach dem Staatsanwalt schreit. Schade nur, daß es keine Folter mehr gibt, für unsere Redakteure würde sonst ein hochnotpeinliches Halsgericht angerufen werden. Unserem Blatt wird dabei folgende hübsche Zensur erteilt:

„Das wildeste Organ der sozialdemokratischen Gewerkschaftsorganisation ist der „Courier“. Während alle anderen Verbandsblätter in einigermaßen sachlicher Form ihrem Ziele zuzustreben versuchen, geht es in den Spalten des „Courier“ ohne Blut, Krieg und Vernichtung niemals ab. Ein Schandern ergreift jeden anständigen Menschen derartige „Geistesarbeiten“ an seinen Empfindungsnerven vorüberziehen zu lassen und man fragt sich verwundert, wie lange wird von den Hütern der öffentlichen Ordnung die ständige Anreizung zur programmatischen Verschärfung des Klassenhasses in dieser gefährlichen Form geduldet werden.“

Wir wollen gleich zur Beruhigung dieser schönen Scharfmacherschreie mitteilen, daß die Hüter der öffentlichen „Ordnung“ auch ohne diese Aufforderung und schon lange vorher lebhaft bestrebt waren und es noch sind, unsere Redakteure vor Gericht zu schleppen, wenn dies nur einigermaßen tunlich ist. Daß dies verhältnismäßig selten gelingt, spricht nicht gegen den diesbezüglichen Fleiß und Eifer der staatlichen Exekutive, sondern ist nur eine Bestätigung der Tatsache, daß unsere Redakteure nicht dumm genug sind, sich fangen zu lassen. Unser Respekt vor dem Strafgesetz ist auch zu groß, als daß wir diesem nicht die notwendige Achtung entgegenbringen sollten. Es gibt aber Scharfmacher, die weniger das Strafgesetz achten, dafür aber um so mehr besorgt sind, daß sie bei fortgesetzter bewusster Übertretung nicht gefaßt werden. Und wenn die Unternehmer sündigen, dann hat nicht nur Götin Justitia, sondern auch recht oft die Polizei eine recht dicke Vinde vor den Augen.

Das kleine Denunziationschen der „Speiditions- und Schiffsahrtszeitung“ muß also wirkungslos verhallen; übrig bleibt nur die Blamage des Denunzianten, den anständige Leute als den größten Schuft im ganzen Lande zu betrachten belieben. Und mit solchen Leuten muß man sich herumschlagen.

Doch zur Angelegenheit des begünstigten Tarif-

bruches selbst. Die Behauptung, daß unser Verband dies getan, wird skrupellos aufrecht erhalten, bewiesen wird auch neuerdings nichts. Und dann regt man sich darüber auf, wenn wir solche unbewiesenen und nicht zu beweisenden Behauptungen als Lügen bezeichnen. Die deutsche Sprache kennt eben für die Bezeichnung solcher Handlungsweise keinen treffenderen Ausdruck. Und wieder marschiert der legendäre Verbandsvertreter auf, der da bestätigt haben soll, daß „alle Arbeiter, die Streikarbeit verrichten, einfach die Mitgliedschaft zum Verbands verlieren würden.“ — Das ist ein feiner Diplomatenkniff: „alle Arbeiter, die Streikarbeit verrichten“ — das wird der ominöse ungenannte Verbandsvertreter schon gesagt haben. Das Wesentliche, daß ein Streit im gewerkschaftlich rechtlichen Sinne nur vorliegt, wenn die Gewerkschaft ihre Zustimmung zur Arbeitseinstellung gegeben hat, und daß nur in einem solchen Falle Streikarbeit mit dem Ausschluß aus der Organisation geahndet wird, das unter schlägt man. Wäre dem nicht so, dann würden die Scharfmacherschreie sich nicht scheuen, den beregten Verbandsvertreter frisch und frei beim Namen zu nennen. Aber dann käme ja die Wahrheit offener Tage und die ganze Klunzerei läme ans Licht, der ganze Schwundel wäre aufgedeckt und das darf nicht sein. Mit solchen schäbigen Mitteln wird gegen unseren Verband im besonderen und gegen die Arbeiterorganisationen im allgemeinen operiert.

Die „Speiditions- und Schiffsahrtszeitung“ bestreitet dann noch, was ja von ihrem Standpunkte aus eigentlich selbstverständlich ist, daß die Speiditeure durch Ueberschreitung der tariflichen Arbeitszeit die Vereinbarungen täglich brächen. Nur ein einziger Fall wird zugegeben. Solche Unversorenheit wird unserer Berliner Ortsverwaltung in Zukunft Veranlassung sein, alle vorkommenden Fälle fleißig zu registrieren und sie von Zeit zu Zeit fein säuberlich aufzotiert, der Unternehmerorganisation zur Kenntnis zu bringen.

Den Gipfel verbrecherischer Leistung erklimmt das Organ der Speiditeure aber mit folgender aus den Fingern gesogener Behauptung:

„Der Verband gibt mit seinen Ausführungen die deutlichste Antwort auf diese brennende Frage, indem er erklärt, daß diese Verträge nur auf dem Papier bestehen und nur die Unternehmer verpflichteten, und daß es täglich in der Hand des Verbandes liege, die Verträge ihres Wertes zu entkleiden. Man muß hierbei berücksichtigen, daß die Rutscher und Begleiter den ganzen Tag über auf ihren Gespannen ein nicht zu kontrollierendes Leben führen. Es liegt in ihrem freien Ermessen, die Arbeiten auf viel oder wenig Tagestunden zu verteilen. Es steht ihnen also Tür und Tor offen, durch eine passive Resistenz die Arbeitszeiten zu überschreiten und jederzeit die Unternehmer des Vertragsbruches zu zeihen. Es ist also ein Übel, über derartige unkontrollierbare Arbeitsverrichtungen in den Tarifverträgen Vereinbarungen zu treffen, die dem Verband die Mittel und die Macht geben,

die Tarifverträge völlig einseitig zu beherrschen. Es besteht somit für die Unternehmer eine unbedingte Pflicht, die Verträge, wenn sie überhaupt noch einen Atom Wert besitzen sollen, nach dieser Richtung hin zu revidieren, denn die Ausführungen des „Courier“ zwingen unbedingt zu einer solchen Maßnahme.“

Wo und wann haben Organe unseres Verbandes erklärt, daß die Verträge nur den Unternehmer verpflichteten? Heraus mit der Antwort, wenn wir nicht derartige aus der Luft gegriffene Behauptungen mit dem schärfsten Ausdruck, den die deutsche Sprache kennt, bezeichnen sollen. Immer heraus mit der Sprache. Beweist doch das Verhalten unserer Organisation das genaue Gegenteil davon. Man führe doch nur einen einzigen Fall an, in dem der Verband oder die Verbandsleitung einen Tarif gebrochen hat. Ein einziger solcher Fall gibt es einfach nicht. Wenn das Personal irgend einer Firma in passiver Resistenz liegt, dann bebauern wir den Arbeitgeber seiner Unfähigkeit, Ordnung im Betriebe zu schaffen und zu halten. Jede Firma beschäftigt eine ganze Portion Aufsichts- und Meisterpersonal, da wird es wohl auch möglich sein, die Kontrolle so zu organisieren, daß der Betrieb tadellos funktioniert. Wer das nicht in stande ist, dem gehen eben die notwendigsten Voraussetzungen zu einem tüchtigen Arbeitgeber ab, wofür man aber schließlich doch nicht gut unseren Verband verantwortlich machen kann.

Notwendig ist also in erster Linie, daß die Unternehmer bei sich selbst reformieren, ehe sie anderen gute Lehren zu geben berechtigt sind. Und ihr Herren, tanzen nicht in eurem Lager eine große Zahl aus den Reihen, passieren nicht unter euch selber die größten Disziplinwidrigkeiten? Die Geschichte der Arbeitgeberverbände spricht Bände davon. Also wer den Ballen in seinem Auge hat, der kümmerne sich gefälligst zuerst darum und dann erst um den Splitter in dem Auge eines anderen. Man bemühe sich erst einmal dort, dem Ideal eines Tarifvertragsverhältnisses näher zu kommen, dann werden sicher auch die Arbeitnehmer bestrebt sein, dem gegebenen guten Beispiel zu folgen. Der Nachhilfe seitens der Gewerkschaften soll es dabei wirklich nicht fehlen. Also frisch ans Werk, ihr Herren! Das Ziel ist des Mühens aller Edlen sicher wert. Wir brauchen dann keinen Staatsanwalt und keine Polizei, die ein gutes Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen Arbeitgeber und -nehmer doch auch durch die drakonischsten Maßregeln nicht herzustellen vermögen, deren Eingreifen vielmehr immer verbitternnd wirken und die zu den wirtschaftlichen Gegensätzen höchstens noch den persönlichen Haß gesellen können.

Das Problem des Tarifvertrages befindet sich, wie wir bereits früher nachgewiesen haben, noch in den Kinderschuhen, und die da aus angeborenem Haß gegen die Arbeiterklasse ins Feuer blasen, sind die allerlehten, die Steine auf andere werfen dürfen. Es gehört sehr viel Ehrlichkeitsstimm dazu, Vertragsverhältnisse schiedlich, friedlich auszubauen; dieser Ehrlichkeitsstimm geht aber sicherlich dem ab, der in dieser

Frage nach Staatsanwalt und brutaler Staatsgewalt
spricht. Demgemäß wird die Kulturwelt auch das
Schiffbauwesen in der „Speiditions- und Schiffahrts-
zeitung“ zu werten haben.

Unsere Kollegen, die sich manchmal in der Hitze
des Gefechtes von unverantwortlichen Ratgebern zu
Dummheiten verleiten lassen, mögen aus den Aus-
führungen des Mannes im Unternehmerblatt ersehen,
wie diese Herrschaften befreit sind, Scheit um Scheit
zu sammeln, um daraus bei gelegener Zeit einen
Scheiterhaufen zur Verbrennung des bishigen heute noch
vorhandenen Arbeiterrechts aufzubauen, die Ketten der
Arbeiterklasse noch fester zu schmieden. Solche pusch-
artige unüberlegte Arbeitseinstellungen kommen am
schlimmsten Ende nur den Arbeiterfeinden zu Gute.
Also Kollegen, heißt die Zähne zusammen, aber be-
wahrt eure Macht und eure Stärke, die in der ein-
ordnenden Disziplin liegt. Wer das nicht kann,
dessen Kopf das Temperament nicht zu meißern
vermag, der taugt nichts zum Klassenkämpfer, —
er taugt nur zum Kampferpfeifer. Und nur
gewerkschaftliche Wickelkinder liefern sich dem lauernden
Scharfmachertum selber aus.

Sind dagegen die Massen diszipliniert, schlagen
sie mit lakem Kopf und kühlem Verstande im drohen-
den Massentritt auf ihre Feinde, dann müssen sie trotz
Staatsanwalt und Staatsgewalt die endlichen Sieger
sein, dann lachen sie aller Drohungen und Provoka-
tionen und erobern Schritt für Schritt, Etappe um
Etappe die feindlichen Positionen. So soll, so
muß es sein.

Die Revolversehnanze.

In Deutschland gibt es außer den bekannten
Gewerkschaftsrichtungen, der freien, der kirchlich-dün-
schen und der zentralistischen („Christen“ und Polen)
sowie der „unabhängigen“, der gelben und der „Ber-
liner Richtung“, noch ein Häuflein Menschen, die man
kurz die Lokalisten nennt. Ihr Name erinnert
an die Zeit, wo die Frage, ob die zentrale oder
lokale Organisationsform für die Gewerkschaften die
richtigere sei, noch heiß umstritten wurde, wo sie noch
nicht wie heute endgültig zugunsten des Zentralismus
entschieden war. Wo die Organisationsform der Ge-
werkschaften eine Zweckmäßigkeitsfrage war — wie
zwar auch heute, wo aber die Macht, die die Arbeiter
vor diese Alternative stellte, nicht, wie heute, von den
Unternehmern repräsentiert wurde, sondern von der
reaktionären Gesetzgebung. Wochten nun auch die
Lokalistin, die an ihrer Organisationsform noch fest-
hielten, als die unerwünschte reaktionäre Voraussetzung
ihrer Existenzberechtigung gefallen war, in gutem
Glauben handelte, wochten sie der neuen Regierun-
gsacta ein noch schärferes Mißtrauen entgegen bringen,
wie sie ohne weiteres verblende, — heute ist diese
Organisationsform völlig hinfällig geworden, sie hat
sich überlebt. In Wirklichkeit besteht denn auch zwischen
den heutigen Lokalisten und den Idealen der Lokalisten
aus dem Anfang der neunziger Jahre des vorigen
Jahrhunderts, nicht ein einziger, geringster Berührungspunkt.
Die Mitglieder dieser Lokalvereinigungen, die
ganze „Richtung“ ist etwa 7000 Männlein „stark“, sind

recht unsichere Rentenkisten. Meistenteils sind sie wütende
Gegner der Unterstufungseinrichtungen, wie sie von
den freien Gewerkschaften gepflegt werden. Ihnen allen
geht es wie dem Fuchs in der Fabel, als er Trauben
mausen wollte und sie nicht erreichen konnte: als die
wütenden Gegner der Unterstufungseinrichtungen“
merkten, daß die Klassen der Organisationen vor
Klassenmärkern ziemlich sicher verwaht sind, zogen sie
ein saures Gesicht und sagten: wir wollen gar keine
Unterstützungseinrichtungen in den Gewerkschaften, sie
führen in den Sumpf — wohlverstanden, sie führten
die Gewerkschaftsbewegung in den Sumpf, nicht etwa
die Klassenmärker: weil die schon drin waren, näm-
lich in den Lokalorganisationen. Diese edler Männer,
deren zur Weltanschauung der Gelben nur der Mut
fehlt, geben auch eine, unter Ausschluß der weiteren
Öffentlichkeit erscheinende Zeitung heraus, die sie
„Die Einigkeit“ nennen. In letzter Zeit hat dies
Wirklich und mehrfach das Vergnügen gemacht, über
Mißstände usw. im Transportarbeiterverband zu
phantasieren. Einige an sich scheinbar richtige Mit-
teilungen, die den Männern der „Einigkeit“ aus irgend
einer schmutzigen Quelle zuströmten, wurden in der
lokalistischen Sudelkiste mit einer pikanten Sauce über-
gossen und der stammenden Mittelwelt als — Korrup-
tion der Zentralisten präsentiert. Ihre Ueber-
zeugung der Ueberzeugungslösung
letzt verfährt die „Einigkeit“ dann dazu, allerhand
Skapriolen und Bajazzoskizzen aufzuführen. Während
sie in der einen Nummer „beweist“, daß an der Spitze
des Transportarbeiterverbandes eine korrupte Bande
steht, weil der Breslauer Verbandstag die Unter-
stützungsfähigkeit kaum sichtbar beschnitten um mehr Geld
für eventuelle Streiks kassiert zu haben, wird in der
nächsten Nummer über die Verumpfung der zentralen
Gewerkschaftsbewegung orafelt, die angeblich viel mehr
für Unterstufungen ausgeben als für Streiks.

Verleumde nur tüchtig, sagt die „Einigkeit“, etwas
bleibt schon hängen und die „Einigkeit“leser haben
heute schon wieder vergessen, was sie gestern lasen und
für ihre „Ueberzeugung“ hielten.

In Verzückungen gerät die „Einigkeit“ jedesmal,
wenn sie über den Syndikalismus in England schreibt.
Der Eifer, mit dem sie immer die — Erfolge der
englischen Dockarbeiter hervorhebt, (als wäre der
Syndikalismus etwas zum Essen) und sie als Frucht
des Syndikalismus in Anspruch nimmt, wirkt schon
bald komisch — um so mehr, als die „Einigkeit“ not-
gedrungen nur den ersten Kampf der englischen Hafens-
arbeiter als syndikalistisch feiert, während der
zweite verloren ging, weil die Hafensarbeiter
sich von der alleinseligmachenden Lehre ab-
gewandt hätten. Wo eigentlich das Merkmal ist, das
zu diesem Unterschied berechtigt, ist ein Rätsel, auch
für die Syndikalisten und solche, die sich einbilden
welche zu sein. Der scheinbare Wirrwarr der eng-
lischen Bewegung läßt sich schnell auf, wenn man die
Ursachen des Wirrwarrs sucht.

Dem augenblicklich tagenden englischen Gewerkschafts-
kongress haben die Dockarbeiter von Liverpool, ausgerechnet die Hafensarbeiter, einen
Antrag eingebracht, der die Bildung von Industrie-
verbänden fordert. Ein Industrieverband ist nun
für die syndikalistische „Einigkeit“ die Lösung für jede
fluchenswerte Tat, weil die Aufgaben, die ein Industrie-
verband zu lösen hat, jede syndikalistische Kampfart
unmöglich machen. Ist es da nicht seltsam, daß die
Hafensarbeiter in ihrem Antrag so tun, als sei die
Gründung von Industrieverbänden eine Vorstufe-
leistung des Syndikalismus? Sie setzen ihrem Antrag
ausdrücklich die Worte hinzu: „U n t e r W e r v e r -

lung der syndikalistischen Lehre“.
Diese Erscheinung gibt zu denken, sie sagt, daß die
Engländer unter Syndikalismus doch wohl etwas
anderes verstehen, als die Einigkeit und ihre fran-
zösischen Freunde.*)

Wir wissen, daß die englische Gewerkschafts-
bewegung unter der Herrschaft des alten Trade-Unio-
nismus furchtbar zerpflegt ist. Die Hafensarbeiter im
engeren, die Transportarbeiter im weiteren Sinne,
gaben die Anregung zu einer neuen Organisations-
form. Mit dieser Organisationsform, die nahe daran
war, den Industrieverband zu verwirklichen, be-
wechelten sehr viele der anderen Gewerkschaftsmit-
glieder die undisziplinierte Kampfart der Hafens-
und Transportarbeiter. Sie hielten und hatten diese
Kampfart, in hellen Haufen anzurennen gegen die
lassenschrantgepanzerten Unternehmer, um sich dort den
Schädel einzurennen, für eine unabwendbare Begelei-
tererscheinung der Industrieverbände. Für sie ist der
Kampf gegen den Syndikalismus ein Kampf gegen
den Zusammenschluß der Verbände: was in Wirklich-
keit mangelnde Schulung eines Ven Tillet usw. war,
hielten die Gegner der Industrieverbände für einen
Mangel der neuen Organisationsform.

Nicht ganz so harmlos, das sei ruhig zugestanden,
ist die Propaganda für den Syndikalismus, immerhin
ist zwischen dem englischen und französischen ein
himmelsweiter Unterschied. Schon der hervorragendste
englische Agitator für den Syndikalismus, Tom Mann,
nimmt zum hauptsächlichsten Glaubenssatz der fran-
zösischen und deutschen Syndikalisten: zur Verwerfung
des Parlamentarismus, eine ablehnende Stellung ein.
Tom Mann sagt z. B. in „Parliamentary Action“ auf
S. 7: „Ich weiß sehr gut, daß jeder vernünftige
Bürger zu allen Zeiten die Weisheit und Notwendig-
keit der politischen Aktion anerkennt. Ich bin
gewiß nicht Antipolitiker.“ Für die Ver-
worfenheit der Syndikalisten spricht es, daß Tom
Mann sich andererseits zu den französischen Syndikalisten
bekennt, und wenn die keine Antiparlamentarier sind,
dann ist die „Einigkeit“ das hervorragendste Arbeiter-
blatt. Die Stellungnahme der englischen Syndikalisten
zur parlamentarischen Betätigung ist auf Grund des
politischen Werdeganges der englischen Arbeiter leicht
zu verstehen. Lange Jahre hindurch, als die deutschen
Arbeiter längst eine eigene Vertretung im Parlament
hatten, waren die englischen Arbeiter nur Stimmgabel
für die liberale Partei. Mit der Ausbreitung des
sozialdemokratischen Gedankens erwachte der poli-
tische Sinn der Arbeiter, und bald gab es eine
Arbeiterpartei im Unterhaus. Die gespannt und
jedenfalls, wie leicht verständlich, nicht immer gerecht-
fertigten Erwartungen wurden jedoch grausam ent-
täuscht. Zwiefellos hat die Arbeiterpartei nicht so
gewirkt, wie die Arbeiter erwarten konnten, und wenn
wir einen noch so großen Teil dieser Schuld auf das
Konto der lächerlichen parlamentarischen Zeremonien
setzen. „Wenn die Frage gestellt worden wäre“, sagt
J. W. Aspley, „wozu eigentlich eine Arbeiterpartei
da sei, hätte schwerlich eine befriedigende Antwort
gegeben werden können.“ Dazu kommt, daß in der
Zeit einige englische Arbeiterpartei die parlamen-
tarische Aktion im Gegensatz zum Streik stellte, als
ob ein das andere ersetzen könnte. Nehmen wir
noch hinzu, daß die alten, in den Gelenken
steif gewordenen Gewerkschaftsführer sich übermäßig

*) Wie die Franzosen den Syndikalismus ver-
stehen, dafür haben wir in dieser Nummer zwei Bei-
spiele unter „Hafensarbeiter“ zitiert.

Der Kampf gegen die Schandliteratur

hat schon gute Erfolge gezeitigt und mehr und mehr
emanzipiert sich das aufgeklärte Volk von dem geist-
lichen Gift, das von bürgerlichen Berlegern in massen-
haften bunten Heften verbreitet wird, um solcherweise
eine Millionensteuer aus den Taschen der arbeitenden
Bevölkerung zu ziehen. Viel ist dagegen getan, aber
noch lange nicht genügend! Ebenfalls wenig wie auf
politischem und wirtschaftlichem Gebiete darf es hier
einen Stillstand geben! Es ist durchaus nicht gleich-
gültig, was man zu seiner Unterhaltung liest. Von
dieser Erkenntnis ausgehend, hat die organisierte Ar-
beiterchaft sich ihre eigene Romanbibliothek geschaffen:
die nun in ihrem 16. Jahrgange erscheinende Wochen-
schrift „In Freier Stunde“. Die „In Freier
Stunde“ sehen ihre Aufgabe darin, der Arbeiterchaft
gute, fesselnde und für jedermann verständliche Romane
aus der Weltliteratur zu vermitteln. Der Hauptroman
wird stets von Künstlerhand illustriert, während an
zweiter Stelle kleinere Romane, Novellen oder Humo-
resken erscheinen. Jedes Heft ist 24 Seiten stark und
bringt nebenbei mancherlei Aufsätze und Notizen aus
allen Gebieten des Wissens, seiner Skizzen, Anekdoten,
Witze und Scherze.

Mit dem letzten Heft erhalten die Abonnenten der
„Freien Stunde“ eine wertvolle Kunstbe-
ilage, die als Wandschmuck verwendet werden kann,
völlig gratis und ohne Erhöhung des Abonnements-
preises.

Allen Freunden guter Unterhaltungsliteratur raten
wir, ein Abonnement auf die „Freien Stunden“ zu
bestellen. Der Zeitpunkt ist gegenwärtig besonders
günstig, da eben zwei neue Romane beginnen. Eine
Titel- und Inhaltsangabe der Romane wird unsere
Leser sicher interessieren.

Joanhoe, Roman von Walter Scott.

In diesem Roman, illustriert von Mag
Fabian, unternimmt es der bedeutende englische
Erzähler, uns die Gegensätze verschiedener Völkerrassen
und ihre Kämpfe miteinander in spannenden Szenen
zu veranschaulichen.

Der Roman spielt um die Zeit, da der englische
König Richard I. nach seinem Kreuzzuge gegen Sultan
Saladin gefangen genommen und an den deutschen
Kaiser ausgeliefert worden war, um schließlich nach
England zurückzuführen. Hier regierte indessen als
Stellvertreter sein Bruder Johann „ohne Land“, der
mit Gewalt die Herrschaft für immer an sich zu reißen
versuchte — ein Unterfangen, das am Ende scheiterte,
aber dem Lande unheilvolle Kämpfe brachte. Auch die
Gegensätze zwischen den normannischen Sachsen, die
seit der Eroberung in beiden Lagern fortlebten,
stammten in heftigen Zusammenstößen auf.

Hartnäckig hielt der eingeborene Bauer an seinen
Sitten, seiner Sprache, seiner Unabhängigkeit fest, und
das übermütige normannische Rittertum sah sich seinem
glühenden Haß gegenüber. Wer Haß und Widerstand
konnten nicht verhindern, daß viele dieser Bauern von
Haus und Hof vertrieben wurden und ihr Besitz in
die Hände der Eroberer fiel. Da machten es ihrer
viele so wie Karl Moor in Schillers „Räubern“: sie
gingen in die Wälder und sagten der Gesellschaft
Krieg an. Diese „Neomen“ (Freibauern), die vielfach
treffliche Bogenschützen waren, spielten in dem Roman
eine ebenso bedeutende wie auch interessante Rolle.
Während dem Leser Prinz Johann und seine Nummern
als Typen gewissenloser Eroberer dargestellt werden,
sehen wir in Gedric, dem Sachsen, den knorrigen,
eigensinnigen Repräsentanten der Besiegten, den weder
süße Worte noch Drohungen gewinnen können.

Joanhoe, der Fitteldes des Romans, ist sein Sohn
— ein Ritter, der eben aus dem Kreuzzuge zurückge-
kehrt ist und nun — zunächst unerkannt — die Beob-
achtung macht, daß es auch im eigenen Lande noch
mancherlei zu tun gibt. Seine mannigfachen Aben-
teuer spielen sich im vorstehenden skizzierten Rahmen ab
und verhelfen ihm zu der auch von seinen Feinden
eifrig umworbenen Braut.

Einen wesentlichen Bestandteil des Romans bilden
die oft sehr humoristischen Schilderungen der Wälder,
Wägen und Tempelritter. Mit offenbarem Behagen
zeigt uns Scott das doppelte Gesicht dieser „Götter-
weihen“, indem er sowohl ihre menschlichen, allzu

menschlichen Gesichte wie ihre Unbuddsamkeit und Grau-
samkeit in scharfen Strichen zeichnet.

Nicht zu vergessen ist schließlich das Schicksal der
Zuden. Der alte Wucherer Jaal und seine schöne
Tochter Nebekka sind außerordentlich gelungene Ver-
treter der orientalischen Rasse; in Nebekka tritt uns
außerdem einer der schönsten und edelsten Frauen-
charaktere entgegen, die Scott geschaffen hat.

Der Roman ist, wie schon diese kurze Skizzierung
andeutet, sehr reich sowohl an interessanten Szenen,
wie unterhaltenden Geschehnissen. Daß er uns neben-
bei in großen Zügen die Kenntnis einer wichtigen
Geschichtsperiode Englands vermittelt, ist ein weiterer
Vorzug.

Neben dem Roman Joanhoe gelangt zunächst noch
zum Abdruck:

Das Weibervorf.

Roman aus der Gifel von Clara Viebig.

„... Die Männer vom Eiselschmitt hatten nie
viel Zeit, rasch wurde geliebt, rasch wurde getraut.
Zweimal im Jahre kamen sie heim ins enge Salmtal.
Sie konnten da nicht ihren Lebensunterhalt verdienen;
der Erwerb ist knapp in der Gifel, lang hängen die
Ackerer an den Bergen, lang sind die Winter, kurz
die Sommer. ... Vater, Sohn, Gatte, Bruder, alles
wanderte aus nach Westfalen und tief ins Inne-
land, wo auf der meilenweiten Ebene düstere Fabrikschä-
fte sich eng zusammendrängen. ... Hier konnte man die
Eiselschmiede finden, umgibt von Flammen, eingeeengt
von Mauern, sehnstüchtig des Heimathimmels ge-
dend. ... Aber dann kam die Heimkehr! —
Durchjubelte Tage, durchjubelte Nächte. ...“

Von diesem männerverlassenen Dorf also handelt
der Roman, lustig und wehmütig zugleich. Wehmütig,
wenn er uns das arme Leben der Eiselschmiede schil-
dert oder uns zeigt, wie Leidenschaft die Menschen
bestimmungslos und Liebe einen Mann zum Falschmied
macht, — lustig, wo er uns die komischen Seiten einer
allgemeinen Männertollheit vorführt, die sich auf ein
einziges Exemplar des „stärkeren“ Geschlechts richtet,
weil die andern eben nicht zu Hause sind.

für die Zwangsschiedsgerichte*) ins Zeug legten, wiederum ein Mittel, den Streit zu erlösen, und daß diese Zwangsschiedsgerichte „im Gegenteil nichts anderes waren, als ein ganz raffiniertes Mittel, um die Arbeiter niederzuhalten und ihre gewerkschaftliche Organisation zu lähmen.“ (Aster) ziehen wir weiter in Betracht, daß sich in England eine allgemeine politische Umwälzung vorbereitet, so ist einestheils das Mißtrauen der Arbeiter gegen die politische Aktion und andererseits ihre Mißstimmung über die alte Gewerkschaftstaktik verständlich. Die Anhänger des englischen Syndikalismus sind bezimert, wenn man sich entschließt, Industrieverbände zu gründen und eine berufliche Gewerkschaftstaktik zu pflegen. Welcher Gewerkschaftstaktik eigentlich Tom Mann huldigt, ist ebenso unklar, wie die ganze Bewegung. Er scheint der Ansicht zu sein, daß die Verkürzung der Arbeitszeit genügt, die Arbeitslosenfrage zu lösen, wobei er anscheinend vergißt, daß eine technische Erfindung häufig mehr Arbeiter ins Elend der Arbeitslosigkeit bringt, als eine Verkürzung der Arbeitszeit gut machen kann. Ganz so leicht, wie Tom Mann das hinstellt, würde die Arbeit der Industrieverbände nicht werden.

Die „Einigkeit“ schwärmt für Tom Mann und Tom Mann schreibt für die „Einigkeit“ — und doch, welche ein himmelweiter Unterschied. Tom Mann ist nicht gegen den Parlamentarismus, wenn er ihm auch kritisch gegenübersteht; er ist aber auch Anhänger der großen Zentral- der Industrieverbände — was bleibt da noch vom Ideal der „Einigkeit“ und der Lokalfisten? Zwischen den englischen (b. h. Tom Mann) und den deutschen Syndikalisten besteht nur ein Berührungspunkt: beide finden den Beifall der Unternehmer. Die „Times“ ist von Tom Manns Lehren ganz begeistert, und wenn wir heute von der Werkschätzung der deutschen Lokalfisten durch die Unternehmer nicht mehr dasselbe mitteilen können, so ist daran ihre Unbedeutendheit schuld. Sie haben den Anschluß verpaßt, an ihre Stelle traten die „Wirtschaftsfriedlichen“. Also lassen wir die Lokalfisten langsam verrotten; wenn aber die „Einigkeit“ wieder einmal eine Parallele ziehen will zwischen deutscher und englischer Hafenarbeiterbewegung, wenn sie wieder einmal ihre Revolutschonauze Gift und Galle gegen uns speien läßt, dann legen wir das Blatt beiseite — und waschen uns die Hände.

Die Lohnbewegung der Kottbusser Expeditionsarbeiter.

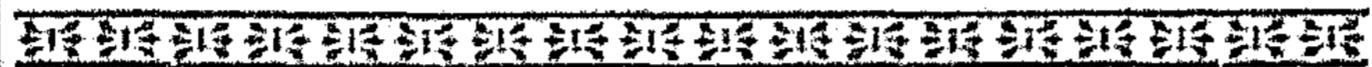
Wohl keine Stadt der Provinz Brandenburg hat sich so schnell das Gepräge einer Großstadt angeeignet wie Kottbus. Kottbus ist eine Stadt der Fabriken, in ihr konzentriert sich der Handel der Nieder-Lausitz. Dadurch wird die Stadt zum großen Knotenpunkt. Kommt man vom Bahnhof zur Stadt, so passieren wir wohlgepflegte, freundliche Straßen und es hat den Anschein, als wenn die Einwohner der Stadt sich in äußerst glänzenden Verhältnissen befinden. Auch die Expeditionsarbeiter haben anscheinend keinen Grund zur Unzufriedenheit. Daß aber dieser Glaube total irrig ist, zeigt uns die letzte Lohnbewegung der Expeditionsarbeiter. Durch unermüdete Agitation war es uns gelungen, endlich einmal Eingang bei diesen Kollegen zu finden und sie zu organisieren. Die Lebenslage unserer Berufskollegen ist geradezu trostlos. — Welche skandalösen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Kottbusser Fuhrbetrieben herrschen, geht aus folgender Aufstellung hervor. Die Expeditionskutscher haben Löhne und Arbeitszeiten bei:

- Worich Goldstein: 19.— M. pro Woche, Durchschnittsarbeitszeit 80 Stunden pro Woche, ergibt einen Stundenlohn von 23 1/2 Pf.
 - Hermann Krüger: 20.— M. pro Woche, Durchschnittsarbeitszeit 80 Stunden pro Woche, Stundenlohn 25 Pf.
 - Müller u. Co.: 19.— M. pro Woche, Durchschnittsarbeitszeit 80 Stunden pro Woche, Stundenlohn 23 1/2 Pf.
 - Caspar u. Co.: 19.— M. pro Woche, Durchschnittsarbeitszeit 83 Stunden pro Woche, Stundenlohn 22 1/10 Pf.
 - Kurt Jodel: 21,50 M. pro Woche, Durchschnittsarbeitszeit 90 Stunden pro Woche, Stundenlohn 23 1/10 Pf.
 - Emil Böttcher: 20.— M. pro Woche, Durchschnittsarbeitszeit 90 Stunden pro Woche, Stundenlohn 22 1/10 Pf.
 - Hemmerling: 20.— M. pro Woche, Durchschnittsarbeitszeit 80 Stunden pro Woche, Stundenlohn 26 Pf.
- Der Durchschnittslohn beträgt demnach insgesamt 23,6 Pf. Daß mit einem derartigen Lohne nicht mehr auszukommen war, ist erklärlich, und es war unsere heiligste Pflicht, den Wünschen der Berufskollegen Rechnung zu tragen und einzutreten.
- Daß wir einen schweren Stand hatten, war uns von vornherein bekannt. Einmal waren unsere Kollegen selbst noch nicht fähigst genug, um es eventl. auf einen scharfen Kampf ankommen zu lassen, und weiter wußten wir, daß die Unternehmer im Expeditions-gewerbe zu den reaktionärsten Arbeitgebern von Kottbus zählten. Mit diesen Gründen mußten wir recht vorsichtig zu Werke gehen.
- Am 20. August 1912 fanden wir einen Lohn-tarif ein, der einen Lohn von 26.— M. vorsah;

*) Schiedsgerichte haben mit Syndikalismus natürlich nichts gemein, aber der „syndikalistische“ Sieger in der ersten Fiegriethen-Schlacht der Londoner Hafenarbeiter, Ben Tillet, legte dem Gewerkschaftskongreß eine Resolution vor, die Schiedsgerichte verlangt. Diesen „Syndikalisten“ haben die Unternehmer schon überlistet.

ferner verlangten wir die Regelung der Arbeitszeit, Bezahlung der Überstunden, Regelung der Sonntags-tätigkeit, Schaffung von Aufenhaltsräumen etc., — alles Forderungen, welche für sich selbst sprechen. Unstätt daß nun die Arbeitgeber auf unser höfliches Schreiben antworteten, versuchte man auf die Kutscher und Arbeiter einzuwirken. Herr Thiele, Inhaber der Firma Caspar u. Co., erklärte seinen Leuten, daß er auf keinen Fall mit den „Berliner Fritzen“ verhandeln würde und er mit sich nur reden lasse, wenn seine Leute selbst kommen würden. Dasselbe Bild bot sich auch bei den übrigen Firmen. Den Kutschern und Arbeitern der Firma E. Böttcher u. Co. war anscheinend das Herz in den Hosensboden gefallen. Die Kollegen sollten sich dem Chef gegenüber geäußert haben, daß sie mit ihrem Lohn zufrieden seien und Forderungen nicht stellten. Am 21. August beschloßen die Unternehmer, mit dem Verbands nicht zu verhandeln, doch wollten sie horten, inwieweit die Arbeiter von ihren Forderungen ablassen würden. Am 24. August kamen dann die Unternehmer abermals zusammen und hier wurde beschloßen, im höchsten Falle 1.— M. pro Woche zuzulegen, aber unter keinen Umständen einen Tarif mit dem Verbands ab-zuschließen.

Daß die Einwirkung der Unternehmer von Erfolg gekrönt war, zeigte sich am 25. August in der von



Arbeit.

Wir höhlen Berge, wir schließen Schluchten
Und schmieden die Welt in den Schienenstahl.
Wir lassen rollende Eisen wuchten
In Adlerhöhn über's tiefste Tal.
Wir pflanzen Städte, wir türmen Dome,
Unser Werk verkündet der Glockenschlag.
Wir brechen die Kraft dem stürzenden Strome
Und wandeln die Nächte zum blendenden Tag.
Wir schürfen des Abgrunds Schätze zum Lichte
Und steuern schwimmende Städte durch's Meer.
Wir schweißen das Schwert für die Völkergerichte
Und kreuzen auf Segeln in Lüften einher.
Wir graben Gedanken in eherner Zeichen
Und streuen sie über das Erdenrund.
Wir rufen in allen Welkenreichen
Hände und Hirne zum wirkenden Bund.
Wir tragen das Leben durch Eisflut und Feuer,
Wir Schaffer wir Schöpfer von Süd und Nord.
Wer fest ein Ruder führt, sei uns teuer,
Doch wer da friert, der stürze von Bord!
Arnold Bücht.



uns einberufenen Versammlung. Von 60 in Frage kommenden Kollegen waren nur 13 Mann erschienen. Dieser schwache Besuch hatte seine Ursache darin, daß das Gerücht von den Unternehmern verbreitet worden war, sie würden wohl einen Lohn von 23.— M., eventuell zahlen.

Am 26. August wurde von uns eine persönliche Umfrage bei den Unternehmern veranstaltet und festgestellt, daß die Unternehmer gar nicht daran dachten, einen Wochenlohn von 23.— M. zu zahlen. Sie wollten vielmehr im Höchstfalle für Schaffner einen Lohn von 20.— M., für Kutscher von 21.— M. zahlen. Mit dem Verbands wollten sie nichts zu tun haben und lehnten jedes Verhandeln rundweg ab. Die Firma Hemmerling allerdings nahm nicht diesen abstrakten Standpunkt ein. Nach zirka 1/2 stündiger Verhandlung konnte ein Tarif zum Abschluß gebracht werden. Die Firma Denecke, Inhaber Worich Goldstein, schwang sich zur Zahlung eines Einheitslohnes lohnes von 21.— M. pro Woche auf, betonte aber, daß sie diesen Lohn nur für — „Extr.“ zahlte. Daß unter diesen Umständen von einem Streit Abstand genommen werden mußte, war klar, denn unsere Kollegen waren auf dem von den Unternehmern ausgekreuten Leim gehüpft, und eine Versammlung am Abend des 26. August gab uns den Beweis, daß von der Einstellung der Arbeit keine Rede mehr sein könne. Damit war die erste allgemeine Lohnbewegung im Expeditions-gewerbe für Kottbus beendet.

Am Donnerstag, den 29. August fand eine öffentliche Versammlung aller Kutscher und Transportarbeiter statt, welche von 250 Personen besucht war. Hier wurde noch einmal die ganze Bewegung auf-gewollt und von allen Diskussionsrednern die Handlungsweise des Verbandes als richtig anerkannt. Von einem Kollegen wurde geschilbert, daß die Firma ihm eines Tages zumute, nachdem er von morgens früh 4 1/2 Uhr bis abends 9 Uhr gearbeitet, noch nach Gr.-Kätschen zu fahren, eine Strecke von zirka 50 Kilometer; er erhalte auch für diese Tätigkeit die horrenden Summe von 1.— M. extra. Selbstredend lehnte unser Kollege dieses Ansinnen rundweg ab.

Derartige Zustände sind in Kottbus an der Tagesordnung, trotz Fahr- und Fachschule und Polizei-schule.

Nun Kollegen, wenn diese Bewegung auch nicht so glücklich ausgelaufen ist, wie wir wünschten, so hat sie uns doch Fingerzeige gegeben, woraus wir

lernen können. Mögen unsere Kollegen in Kottbus die notwendigen Schritte hieraus ziehen. Heber kurz oder lang kommen die „Berliner Fritzen“ wieder, und wir hoffen, daß dann das Verhängnis nachzuholen sein wird. Den Unternehmern rufen wir zu: Wir kommen wieder!

Ein phantastischer Direktor der Berliner Paketfahrtgesellschaft vor dem Berliner Gewerbegericht.

Es ist bekannt, daß die Berliner Paketfahrt-gesellschaft bei der Anstellung neuer Arbeitskräfte in ihrem Betriebe sich von den zur Einstellung Gelangenden einen Revers unterschreiben läßt, laut welchem die Betreffenden mit sofortiger Entlassung bestraft werden, wenn sich herausstellt, daß sie als Mitglied dem Deutschen Transportarbeiterverband angehören. Ferner gehen sie der eingezahlten Kaution von 50 M. verlustig bei etwa vorkommendem Vertragsbruch durch Streit. Dieser Revers spielt in letzter Zeit eine besondere Rolle, insofern, als nach dem letzten Streit der Angestellten bei der „Paketfahrt“ eine Anzahl Kutscher und Schaffner, bei denen die Direktion dahinter gekommen ist, daß die Betreffenden Mitglieder des Transportarbeiterverbandes waren, plötzlich entlassen worden sind. Da ein derartiger Revers, laut welchem den Arbeitern und Kutschern das ihnen gesetzlich zustehende Koalitionsrecht entzogen wird, unter den heutigen Verhältnissen, wo alle Kreise der Bevölkerung von dem Recht der Koalition Gebrauch machen, als reaktionär und gegen die guten Sitten verstoßend angesehen werden muß, haben die Entlassenen wegen ungerechtfertigter Entlassung ohne Einhaltung der Kündigungsfrist, — die bei der Gesellschaft drei Tage betragen soll — Klage wegen Auszahlung des Lohnes für drei Tage bei dem Gewerbe-gericht erhoben.

Diese Klagen werden nun in der Regel von dem Direktor W. als Vertreter der Firma in den mündlichen Verhandlungen vor dem Gewerbegericht wahrgenommen. Am 1. August hatte sich das Gewerbe-gericht mit einem solchen Fall zu beschäftigen. Da der Bezirksleiter unserer Berliner Verwaltung an diesem Tage als Beisitzer in der Kammer 7 fungierte, legte der Herr Direktor W., nachdem die Verhandlungen und Beratungen in der vorliegenden Sache soweit gediehen waren, daß ein Urteil gefällt werden sollte, Einspruch auf Ablehnung des Bezirksleiters wegen Befangenheit ein, mit der Begründung, daß der Betreffende als Vorsitzender der Berliner Verwaltung des Transportarbeiterverbandes als Richter in diesem Falle einen einseitigen Standpunkt einnehmen könnte. — Das Gericht schloß sich dem Antrage des Direktors an. — Bei der Beurteilung der Klage stellte sich das Gericht auch nach Ausschneiden dieses Beifitzers auch auf den Standpunkt, daß der Revers gegen die guten Sitten verstoße und die Paketfahrtgesellschaft wäre in diesem Falle verurteilt worden, drei Tage an den Kläger zu zahlen, wenn letzterer nicht ein Schriftstück unterschrieben hätte, wonach er keinerlei Ansprüche an die „Paketfahrt“ hat. „Leider“ mußte das Gericht daraufhin die Klage abweisen.

Am 30. August hatte sich die Kammer 7 dann mit einem gleichen Fall, den Kutscher K. betreffend, beschäftigt. Der Direktor W., der auch in diesem Falle als Vertreter der Firma erschienen war, richtete diesmal vor Eintritt in die Verhandlungen an die amtierenden Beisitzer die Frage, ob vielleicht einer von ihnen Mitglied des Transportarbeiterverbandes wäre. Falls dies der Fall wäre, würde er den Betreffenden als Befangen ablehnen. Die Beisitzer lehnten mit Recht die Beantwortung dieser vor Gericht etwas sonderbaren Fragestellung ab, mit dem Bemerkten, daß es niemand etwas angehe, ob und wo die Beisitzer organisiert sind. Da Herr Direktor W. von keinem Beisitzer behauptet konnte, daß er unser Mitglied sei, hat das Gericht die Verhandlung des Falles ausgesetzt. Die Kammer 7 hat dann eine besondere Sitzung anberaumt, die über den Einspruch Beschluß fassen wird. (Derartige Anträge sind laut § 29 des Gewerbegerichtsgesetzes zulässig.)

Am interessantesten ist aber die Begründung des Direktors. Der Herr behauptete nämlich, der Deutsche Transportarbeiter-Verband habe eine Anzahl seiner Mitglieder veranlaßt, bei der „Paketfahrt“ Beschäftigung zu nehmen und zwar zu dem ausgesprochenen Zweck, im Streife der dazuliege Beschäftigten Kutscher und Arbeiter zu agitieren, um sie als Mitglieder für den Verband zu gewinnen. Für diese Tätigkeit erhalten die so beauftragten Leute aus Verbandsmitteln einen Zuschuß zu ihrem von der Paket-fahrt gezahlten Lohn als besondere Lohn für ihre Agitations-tätigkeit. Er sei im Besitz einer Anzahl eldesstattlicher Versicherungen, laut welchen ihm seine treu ergebenen Leute Klagen eingestanden hätten, daß sie sich vor dem Treiben der auf diese Art und Weise verdingten Ab-gesandten des Verbandes nicht mehr retten könnten. Die Direktion habe infolgedessen Schritte unternommen und wird Magbar gegen dieses Verhalten des Verbandes oder der Verbandsmitglieder vorgehen. So der Herr Direktor. Na, das ist ja fürchterlich. Wir werden abwarten, was da das Gericht und der Staats-anwalt noch alles aufdecken werden.

Am selben Tage hatte dieselbe Kammer — viel-leicht eine halbe Stunde später — einen anderen Fall zu erledigen, den der Herr Direktor W. ebenfalls vertrat. Es handelte sich hier um eine Klage der Paket-fahrt gegen einen ihrer früheren Angestellten wegen Veruntreuung. Als der Vorsitzende nun an den Direktor die Frage richtete, ob er auch in diesem Falle Einwendungen gegen irgend einen Beisitzer zu erheben habe, wurde dies von letzterem verneint. Diese Taktik ist noch mehr wie sonderbar. Für Klagen, die di-

Pafefahrt gegen ihre Angehörigen führt, sind die Pafefahrer, auch wenn diese Mitglieder des Transportarbeiterverbandes sind, objektiv und brauchbar; Klagen aber die Angehörigen gegen die Pafefahrtsgesellschaft, dann sind solche Pafefahrer paratellig. — Was würde Herr Direktor W., der auch Arbeitgeberverfechter des Gewerbegerichts bei der Kammer 7 ist, sagen, wenn Arbeiter vor Gericht ihn deshalb ablehnen, weil er als Konstitutions- und Organisationsverfechter, von jedem organisierten Arbeiter, der gezwungen ist, sein Recht vor dem Gewerbegericht zu suchen, als einseitig und besorgnis angehen wird. — Unter solchen Voraussetzungen wäre das Gewerbegericht natürlich bald ausgeschaltet. Deswegen ist das Gewerbegericht und seine Tätigkeit im allgemeinen allseitig lobend anzuerkennen. Daraus geht hervor, daß die Pafefahrer, gleichviel welcher Organisation diese auch angehören mögen, in allen Fragen, bei deren Erledigung sie als Richter tätig waren, korrekt und objektiv gehandelt haben. Dies ist auch in allen Fällen, wo sich die Kammer 7 des Gewerbegerichts mit Klagen, die die Pafefahrtsgesellschaft betreffen, seitens der Pafefahrer, die nebenher noch im Transportarbeiterverband organisiert sind, gesehen. Daß für die Angehörigen dieser Gesellschaft prozentual vielleicht öfter sich die Notwendigkeit ergibt, vor dem Gewerbegericht ihr Recht gegen diese Firma zu suchen, dürfte ein Beweis dafür sein, daß in diesem Unternehmen nicht die besten Lohn- und Arbeitsverhältnisse herrschen. Dieses weiß der Direktor W. auch sehr gut und deshalb ist er in den vorliegenden Fällen eine gerechte Beurteilung. Was würden die Herren Direktoren der Pafefahrt sagen, wenn sich jemand fände, der ihnen irgend welche, ihnen gesetzlich zustehenden Rechte nehmen oder beschneiden würde?

Was aber den organisierten Transportarbeitern recht ist, muß dem Direktor der Pafefahrt billig sein. Er wird sich also auch in Zukunft auf prinzipielle Ablehnung seiner Person durch organisierte Arbeiter gefaßt machen müssen.

In übrigen können wir verraten, daß die in den Pafefahrtbetriebe eingeschmuggelten Verbandsagitatoren vom Verband nicht nur 100 pCt. Lohnausfall, sondern außerdem für jedes gewonnene Mitglied 100 Mk. Provision und 50 Mk. Auslagenvergütung für Bier, Schnaps, Sekt etc. erhalten. Außerdem ist diesen Agitatoren vom 65. Lebensjahre ab eine jährliche Pension von 3000 Mk. seitens des Verbandes garantiert. Zum Ueberflus erhalten alle, denen es gelingt, mehr als 10 Pafefahrtangestellte für den Verband zu gewinnen, noch die große goldene Verdienstmédaille am silbernen brillantbesetzten Bande.

So, nun hat der phantastiebegabte Direktor der Pafefahrt wenigstens das Material, das er so nötig zu seiner Klage gegen den Verband braucht. Wir fürchten aber trotzdem, das Ergebnis einer solchen Klage wird die Lachmünder der Welt noch mehr in Anspruch nehmen, als es seinerzeit der Streich des Hauptmanns von Köpenick getan hat. Und das Recht auf Lachen kann auch ein selbstherrlicher Pafefahrt-Direktor nicht verbieten und nicht ablehnen, selbst wenn es auf seine ureigensten Kosten geht.

Land- und Fahrstraßen in der Geschichte des Verkehrs.

(Nachdruck verboten.)

II.

Das römische Reich ging unter und mit der zivilisierten Kultur verfiel auch der bereits so hochentwickelte Wagen- und Straßenbau der Römer dem Erdboden, fast ohne eine Spur zu hinterlassen. Die indogermanischen Völkerstämme, die die Wälderwanderung in das Herz Europas führte und hier ansässig machte, traten auf den Plan der Geschichte und begannen eine neue europäische Kulturentwicklung, die auch im Wagen- und Straßenbau noch einmal fast von Anfang an begann. In Räderfahrzeugen kannten diese Völker nur plumpe, noch sehr primitive, auf Scheibenrädern laufende und von Ochsen gezogene Fuhrwerke für die Beförderung von schweren Lasten innerhalb des Gutsbezirkes. Wagen für Reisezwecke waren unbekannt, und ebenso waren auch Land- und Fahrstraßen, auf denen solche Wagenfahrzeuge hätten verkehren können, noch so gut wie gänzlich unbekannt. Deutschland war damals noch ein Land der Wälder, bedeckt mit unermesslichen Wäldern, in denen es sich Bären, Wölfe und Eber wohl sein ließen, für Fahr- und Verkehrsweifen aber noch alle Vorbedingungen fehlten. War doch noch selbst zur Zeit Karls des Großen das Reife- und Verkehrsweifen so unbedeutend, daß für Reifewagen überhaupt noch kein Bedürfnis vorhanden war und das Pferd als Reit-, Pack- und Kurierpferd das allgemeine Beförderungsmittel für alle Zwecke des Personen-, Nachrichten- und auch des Warenverkehrs blieb. Die wenigen überhaupt vorhandenen Straßen waren noch derart schlecht, daß sie wohl dem Reitpferd dienen konnten, aber für das Befahren der Straßen mit Räderfahrzeugen ganz untauglich waren.

So war natürlich auch der Wagen als Beförderungsmittel bei der Wegebeschaffenheit jener Zeit noch gänzlich ausgeschaltet, und nur dennoch das Bedürfnis fühlte, eine neue, auf andere Art als auf dem Rücken des Pferdes zurückzuliegen, der konnte sich höchstens noch der Rosbare bedienen, einer Art Hängefuhrwort, bestehend aus einem hängenden Kasten etwa nach Art einer Sänfte, der an Stangen von je einem vor- und einem hinter dem Kasten schreitenden Pferde getragen wurde. Doch konnte auch dieses Beförderungsmittel, dessen sich vornehmliche oder auch schwächliche Personen bedienten, nur in sehr geringem Maße Verwendung finden und ebenfalls nur soweit, als die Wege wenigstens einigermassen in Stand gehalten waren. Immer noch war und blieb der Zugochse das einzige Wagenmittel, höchstens das neben diesem

nach der Maulst verwandt wurde; das Pferd aber war noch ausschließlich Reittier und galt speziell bei allen deutschen Völkern als zu edel für den niederen Dienst des Juges, alles Umstände, die naturgemäß auch das Bedürfnis nach künstlich angelegten Land-, Fahr- und Wasserstraßen noch fast völlig unterdrückten und jegliche Entfaltung des Straßenbaues verhinderten. Das einzig Bemerkenswerte, daß in jenem Zeitalter auf dem Gebiete des Straßenbaues geleistet wurde, waren einzelne Straßenzüge, die stark der Größe anlegen ließ und die allerdings von ganz beträchtlicher Länge waren, nicht nur das gewaltige Karolingerrich durchzogen, sondern sich noch weit in die Nachbarländer hinein erstreckten. Die Straßen waren aus Stein hergestellt, der in Kalf eingebettet war. Daher wurden sie Kalfstraßen, lateinisch calcata, genannt, eine Bezeichnung, die sich späterhin in das französische Wort „causé“ umwandelte, aus dem dann schließlich das Wort Chaussee entstand. Dieser Name ist jedoch auch so ziemlich das einzige, was sich von den Straßen Karls des Großen erhalten hat, denn die Straßen selbst verschwanden nach dem Tode ihres Bauers sehr bald wieder vom Erdboden, wofür die noch verhältnismäßig geringe Benutzung und die wenig dauerhafte technische Beschaffenheit der Straßen in gleicher Weise als Ursachen beigetragen haben mögen.

Erst gegen Ende des zwölften Jahrhunderts nahm der Straßenbau einen gewissen Aufschwung, als nämlich die großen Handelsstädte Nürnberg, Frankfurt, Mainz, Augsburg, Hamburg, Bremen, Lübeck usw. und mit diesen der Handelsverkehr allgemein einen bedeutenden Aufschwung nahmen und damit auch das Bedürfnis nach mehr und besseren Straßen und ebenso auch nach verbesserten und leistungsfähigeren Verkehrs-, Reise- und Transportmitteln jeder Art erwachten. Verkehrstechnik und Verkehrs- und Beförderungswesen erfuhren eine grundlegende technische Wandlung von allergrößter Bedeutung dadurch, daß jetzt das Pferd allgemein in den Dienst des Wagens trat und damit einen viel schnelleren, ausgehenderen und leistungsfähigeren Wagenverkehr ermöglichte, als es dem schwerfälligen Hindenwagen möglich gewesen war. Damit machte sich zugleich auch eine erhöhte Notwendigkeit nach Land- und Fahrstraßen geltend, und der Bau solcher wurde von den Städten und Regierungen kräftig in die Hand genommen. — Zum ersten Male wurden Pflasterungen in ausgedehnter Maße vorgenommen, und es entstand eine stattliche Anzahl großer Land- und Fahrstraßen, auf denen sich der Zug der Handelswelt bewegte. Diese Straßen wurden alsdann für die Fürsten bzw. Regierungen eine schier unerforschliche Einnahmequelle, denn das Befahren der Straßen mußte mit hohen Wegegeldern bezahlt werden, die jedes Ländchen, ja sogar jeder Stadtbezirk erhob, durch welche die Straße und die auf ihr verkehrenden Wagen führten, so daß ein Wagenführer, der auf einer solchen Straße seines Weges zog, wohl an zwanzigmal Wagen- und Wegegeld, Zölle, Rückengeld usw. zu entrichten hatte. Ebenso entstanden an diesen Landstraßen auch Stationen, Wirtschaften, Warenüberlägen, Sattler-, Schmiede- und Wagenwerkstätten, die das Privileg hatten, daß jeder bei ihnen vorbeifahrende Wagenführer halten und einkehren mußte. Ob er wollte oder nicht und ob es nötig war oder nicht, er mußte hier das Pferd nachsehen oder beschlagen, das Geschirr ausbessern lassen, mußte in den Wirtschaften eine Reche nicht unter einem bestimmten Betrag machen und ebenso den Stationsinhabern seine Abgabe entrichten. Aber noch weiter ging der Eigennuß, der sich an die Handelsstraßen knüpfte. Städte, die an diesen Straßen lagen, zwangen die Wagenweisenden dazu, auch unbedingt diese Straßen zu benutzen, und erzwirkten Bestrafungen für diejenigen Wagenführer, die eine andere, vielleicht kürzere und bequemere Straße benutzten. So erhielt zum Beispiel die Stadt Freiberg in Sachsen im Jahre 1318 von dem Markgrafen Friedrich die Bestätigung, daß aus der Markgrafschaft Meißner kein Wagen nach Böhmen fahren dürfe, der nicht die Straße über Freiberg benutzte, und im Jahre 1512 hielten Polen, Sachsen und Böhmen sogar einen Kongreß, den Tag zu Fraustadt, ab, auf dem beschlossen und festgesetzt wurde, daß alle und jeglichen Kaufmannsgüter, die aus Polen nach Leipzig zur Messe gingen, ihren Weg über Posen, Kreszen, Fraustadt, Slogau, Sagan, Görlitz zu nehmen hätten, ein Umweg, der den direkten Weg fast um das Dreifache an Länge übertraf. Wer aber versuchte, den Straßenprivilegien ein Schnippen zu schlagen und auf einem anderen als dem obrigkeitlich gestatteten Weg an das Ziel zu kommen, hatte, falls er dabei erwischt wurde, die Konfiskation aller Waren zu erwarten. Um einen Begriff zu geben, in welcher Weise die Wagenreisenden auf legitimen Wege durch Zölle und Abgaben ausgeplündert wurden, sei nur erwähnt, daß beispielsweise in der Nähe von Nürnberg allein sich nicht weniger als vierundzwanzig Zollstätten befanden, darunter zehn in einer Entfernung von zusammen drei Meilen. Manche dieser „Bannpflichten“ und „Straßenrechte“ hatten übrigens einen sehr humoristischen Anstrich; bestimmte doch ein Privileg, daß jeder zum ersten Male in der Stadt mit Ros und Wagen ankommende Kaufmann „gehänselt“ werden, d. h. dreimal in die Rosschwänne gewacht werden konnte, und man kann sich denken, mit welcher Gewissenhaftigkeit die Privilegbesitzer dieses Recht zur Vollstreckung ausübten.

Bei alledem waren es nur die wenigen großen Handelsstraßen, die fahrbar waren, die anderen Wege befanden sich nach wie vor in allerjämmerlichstem Zustande, die ein Befahren mit Wagen zum größten Teil unmöglich machten, obwohl sich manche Filisten redlich bemühten, die Wegeverhältnisse zu bessern. So bestimmte anfangs des 15. Jahrhunderts Kaiser Siegmund: „Die Kuppler, Buren- und Freiberger sollten zur Herstellung der Wege verwandt werden.“ Was da durch Unzucht eintrübt, das soll auf den Rot,

die Pfizen und Lachen gebracht werden, so wird das sündige Geld zu nutz“. Bemerkenswerte Ereignisse hatte er jedoch mit dieser Verordnung nicht, und so kam es, daß bis ins 17. Jahrhundert hinein der Wagenverkehr, abgesehen von den erwähnten großen Handelsstraßen, sich nur auf die Grenzen des städtischen Reiches beschränkte, in allem übrigen aber nach wie vor das Reitpferd das wichtigste und am meisten gebrauchte Mittel des Personen- wie Nachrichtenverkehrs war, da es nur zu Pferde möglich war, die schauerhaften Wege zu passieren. So mußte denn jeder, der eine Reise antreten wollte, nach wie vor aufs Ros steigen, und das tat sowohl der Studierende, der nach der Universität einer ferneren Stadt wallfahrte, wie auch der Geistliche oder Gelehrte, der an einem wissenschaftlichen Konzil teilnehmen wollte, und ebenso auch der Kaufmann, der im Tragefattel oder Felleisen seine Waren auf den Rücken der Saumrosse transportierte. Das Nachrichtenweifen, das natürlich ebenfalls noch vollständig auf das Pferd angewiesen war, wurde durch reisende Boten verkörpert, den einzigen Vermittlern des Briefverkehrs und ebenso des geringen, damals bestehenden Postwesens. Innerhalb der Städte allerdings sah es wesentlich anders aus. Hier wurde eine rege Straßenbautätigkeit entfaltet, und wenn sich die Pflasterungen der städtischen Fahrwege, Gassen und Straßen, freilich auch nur auf eine Art Dorfpflaster beschränkte, so war dieses doch gegen die Wegeverhältnisse außerhalb der Städte ein enormer Fortschritt. Auf den städtischen Wegeanlagen entwickelte sich denn auch ein reger Wagenverkehr. Last- und Wirtschaftswagen verschiedener Art waren die üblichen Beförderungsmittel, und seit dem 15. Jahrhundert war auch die Kutsche entstanden, die alsbald zum unentbehrlichen Bestandteil des höfischen Luxus wurde, späterhin aber auch allgemein das Beförderungsmittel reicher und vornehmer Leute, besonders auch in den Städten, wurde. Außerhalb der Städte und ihrer nächsten Umgebung aber sah es, wie bereits gesagt, mit den Fahrstraßen selbst im 16. und 17. Jahrhundert noch so trostlos aus, waren alle Wegeverhältnisse mit Ausnahme der großen Handelsstraßen noch so erbärmliche, daß das Wagenfahren eine Qual und oftmals sogar eine ausgesprochene Unmöglichkeit war. Mußte doch jeder Kutschwagen, der sich aus der Stadt wagte, eigene Leute mitnehmen zu dem Zweck, das Fuhrwerk in den zahllosen Fällen, wo es stecken blieb, durch Heubäume wieder flott zu machen. Wo die durchwachten und foligen Wege das weitere Fortkommen aber völlig zu einem Ding der Unmöglichkeit machten, mußten Steine und Kesse in den Kot geworfen werden, um ihn fester und den Weg dadurch wieder einigermaßen passierbar zu machen, eine Fahrweise, aus der sich das bis auf den heutigen Tag in Geltung gebliebene Sprichwort: „Neben Stod und Stein“ herleitet. Von Brücken, Landstraßen, überhaupt von irgend einer Art des Wegebaues war besonders in Deutschland außerhalb der großen Heer- und Handelsstraßen, so gut wie gar nichts vorhanden, und auch auf diesen verkehrten nur die schweren Kutschwagen und ähnliche Lastfuhrwerke. Schrieb doch noch am Ende des 17. Jahrhunderts ein Reisechriftsteller: „Nehmt die Pferde weg, und ihr raubt nicht nur den alten und Schwachen, sondern überhaupt allen Menschen das Vergnügen, zu reifen. Denn die Kutschen sind nur für ganz große Heerstraßen brauchbar, und Wagen können im Winter nur mit den ärgsten Beschwerden geführt werden.“ Der Kutschenbesitzer, der sich aber dennoch mit seinem Gefährt auf die Landstraße traute, belieh es sicherlich in den meisten Fällen bei dem einmaligen Versuch. Märtyrer der Landstraße“ nennt der berühmte Reisechriftsteller Macauley jene Wagenmutigen, und er berichtet, daß eine Kutsche, um eine Strecke von anderthalb Meilen zurückzuliegen, etwa sechs Stunden gebrauchte; oft aber geriet sie auch völlig vom Wege ab, und Kutscher und Fassen schwanden außerdem ständig in Gefahr, von den Frachtfuhrleuten, die auf die vornehmen Leute nicht gut zu sprechen waren, weil diese nach ihrer Meinung durch das unihle Kutschenfahren die Wege nur noch schlechter machten, als sie ohnedies schon waren, gehörig verprügelt zu werden. In schlechten Zeiten gar hatten — wie Macauley berichtet — die Reisenden Gefahren zu bestehen, denen man sonst nur auf einer Reise nach dem Eismeer oder durch die Wüste Sahara ausgesetzt ist. Dennoch aber galt es als Unluf der großen höfischen Feste der Fürsten oftmals, Kutschwagen über weite Strecken zu führen, zu welchem Zwecke man es unternahm, durch bereits wochenlange Vorarbeiten die Beschwerlichkeiten und Hindernisse der Wege fortzuräumen. Daß es trotzdem aber hinterher zu allen möglichen Unfällen mehr oder weniger schwerer Art kam, läßt sich leicht denken. So berichtet ein Chronist, daß im Jahre 1577 der Ritter Hans von Schwelichen die Lächter des Herzogs von Liegnitz zu einem großen Feste in einem vergoldeten Kutschwagen abholen wollte; leider aber waren die Wege im damaligen Herzogtum Liegnitz auch nicht besser als in allen anderen deutschen Ländern, die Waffen des Wagens wurden daher ganz elendiglich durcheinandergeschüttelt, und an einer ganz besonderen niederträchtigen Stelle stürzte das kostbare Gefährt sogar um, so daß die erlauchten Fürstlichen mit dem Schmutz der zu allem Unglück noch durch Regen in Morast verwandelten Landstraße in ebenso innige wie unliebsame Berührung kamen, wie der Chronist mit tiefem Bedauern vermeldet. Ein ähnliches Unglück widerfuhr sogar dem Papst Johannes auf der Fahrt zum Rostocker Konzil; sein Wagen fiel um und er selbst in den Kot, was den heiligen Gottesmann zu dem lächerlichen Fuch: „Hic jaceo in nomine diaboli“ zu deutete. „Hier fiel ich in des Teufels Namen“ betrogen haben soll. Ein Zeitgenosse dieses hochwichtigen Ereignisses hat die dem Papst durch die Flicken der Wege zugefügte Unbill sogar im Milbe festgehalten, das weit verbreitet wurde. In anderen Ländern war es mit den Wegeverhältnissen

nissen übrigens auch nicht besser wie in Deutschland, wie aus einem Berichte der Madame de Sevigny hervorgeht, die im Jahre 1672 im Wagen von Paris nach der Marfelle fuhr und zur Zurücklegung dieser Strecke nicht weniger wie einen vollen Monat gebraucht; heutzutage legt man in einem Schnellzuge diese Strecke in einem Vierteltag zurück. Auch in England, dem technisch fortgeschrittenen Lande jener Zeit, daß auch im Wegebau noch verhältnismäßig am weitesten war, war es nicht viel besser, hatten alle Wagenreisenden ohne Ansehen der Person ganz ungläubliche Beschwerden unter den elenden Wegeverhältnissen zu erliden. So brachte der Prinz Georg von Dänemark, als er im Jahre 1703 nach Windsor reiste, für die letzte Strecke von neun englischen Meilen nicht weniger als volle vierzehn Stunden; diese Langsamkeit der prinziplichen Reise erschien selbst den Zeitgenossen etwas übermäßig, und ein Chronist gab dieser Meinung Ausdruck mit den sehr bezeichneten Worten: „daß die lange Reise um so mehr habe überraschen müssen, als Se. Königl. Hoheit nur davon anhielt, wenn der Wagen umgeworfen wurde oder stecken blieb.“ Dieses „nur“ spricht Bände über die Beschaffenheit der englischen Fahr- und Landstraßen der damaligen Zeit.

Die Volkshilfe und die Arbeiter.

So betitelt sich ein Flugblatt, welches durch die Agenten einer großen kapitalistischen Versicherungsgesellschaft jetzt verbreitet werden soll. Schlotternde Angst und halbnebelige Dummheit spricht aus jeder Zeile dieses öden Machwerks. Es ist bezeichnend, daß, obgleich bis heute die Vorarbeiten für die Tarife der Volkshilfe noch nicht einmal beendet sind, und ihre Konzeptionierung durch das kaiserliche Aufsichtsamt noch nicht erfolgt ist, die kapitalistischen Versicherungsgesellschaften dennoch schon einen Verleumdungsflug gegen sie eröffnen, der nur beweist, welche heillose Angst in den Kreisen derjenigen, für welche die Volkshilfe bisher ein so glänzendes Geschäft war, davor herrschen muß, daß die Versicherten ihre Sache selbst in die Hand nehmen und sich nicht mehr wie geduldige Lämmer von ihnen scheeren lassen.

Wider besseres Wissen werden in dem Flugblatt zunächst die längst widerlegten Lügen wiederholt, die „Volkshilfe“ solle „von der sozialdemokratischen Partei“ nur deshalb gegründet werden, „um ihre Machtmittel zu vergrößern“; ein „neuer sozialdemokratischer Beamtenapparat“ soll installiert werden; bei der Vergabung von Hypotheken werde man die sozialdemokratischen Parteimitglieder fördern usw. usw.

Und dann wirft sich der Verfasser die Toga des Arbeiterfreundes um die Schultern und sagt:

„Die parteipolitische Eingriffe, zur Wahrung sozialdemokratischer Interessen sind die sauer verdienten und noch saurer ersparten Notgroschen unserer deutschen Arbeiter nicht da.“ Wozu sie aber dienen sollen, erzählt der Arbeiterfreund gleich darauf, indem er den deutschen Arbeitern (!) einzureden versucht, die wahnsinnig hohen Gehälter der Direktoren, die hohen Entlohnungen der „erfolgreichsten“ Herren im Aufsichtsrat, die fetten Dividenden der Dividenden der Aktionäre würden in ihrem Interesse gezahlt — denn — aufgepaßt! — dadurch werde „eine zielbewusste, geordnete Verwaltung gewährleistet.“ Die Proleten verstehen so was natürlich nicht — das können bei einem guten Frühstück mit Austern und Champagner im Interesse der deutschen Arbeiter einzig und allein Herzöge, Barone, Kommerzienräte und dergleichen „erfolgreichste Personen“, die Leute zu den Aufsichtsratsmitgliedern der großen Gesellschaften zählen, besorgen. Für wie dumm muß doch dieser Flachkopf von Verfasser die deutschen Arbeiter halten! Das beweist er dann weiter dadurch, daß er von „so häufig erweisen Korruptionen“ bei anderen sozialdemokratischen Einrichtungen, von der „vielfachen Mißwirtschaft in den Krankenkassen, genossenschaftlichen Unternehmungen usw.“ schwätzt.

Warum wir von dem entsetzlich leichtem Gefasel Notiz nehmen? Wir befürchten, einige unserer Arbeiter könnten sich in ihrer Ergründung über die verheerenden Angriffe zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen. Wer weiß, vielleicht ist das sogar beabsichtigt, und deshalb warnen wir alle diejenigen, die bei den kapitalistischen Versicherungsgesellschaften durch mehrjährige Beitragszahlungen erworbenen Rechte besitzen, diese nicht ohne weiteres aufzugeben. Wenn dies als Protest gegen diese „infame Hege“ geschehe, würden sich die „erfolgreichsten Herren“ nur ins Fäustchen lachen und die verfallenen „sauer ersparten Notgroschen“ schmerzlos in die Tasche stecken. Wer Ansprüche besitzt, erhalte sie sich, indem er zum mindesten so lange seine Beiträge weiter bezahlt, daß er berechtigt ist, von der Gesellschaft die Umwandlung seiner Police in eine Freipolice zu fordern. Ist die Zeit bis zur Beendigung seiner Zahlungen für die garantierte Versicherungssumme nicht mehr fern, dann empfiehlt sich ohne weiteres die volle Erfüllung seiner Verpflichtungen, da die Umwandlung seiner Police in eine Freipolice für ihn immer einen materiellen Verlust bedeutet.

Au alle bis jetzt nicht versicherten Arbeiter richten wir die Mahnung, die beispiellosen verheerenden Angriffe auf die in ihrem Interesse beschlossene Errichtung der Volkshilfe damit zu beantworten, daß sie hinfür keine Versicherung bei den kapitalistischen Gesellschaften mehr abschließen. Eine geradezu fieberhafte Tätigkeit ist von diesen in den letzten Monaten entfaltet worden; sie haben alle Mittel zur Verfügung zu nehmen, um das Zustandekommen der Volkshilfe zu verhindern, nicht willfährige bürgerliche Blätter zu beeinflussen gesucht, indem sie auf ihre großen Annoncen hinwiesen, und bieten jetzt alles auf, um diejenigen, die nach einem bekannten Sprichwort nie alle werden, in letzter Stunde noch an sich zu reißen.

Trotz allem Mühen aber wissen sie heute schon, die Volkshilfe kann nicht verboten werden, weil die Heber nicht in der Lage sind, auch nur eine ihrer Behauptungen zu beweisen. Aber — wann die Konzeptionierung erfolgt, vermag heute noch keiner zu sagen. Deshalb heißt es noch heute für die begeisterten Freunde der Volkshilfe, etwas Geduld zu haben. Aber auch dann, wenn die Volkshilfe ihren Betrieb eröffnet, wird sie dies nicht plötzlich auf einmal in ganz Deutschland zu tun in der Lage sein. Sie würde in der Flut von Anträgen, die ihr täglich zugehen würden, einfach erstickt. Gut Ding will Weile haben; eine große Organisation läßt sich nicht plötzlich aus dem Erdboden stampfen. Das darf aber keinen hindern, nachdem die Errichtung der Volkshilfe von den Gewerkschaften und Genossenschaften beschlossen ist, konsequent zu handeln mit allen Krüften und Verleumdungen zum Trotz den Sendboten der „erfolgreichsten“ zu erklären: „Wir versichern uns in Zukunft nur noch bei der Volkshilfe!“

Die französischen Gewerkschaften 1910—1911.

Der Bericht der Konföderation der Gewerkschaften Frankreichs über die Tätigkeit in den Jahren 1910 bis 1911, der anlässlich des bevorstehenden französischen Gewerkschaftskongresses herausgegeben ist, enthält zum ersten Male eine Statistik über die Stärke und die Kämpfe der Gewerkschaften, die der Konföderation angeschlossen sind. Freilich sind die in dem Bericht enthaltenen statistischen Angaben noch lückenhaft und geben uns, statt ein genaues Bild, nur grob gezeichnete Umrisse. Die föderalistische Organisationsform, die in Frankreich noch herrscht, gestattet keine genaue Uebersicht. Immerhin läßt sich aus dem Bericht mit genügender Deutlichkeit ersehen, ob und wie weit die Politik der französischen Gewerkschaften der internationalen Gewerkschaftstatistik überlegen ist, wie die Syndikalisten behaupten.

Nach dem Massenbericht bezogen die Gewerkschaften von der Konföderation an monatlichen Beitragsmarken 1910 3 700 127 und 1911 3 810 709. Rechnet man

die Zahl der Arbeitslosen, Streikenden, Neueintretenden usw., und die Gewerkschaften, die weniger Beitragsmarken beziehen, als sie nach ihrer Mitgliederzahl brauchen müßten, dann dürfte man der effektiven Mitgliederzahl am nächsten kommen, wenn man die Zahl der verkauften Monatsbeiträge durch 10 dividiert. Das ergäbe 370 012 Mitglieder für 1910 und 381 070 für 1911 im Jahresdurchschnitt. Der **Fransportarbeiterverband** hatte 1910 19 030 Mitglieder, 1911 16 350. Die **Safenarbeiter** 1910 für 5750, 1911 für 17 250 Mitglieder. Die **Eisenbahner** 1910 für 41 670, 1911 für 10 300 Mitglieder. Die **Seelente** 1910 für 2800, 1911 für 3530 Mitglieder.

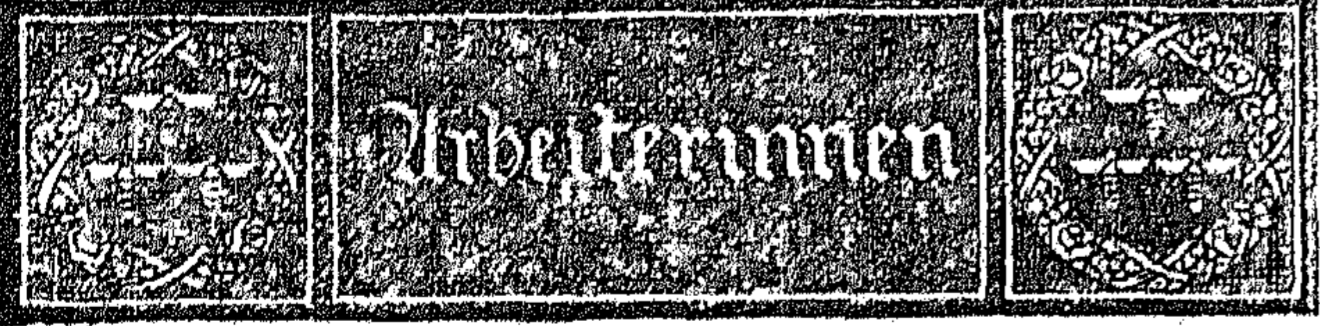
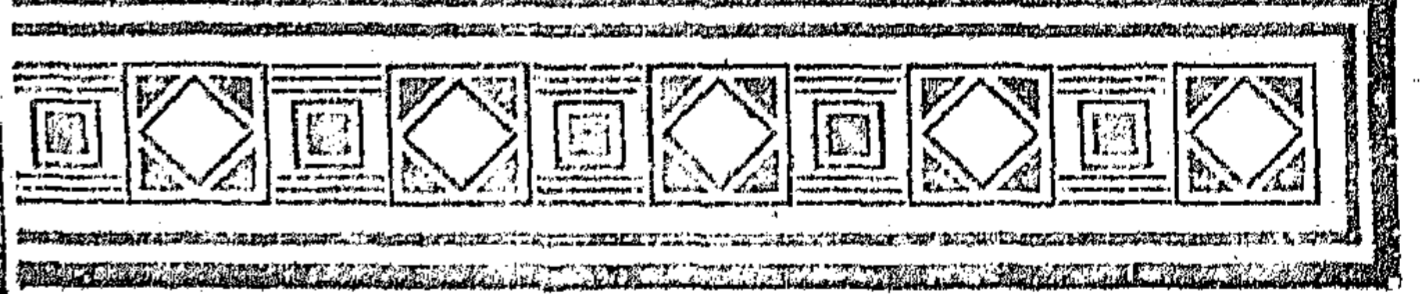
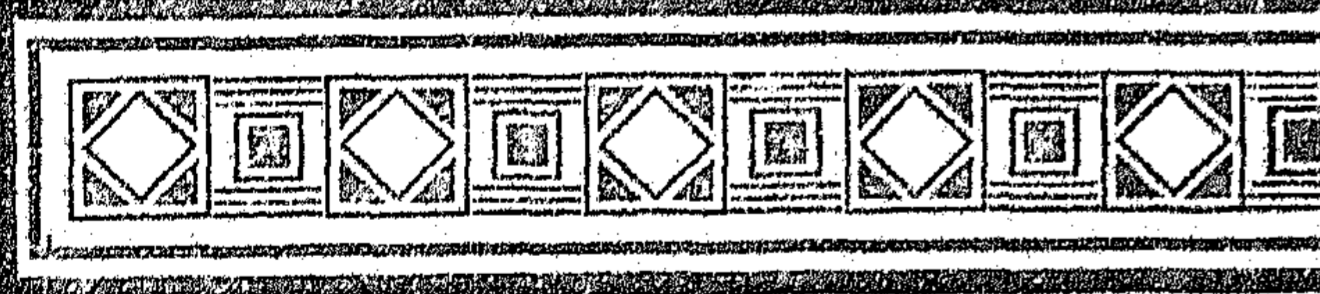
Die Zunahme von nur 11 000 in dem Jahre der Hochkonjunktur 1911 ist außerordentlich gering. Der Rückgang der Eisenbahner um nahezu 30 000 infolge des verlorenen Streiks im Oktober 1910, ferner der Mißtaug oder Stillstand der meisten Staats- und Gemeindefabrikanten, eine Folge geringerer Beschäftigung, Zurückbildung der tätigen Gewerkschafter oder des Mißschlages nach dem ersten Organisationseifer, erklären teilweise diesen schwachen Fortschritt trotz der günstigen Periode. Die mangelhaften Organisationsmethoden erklären den Rest.

Die Zahl der Zweigvereine und Syndikate ist von 3012 auf 2837 zurückgegangen, was auf die fortschreitende Substituierung der Organisationen zurückzuführen ist. Ebenso ist die Zahl der angeschlossenen Verbände von 57 auf 52 zurückgegangen. Es bestehen 38 Gewerkschaftsblätter, wovon einige für mehrere Verbände gemeinsam; die meisten davon erscheinen monatlich. Wenn Verbände haben in der abgelaufenen Periode ihre Beiträge erhöht.

Die lokalen oder departementalen Gewerkschaftskartelle (Arbeitsbüros oder Syndikatsvereinigungen), führten im Jahre 1910 für 278 174 und 1911 für 316 691 Mitglieder Beiträge ab. Von den 316 691 Mitgliedern befanden sich nicht weniger als zwei Fünftel in dem Organisationsrat von Paris, den Departements Seine und Seine-et-Oise, oder 122 210. Diese Vernachlässigung der Provinz ist eine Folge des Föderalismus, der, um den Syndikaten ihre Autonomie zu sichern, sich selbst überläßt.

Ueber die stattgefundenen Streiks berichtet die Konföderation vom 1. Juli 1910 bis 31. März 1912. Es fanden statt 2340 Streiks. Davon hatten 435 vollen, 890 teilweisen und 997 keinen Erfolg. Ueber 18 Streiks fehlen die Angaben. Danach hatten also 1,58 pCt. aller Streiks vollen, 38,03 pCt. teilweisen und 42,60 pCt. keinen Erfolg. Das beweist, daß die sogenannte syndikalistische Kampfmethode keineswegs besonders erfolgreich ist. Würden diesen Zahlen noch die erzwungenen Erfolge und die Zahl der Beteiligten beigegeben sein, dann dürfte das Ergebnis — die offizielle Streikstatistik läßt darauf schließen — noch ungünstiger sein. Von den sieben Streiks, die der Bericht wegen ihrer Bedeutung einer besonderen Beschreibung unterzieht, waren einer erfolgreich, zwei teilweise erfolgreich und fünf erfolglos. Ueber die ohne Streit verkauften Lohnbewegungen enthält der Bericht keinerlei Angaben. Sie sind in Frankreich auch nur wenig zahlreich. Daß die angeführten Massenbewegungen besonders ungünstig verliefen, ist nicht verwunderlich. Um Massenkämpfe erfolgreich führen zu können, dazu bedarf es eben vor allem starker Organisationen.

Die Einnahmen der französischen Gewerkschaftsentrale betragen in der Berichtsperiode 169 193 Fr., davon 74 990 Fr. aus Beitragsmarken und 64 439 Fr. aus Mitgliedsarten. Die Ausgaben beliefen sich auf 165 929 Fr., wovon 106 946 Fr. für Druckerkosten, 21 566 Fr. für Gehälter, 16 003 Fr. für Delegationen usw. Außerdem wurden für Streiks durch Sammlungen 27 658 Fr. vereinnahmt. Obwohl diese Zahl nur einen Teil der durch Sammlungen aufgetragenen selber enthält, geht daraus doch hervor, daß niedrige Beiträge nicht zum Opfern erziehen. Das beginnen auch die französischen Gewerkschaften einzusehen, was aus den angeführten Beitragserhöhungen ersichtlich ist. Alles in allem zeigt der Bericht, wieviel den französischen Gewerkschaften in organisatorischer Beziehung noch zu tun bleibt.



feindlich gegenüber. Selbstverständlich war es unter diesen Umständen gänzlich ausgeschlossen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Das haben auch die Trägerinnen zu ihrem eigenen Schaden einsehen müssen. Ein derartiges Verhältnis führt aber auch dazu, daß die Unternehmer sich immer Freiheiten erlauben. Das war nun auch beim hannoverschen „Lageblatt“ sowie auch beim „Anzeiger“ der Fall. Ganz besonders wird seitens der Trägerinnen über das Verhalten des Geschäftsführers Stinzel vom „Anzeiger“ gellagt. Der Herr scheint der Meinung zu sein, den Trägerinnen alles bieten zu dürfen. Aber auch beim „Lageblatt“ sind die Verhältnisse alles andere, nur nicht ideal. Ja die Geschäftsleitung dieses Blattes ging soweit, daß sie den Trägerinnen einen sogenannten Dienstvertrag zur Unterschrift vorlegte, der eine direkte Anebelung für die Trägerinnen bedeutete. Das war nun aber selbst den bisher der Organisation indifferent gegenüberstehenden Trägerinnen zu viel. In einer stark besuchten Versammlung wurde der Vertrag einer eingehenden vernehmlichen Kritik unterzogen und einstimmig beschlossen, den Vertrag nicht zu unterzeichnen. Ganz besonders erreglich aber war, daß sich in dieser Versammlung nicht weniger denn 50 Trägerinnen in die Organisation aufnehmen ließen. Das hatte sich Herr Hartmann, der Verleger des

„Lageblattes“ nicht gedacht. Er ließ dann den Trägerinnen erklären, daß der Vertrag zurückgezogen sei. Damit war die,er Anschlag abgewehrt. Notwendig ist nun aber, daß die Kolleginnen auch treu zur Organisation halten. Nur dann wird es möglich sein, allen Bestrebungen, die darauf hinausgehen, die Kolleginnen rechtlos zu machen, energisch entgegen zu treten. Wie weit die Annahme der Herren Zeitungsverleger bereits geht, zeigt ein Beschluß, der in der letzten Zeit gefaßt ist. Die Herren haben nämlich beschlossen, den Transportarbeiterverband unter keinen Umständen als ehrenbürtigen Komitablen anzuerkennen. Uns können solche Beschlüsse ja kalt lassen, beweisen sie uns doch am besten, daß die Herren unsere Organisation fürchten. In den Zeitungsträgerinnen liegt es jedoch, durch diese Rechnung einen dicken Strich zu machen.

Hannover. Trotz der intensivsten Agitation war es bisher nicht möglich, die in den bürgerlichen Zeitungsbetrieben beschäftigten Trägerinnen für die Organisation zu gewinnen. Es herrschte bisher eine Uneinigkeit unter den Kolleginnen, die ihrerseits suchte. Daß dies von den Geschäftsleitungen recht weidlich ausgenutzt wurde, darf weiter nicht Wunder nehmen. Diese Herrschaften wissen genau, daß in solchen Fällen für sie immer etwas dabei herauskommt. Je mehr die Arbeiter sich untereinander zerfleischen, desto vergünstigter reiben sich die Unternehmer die Hände. Leider gibt es noch Arbeiter und Arbeiterinnen, die so etwas nicht einsehen wollen. So ging es auch beim hannoverschen „Lageblatt“ und beim „Anzeiger“. In beiden Betrieben hatten ein Teil Kolleginnen den Wert der Organisation erkannt und sich dem Verbände angeschlossen. Die große Mehrzahl stand jedoch diesen Bestrebungen indifferent, ja direkt



Alter Schwäbe. Der badische Pfarrer und bekannte Erzähler Hans Jakob, ein abgeschlagter Feind des Automobils.

hat sich seinen Joren in nachstehenden Worten heruntergeschrieben:

| | |
|-------------------------|------------------------|
| Scheußlich gränzende | Windhosen zwickelnde |
| Landschaft verhängende | Wenzindampf qualmende |
| Wien beschmiedende | Wenigkeit zermalnende |
| Weißwang ausströmende | Ostmalz am Ziele |
| Sollentant büstende | Sich nicht einjindende |
| Lüfte vergründende | Günftig entgleitende |
| Schmetternde, wetternde | Schrecken verbreitende |
| Schädel zerschmetternde | Unheilverkündende |
| Staubwolken wirbelnde | Automobile! |

Der Mann ist kürzlich 75 Jahre alt geworden, dem man es verzeihen, was aber soll man dazu sagen, daß Männer, denen wenigstens äußerlich nichts von Senilität anzumerken ist, dieser blöden Keimerei zustimmen.

Eine ungeheure Frechheit. Der bekannte günstige Wind weht uns folgendes Mandatschreiben auf den Tisch:

Magrippina.
See-, Luft- und Landtransport-Versicherungs-Gesellschaft in Köln.
Gegründet 1884.

Abteilung U t o m o b i l - Versicherung.
General-Agentur Halle/S., Johannes Erbh.,
Dorotheenstr. 1. Tel.: 986.

Halle/S., den 8. Juli 1912.

An unsere werthen Herren Versicherten!
(Wer waren die U t o m o b i l e versichert! Ned.)

Wiederholt sind bei uns seitens der versicherten Herren Automobilbesitzer Anfragen an uns gelangt, ob uns vielleicht zufällig bekannt sei, daß dieser oder jener sich um eine Stelle bewerbende Chauffeur schon vorbeirastet sei, oder ob wir über dessen Zuverlässigkeit usw. Näheres wüßten. Andererseits sind uns anlässlich von Automobilunfällen, verursacht durch sogenannte stolzende Chauffeure (Benutzung des Wagens ohne Erlaubnis des Besitzers) Mitteilungen zugegangen, die Namen solcher Chauffeure den Kleinen und Automobilinteressenten weiter bekannt zu geben. — Wir haben uns daher entschlossen, eine Liste aller derartigen Chauffeure aufzustellen, welche in oben erwähnter Weise die Automobilbesitzer schwer geschädigt haben, oder aber, welche durch Vornahme heimlicher und unerlaubter Fahrten ihre Unzuverlässigkeit an den Tag gelegt haben.

Wir bitten Sie deshalb, uns, weil diese Liste solcher Chauffeure zum Schutz aller Automobilbesitzer von uns errichtet und geführt werden soll, jedochnur auf schriftlichem Wege, Namen und genaue Adressen solcher Chauffeure bekannt zu geben (möglichst genaue Geburtsdaten usw.). Es wird von uns beachtet, vorläufig erst mal Material gegen solche Leute zu sammeln, um später evtl. auf Anfragen entsprechenden Bericht geben zu können. — Es wird nicht notwendig sein, uns näher über einzelne Fälle zu orientieren, da wir in geeigneten Fällen schon Nachfrage halten werden. Auf Wunsch sind wir auch bereit, nähere Schritte zwecks Anzeige bei den zuständigen Behörden zu veranlassen.

Indem wir zum Schluss bitten, vorläufig die Angelegenheit diskret behandeln zu wollen, sehen wir Ihrer gefälligen Nachricht entgegen und zeichnen

Hochachtungsvoll.

Joh. Erbh.

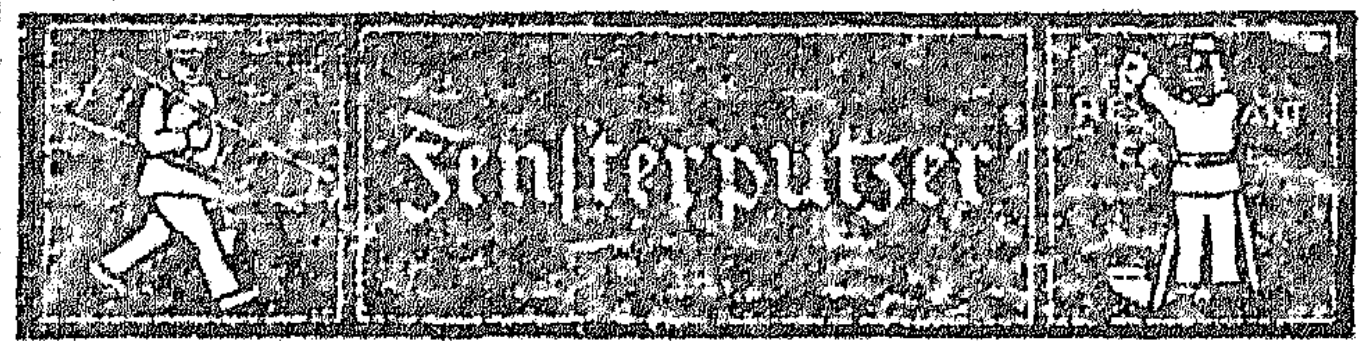
Es ist einfach ein Skandal, was sich diese Erbswurst aus Halle da herausnimmt. Jeder Handwurst fühlt sich heute bemühen, die Chauffeure zu kontrollieren, als wären sie Prostituierte. Daß kein Treiben und kein in ein schneidendes Deutsch gebrachtes Schreiben das Licht der Dessenlichkeit zu scheuen hat, führt sogar Erbh., er bittet um Discretion. Glücklicherweise denken nicht alle Wagenbesitzer wie die „Magrippina“, ob aber der Widerwille gegen die Spitzrolle, die ihm zugemutet wird, bei jedem Wagenbesitzer groß genug ist, sich voll Giel von solchem Verkehr abzuwenden, ist noch fraglich. Während ist die Hilfsbereitschaft dieses Herrn, er will natürlich nicht sich selbst „schützen“, sondern den „Versicherten“. Eine solche Un-eigenmütigkeit ist rühmendwert, allein Erbh. geht noch weiter; er will den Spitzdienst des Wagenbesitzers mit gleichem Dienst bezahlen und die Chauffeure zur Anzeige bei der Polizei bringen. Wirklich nobel!

Gegen solche Schandpraktiken gilt es sich zu wehren. Bei der bekannnten Gewissenlosigkeit dieser Art Leute, ist es nicht ausgeschlossen, daß Erbh. völlig undscholtene Chauffeure auf seine schwarze Liste setzt, wie es auch nicht ausgeschlossen ist, daß ein Automobilbesitzer seinen abgehenden Chauffeur fälschlich beschuldigt. Unsere Kollegen werden, wenn ihre Werbung ohne ersichtlichen Grund zurückgewiesen wird, Nachforschungen anstellen, wo der Besitzer versichert ist, wenn bei der Magrippina, so wird er sie vor's Gericht ziehen. Außerdem haben unsere Kollegen ihren Einfluß anzubieten, daß ihr Arbeitgeber seinen Wagen nicht bei der Magrippina versichert. Bei dem oft sehr weitgehenden Einfluß sehr vieler Chauffeure kann hier der Erfolg nicht ausbleiben. Zur Anmeldung bei der Magrippina dürfen nur solche Wagenbesitzer aufgefordert werden, die selbst fahren und dabei recht oft und viel Schaden anrichten.

Zum Schluss wollen wir nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß wir zwei Defektive mit der ständigen Ueberwachung des Herrn Erbh. betraut haben. Will Erbh. Chauffeure vernichten, so sammeln wir Material zu seiner moralischen oder wirtschaftlichen Vernichtung.

Zwei praktische Neuerungen sind in England eingeführt. In der Campden Hill-road, Kennington, London, in welcher sich ein Straßenhaus befindet, sind an allen Laternenpfählen Schilder mit der Aufschrift: „Don't hoot. Illness.“ (Nicht hupen. Kranke) angebracht worden, welche die Automobilisten vor dem überflüssigen Hupen abhalten sollen. — Im Park

Langley bei Beckenham, wo vier Straßen zusammen-treffen, und hohe Gartenzäune und Bäume den Ueberblick über die Straßenkreuzung sehr erschweren, ist an dem auf dem Mittelstück des Platzes befindlichen Laternenpfahl in etwa 1 Meter Höhe ein großer Spiegel angebracht worden, der das aus der einen Straße kommende Gefährt dem in der Seitenstraße befindlichen Fahrzeugsführer schon vorher zeigt. Eine gleiche Einrichtung ist seit Jahren schon auf dem Bahnhofe in Wotton bei Hannover zu sehen, wo eine Brücke ebenfalls den heranrühenden Zug nicht erblicken läßt, der Spiegel ihn aber schon vorher zeigt.



Dresden. Der Fensterputzer Girth, der 8 Jahre in der Fensterreinigungsanstalt von Mägde, Inhaberin Frau Speer, ununterbrochen beschäftigt war, ist wegen Vergehen aus § 153 der Gewerbeordnung von der Dresdener Straf-kammer zu sechs Wochen Gefängnis bestraft worden. Die Revision hat das Reichsgericht verworfen. Der Vorbestand ist kurz folgender: Girth ist Sektionsleiter der Fensterputzer im Transportarbeiterverbande. Als solcher hat er die Interessen seiner Kollegen wahrzunehmen. Die Anstalt hatte zwei Putzer entlassen und wollte sie trotz wiederholter Bitten nicht wieder einstellen. Girth erklärte Herrn Mägde: „Wenn Sie die Leute nicht wieder annehmen, begehen Sie Tarifbruch und nötigen uns zum Streik.“ (Er soll auch gefügt haben, was Girth bestritt: „Dann sperren wir Ihnen die Türe.“) Der Arbeitgeber brachte die angebliche Drohung zur Anzeige, worauf die Strafe erfolgte. Das Arbeitsverhältnis wurde gelöst und Girth erhielt ein Zeugnis, mit dem er ummöglich einverstand sein konnte. Er verlangte ein Zeugnis über seine Leistungen und Führung, womit er sonst nirgends Anstellung finden könnte. Da der Arbeitgeber dies verweigerte, klagte er vor dem Gewerbe-gericht. — Der Vorsitzende meinte, wenn jemand 8 Jahre in einem Geschäft tätig war, sei anzunehmen, daß seine Leistungen und Führung befriedigend gewesen sein müssen und der Arbeiter habe ein Recht darauf, daß ihm dies bei seinem Abgange bescheinigt werde. Der Beklagte stellte dem Kläger ein Zeugnis aus, daß er (Kläger) ein guter und zuverlässiger Vorarbeiter war. Der Antrag des Klägers, daß das Arbeitsverhältnis auf seinen Wunsch gelöst werden sei, wurde jedoch abgelehnt.



Die Sonntagsruhe der Einkassierer und Kassenboten nach dem Erlaß des Berliner Polizeipräsidenten. Nachdem das Berliner Polizeipräsidium im Juli d. J. das Einkassieren von Kassenabzählungen an Sonntagen verboten hat, mit der Ausnahme, daß während der durch Ortsstatut festgesetzten Stunden, im Sommer von 8-10, im Winter von 12-2 Uhr lassiert werden darf, ist es an der Zeit, nachzuprüfen, ob dieses Verbot vom Unternehmertum innegehalten wird. Unsere Feststellungen haben ergeben, daß nur ein Teil der Arbeitgeber die Verfügung so beachtet, wie der Erlaß vorschreibt. Den Firmen-Inhabern scheint es zu genügen, wenn man, wenn möglich noch an veriteter Stelle, im Geschäftstotal ein Plakat anhängt, welches auf die Verfügung des Polizeipräsidenten aufmerksam macht und den Angelegten bekannt gibt, daß das Einkassieren nur während der zwei freigegebenen Stunden erlaubt ist. In Wirklichkeit führt man den Einkassierern nach wie vor dieselben Touren auf, wie vor dem Erlaß der Verfügung.

Die von der Branchenleitung der Einkassierer und Kassenboten eingesetzte Sonntagsruhe-Ueberwachungs-kommission fand die Angaben der Kollegen, daß von verschiedenen Firmen nach wie vor weiter lassiert wird, vollumfänglich bestätigt. Sie konnte feststellen, daß namentlich die kleineren Firmen die Verfügung des Polizeipräsidenten nicht beachten. Bei den mittleren und größeren Firmen wird in veriteter Form ebenfalls noch lassiert. Wenn man auch den Kassierern gesagt hat, daß nur bis 10 Uhr gearbeitet werden darf und alle Verantwortung bei eventl. Anzeigen ablehnt, so übergibt man denselben aber wieder das frühere Quantum an Stunden, welches in der freigegebenen Zeit nicht zu bewältigen ist. Wenn nun auch bereits am Sonnabend abends lassiert wird, so können trotzdem Summen von 180 bis 200 Mk., welche am Montag früh bereits abgerechnet werden, nur bei fortgesetzter Uebertretung der gesetzlichen Bestimmungen zusammen kommen. Namentlich einige Betriebe sind es, wo so „eintige liebe Kinder“ sich als „bewährte“ Einkassierer produzieren.

Bei der Firma „Gust. Gärlich Nachf.“, Stralauer Platz 1, ist es ein Kassierer G., welcher mit Hilfe „seiner Kinder“ dem Unternehmer 200 Mk. und mehr abstiehlt. Die Kassierer der Firma „M. D. Amitt“, Rosenthalerstr. 46 und Müllerstr. 181, sind nachmittags um 2 Uhr noch beim Intasso anzutreffen. Die Kollegen der Firma „Alle Tage und der“, Reindendorferstr. am Mittelplatz, beklagen sich bitter darüber, daß sie bis nachmittags um 4 Uhr laufen müssen, um die vorge schriebenen Touren zu erledigen. Bei „M. G. L. o. g. u.“, Alte Jakob-str. 73, brüsten sich namentlich ein Kassierer D. mit seiner hohen Sonntagskassette. Bei der Firma „A. r. I. W. o. l. t. e. r.“, Weinmeisterstr. 14, werden die Touren nicht eingeschränkt, sondern ausgedehnt; an einem Sonntag nachmittags um 5 Uhr war noch ein Kassierer

dieser Firma in Schöneweide tätig. Die Firma Louis Littauer, Fabrikantinnen, Güstenerstr. 39, hat bis heute ihren Einkassierern von der ergangenen Verfügung noch keine Mitteilung gemacht; hier wird von einem Teil der Kollegen das Intasso nach wie vor am Sonntag ausgeübt, trotzdem in diesem Betriebe die Sonntagskassierung vollständig auszuschalten wäre. Diese kleine Blütenlese zeigt wohl schon zur Genüge, welche schwere Aufgabe die Ueberwachungs-kommission noch zu erledigen hat. Die genannten Firmen werden hoffentlich in Zukunft von maßgebender Stelle zur Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen gezwungen werden.

Bezeichnend ist weiter, daß, trotzdem der Verband der Kreditgeschäftsinhaber seinen Mitgliedern dringend angeraten hat, die Bestimmungen der Gewerbeordnung sowie die Verfügung des Polizeipräsidenten strikte inne zu halten, damit der Wittgang des Herrn Mandatvollst zum Polizeipräsidium betr. Aufhebung der Verfügung erfolgversprechender sei, dieselben sich absolut nicht danach richten und so ihren Führern keine Gefolgschaft leisten.

Die Ueberwachungskommission hat bereits verschiedene Uebertretungen zur Anzeige gebracht und sind dieserhalb zur Zeit die polizeilichen Vernehmungen statt. Natürlich bestreiten die Herren Arbeitgeber, sich strafbar gemacht zu haben. Wie könnte dieses auch anders sein! Sie vertreiben auf das ominöse, im Geschäftstotal aushängende Plakat und denken einfach, damit ist die Sache für sie erledigt. Diesen Herren wäre ein ausführliches Studium der Gewerbeordnung dringend zu empfehlen, damit sie endlich einmal begreifen, daß derjenige Gesetzesübertreter bestraft wird, welcher „die Befehlssetzung zuläßt und nicht hindert“.

Daß die Verfügung des Polizeipräsidenten dem einen oder dem andern Unternehmer auf die Nerven gefallen zu sein scheint, beweist ein „Eingekandt“ eines Arbeitgebers an die Redaktion des Verbandsorgans der Kreditgeschäftsinhaber, „Die Teilzahlungs-Praxis“, welche dasselbe aber vernünftigerweise ohne Kommentar abdruckt.

Diesem Herrn Arbeitgeber, er verschweigt seinen Namen, — doch nennen wir ihn Schläuberger, — war es ebenfalls bekannt, daß der Deutsche Transportarbeiter-Verband der Ueber des Erlasses des Polizeipräsidenten war.“ Er wunderte sich darüber, daß eine verhältnismäßig kleine Zahl von Leuten sich herausnimmt, durch Heß- und Mißarbeit die Existenz von Tausenden zu untergraben. Herr Schläuberger spricht weiter von einem kleinen Häuflein, welches nicht die Fähigkeit besitzt, lastig zu denken. Dann ruft er freudig aus: Es gibt Gott sei Dank noch Tausende von ehrenwerten Leuten, Beamte, Kassierer von Gasanstalten usw., die bereits am Sonnabend so zeitig frei sind, daß sie um 5 Uhr mit dem Kassieren beginnen können und sich gern einen Nebenverdienst verschaffen. Zum Schluss seines Ergriffes empfiehlt Herr Schläuberger einfach die „Transportarbeiterverbänder“ durch „Nichtverbänder“ zu ersetzen. — Es ist eigentlich nicht angebracht, diesem neumal-geschwiegenen Herrn Schläuberger einige Worte zu widmen. Er verdient diese Ehrung nicht. Grausam aber wollen wir nicht sein; nur wenige Wermutstropfen in den Freudenbecher werden bei diesem Herrn genügen, ihn wieder auf den rechten Weg zu bringen.

Zunächst wollen wir Herrn Schläuberger verraten, daß hinter der kleinen Zahl, den kleinen Häuflein von Heßern und Mißlern, die 215 000 Mitglieder des „Deutschen Transportarbeiterverbandes“ stehen. Weitere Bundesgenossen in unserem Kampfe zur Erringung der völligen Sonntagsruhe finden wir in der gesamten Arbeiterchaft. Es ist ja eine bekannte Unternehmer-mannier, erst dann von Heßern und Mißlern zu reden, wenn es an den G-Abzettel geht. Daß man aber seit zwanzig Jahren die bestehenden Gesetze mißachtet und die Angestellten gerade am Sonntag wie eine Zitrona ausgepreßt und ausgebeutet hat, darüber verliert man kein Wort. Wenn Herr Schläuberger befürchtet, daß Tausende von Abzahlungsgeschäften die Existenzmöglichkeit durch Einführung der Sonntagsruhe verlieren, so tut er uns wirklich leid. Nicht ein einziges Abzahlungsgeschäft wird eingehen, auch wenn die völlige Sonntagsruhe Gesetz wird. Wenn beide Teile, Arbeitgeber sowohl als Einkassierer, nur die richtigen Maßnahmen treffen und gegenseitig mit Vertrauen zusammen gehen, wird man mit Leichtigkeit die anfänglichen Schwierigkeiten überwinden. Oder sollte Schläuberger gar die Existenz unserer Kollegen Einkassierer in Gefahr sehen? Dann sagen wir: Brot wird überall gebaden, aber die Butter lassen sich unsere Kollegen nicht vom Brot nehmen, dessen kann er versichert sein. Des weiteren empfiehlt Herr Schläuberger die Einstellung von Beamten, Kassierern der Gasanstalten usw. ab Sonnabend nachmittags. Viel Glück dazu! Aber die Freude würde nicht lange dauern. Wir erinnern daran, daß sowohl der Staat als auch die Kommune ihren Angestellten derartige Nebenbeschäftigung verbieten. Ein besseres Material konnten Sie uns für unsere gerechte Sache nicht liefern, Herr Schläuberger! Wenn Sie nun zum Schluss Ihren Herren Kollegen empfehlen, anstatt der Verbänder „nichtorganisierte Einkassierer“ einzustellen, so raten wir Ihnen dringend, in Zukunft mit derartigen Vorschlägen vorsichtiger zu sein. Welche Maßnahmen würden Ihrerseits wohl ergriffen werden, wenn wir den Spieß umkehren und uns mit Ihrer werthen Firma etwas näher beschäftigen würden? Ueber den Terro-ritismus unsererseits könnten Sie dann nicht laut genug schreien, Polizei und Staatsanwalt würden Sie zu Ihrem Schutze anrufen. Sie gehören Ihrer Organisation doch auch wahrscheinlich zu dem Zwecke an, Ihre Interessen zu wahren. Dieselben Grundsätze stellt unser Verband auf, wir wahren die Interessen unserer Mitglieder sowohl auf wirtschaftlichem wie sozialem Gebiete. Auch Ihre versteckte Drohung kann uns von dem beschrittenen Wege nicht zurückschrecken. Im Gegen-

teil, mit doppeltem Eifer werden wir uns unserer Kollegen annehmen und deren Rechte mit Nachdruck bei allen passenden Gelegenheiten verteidigen.

Wir stellen nun zum Schluß unserer Betrachtungen fest, daß das Unternehmertum die Frage der Sonntagsruhe immer noch nicht ernst nimmt. Einzelne Firmeneinhaber sagen ganz offen zu ihren Angestellten, die ganze Sonntagsruhe-Angelegenheit wird bald wieder einschlafen. Nun, wir werden dafür sorgen, daß das Gegenteil eintritt; recht munter werden wir den Gesetzesübertretern zu Leibe gehen, so lange, bis man unsere Rechte anerkennt.

Un unsere Kollegen Einfassierer und Klassenboten richten wir das Gelingen, festzuhalten an der Organisation, nur wenn wir uns unserer Kraft bewusst sind, einzig und fest zusammen stehen, werden alle Mächte des Unternehmertums wirkungslos zerfallen. Hinein in unsere Berufsorganisation, dem Deutschen Transportarbeiterverband, muß die Parole sein. Alle uns noch fernstehenden Kollegen müssen dem Verbands als Mitglieder zugeführt werden, damit wir auch den Lohn- und Arbeitsverhältnissen mehr Aufmerksamkeit widmen können und versuchen können, dieselben zu bessern. Darum auf zur Agitation, tue jeder seine Pflicht!

Magdeburg. Die Zeitung unserer Organisation hatte kürzlich eine große Protestversammlung bezüglich der Sonntagsruhe einberufen. Die von mindestens 500 Personen besuchte Versammlung beschäftigte sich mit dem „Kampfe der Handelsangestellten um die Sonntagsruhe“ und mit der sozialen Rückständigkeit des Vereins selbständiger Kaufleute. Referent war Reichstagsabgeordneter Ferdinand Bender (Elberfeld). Er gab zunächst einen historischen Rückblick über gesetzgeberische Maßnahmen auf dem Gebiete der Sonntagsarbeit. Erst 1891 wurde auch für die Handelsarbeiter eine Einschränkung der Sonntagsarbeit erzielt. Die Bestimmungen sind im § 105b der Gewerbeordnung niedergelegt. Der wesentlichste Erfolg bestand darin, daß die Sonntagsarbeit auf 5 Stunden beschränkt wurde, die durch Ortsstatut weitere Einschränkung erfahren kann. Die Arbeitgeber tiefen gegen diesen kleinen Fortschritt Sturm und in weitestgehender Weise wurden ihre Wünsche berücksichtigt. 1907 hat sich die Regierung an die Oberpräsidenten der einzelnen Provinzen gewandt und ihnen einen neuen Vorentwurf zur weiteren Einschränkung der Sonntagsarbeit unterbreitet, über den sie sich zunächst äußern sollten. Dieser Vorentwurf wollte eine Sonntagsarbeit von 10 Stunden für 2 und von 6 Stunden für 3 Tage im Jahre gestatten, während an allen anderen Sonntagen 2 Stunden gearbeitet werden sollte. Was aus diesem Entwurf geworden ist, steht heute noch nicht fest, nur so viel sei gesagt, daß die Oberpräsidenten sich an die Handelskammer um Auskunft wandten, an Institute, die den Bestrebungen der Arbeiter feindlich gegenüberstehen. Aber an die Organisationen der Arbeiter, die allein die richtige Auskunft geben konnten, hat sich die Regierung bis heute nicht gewandt. In diesem Frühjahr wurde bekannt, daß die Regierung einen neuen Entwurf vorbereitet, der aber gegenüber dem von 1907

gewaltige Verschlechterungen aufweist. Diese Betrachtungen zeigen, daß die Arbeiter von der Regierung nichts, aber auch gar nichts zu erwarten haben, daß sie nur auf sich selbst angewiesen sind und nur aus eigener Kraft durch ihre Organisationen die endgültige Sonntagsruhe erringen werden. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, unablässig für die Ausbreitung der Organisation zu sorgen, damit auch die Handelsarbeiter den ihnen zustehenden Teil an den Gütern der Kultur erobern, schloß Redner seine Ausführungen, die mit rauschendem Beifall belohnt wurden.

Schwierige beschäftigte sich hauptsächlich mit der sozialen Rückständigkeit des Verbandes selbständiger Kaufleute und zeigte an der Hand unwiderlegbaren Materials, daß das Vorgehen dieses Vereins immer darauf gerichtet sei, die Handelsangestellten wirtschaftlich zu knebeln. Auch im Jahre 1908 war es der Verband im Verein mit der Handelskammer, die den Bestrebungen, die Sonntagsruhe auszubauen, entgegenzutreten. Und arbeiten die Handelsangestellten heute wirklich nur 3 Stunden Sonntags? keineswegs! Im vorigen Jahre hat die Sektionsteilnahme an vier Sonntagen die Postämter überwacht und 92 Uebertretungen der Sonntagsruhebestimmungen festgestellt. Lehrlinge wurden in 18 Fällen, Hausdiener in 74 Fällen festgesetzt, daß sie auf Veranlassung ihrer Arbeitgeber, der Handelsherren, in der gesetzlich unzulässigen Zeit arbeiten mußten. Wir haben weiter festgestellt, daß in Buchhandlungen 7 1/2 Stunden gearbeitet wurde, Nähmaschinenhandlungen 6 Stunden, Drogerien 7 Stunden und so weiter. Diese Fälle zeigen mit aller Deutlichkeit, wie notwendig im Interesse der Handelsarbeiter eine weitere Einschränkung der Sonntagsarbeit ist. Dem wolle der hiesige Magistrat im Verein mit den Stadtverordneten Rechnung tragen und erließ neue Bestimmungen zum Ortsstatut über die Sonntagsruhe. Von diesen Bestimmungen befürchtete der Verein selbständiger Kaufleute eine Schmälerung seines Profits und richtete darum am 18. Juni an den Bezirksausschuß eine Eingabe, in der verlangt wird, dem Statut die Genehmigung zu versagen, weil die Herren befürchten, daß sich die Bestimmungen, die den Kontoristen eine andre Sonntagsruhe als den Ladenangestellten gibt, in Widerspruch mit der Judikatur des Kammergerichts befindet. Die Handelsarbeiter wissen nur, daß gegenüber diesen Herren nur Selbsthilfe nützlich kann, Presse, machtvolle Organisationen, die den Handelsherren die so notwendigen Forderungen der Arbeiter abtrotzen, abringen können. Reicher Beifall lobte den Redner.

Fresino als Vertreter des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen betonte, daß seine Kollegen, die im Zentralverband organisierten Handlungsgehilfen, immer mit den organisierten Handelsarbeitern, besonders in dieser Frage, Hand in Hand gearbeitet, Schulter an Schulter gekämpft hätten und es auch weiter tun würden. Er bedauerte lebhaft, daß die in bürgerlichen Verbänden organisierten 800- bis 900 000 Handlungsgehilfen glaubten, durch Petitionen und Eingaben etwas zu erreichen. Das bisherige Vorgehen der Regierung und der Prinzipale zeige

noch deutlich, daß auf gutlichem Wege kaum etwas zu erreichen sei. Auch dieser Redner erntete lebhaftem Beifall.

Folgende Resolution war eingekauft und fand einstimmige Annahme:

Die am 28. August 1912 in die „Apollo-Festhalle“ einberufene Protestversammlung bedauert, daß die gesetzgebenden Körperschaften dem so dringenden Wunsch aller Handelsangestellten, die völlige Sonntagsruhe einzuführen, bisher noch nicht nachgekommen sind.

Die gesetzliche Einführung der völligen 36-stündigen Sonntagsruhe ist eine kulturelle Notwendigkeit, die einzuführen um so erforderlicher ist, als gerade die Handelsangestellten durch die überaus lange Arbeitszeit an den Wochentagen nicht nur in ihrer Gesundheit schwer bedroht, sondern auch in ihrer geistigen und beruflichen Weiterbildung gehindert werden.

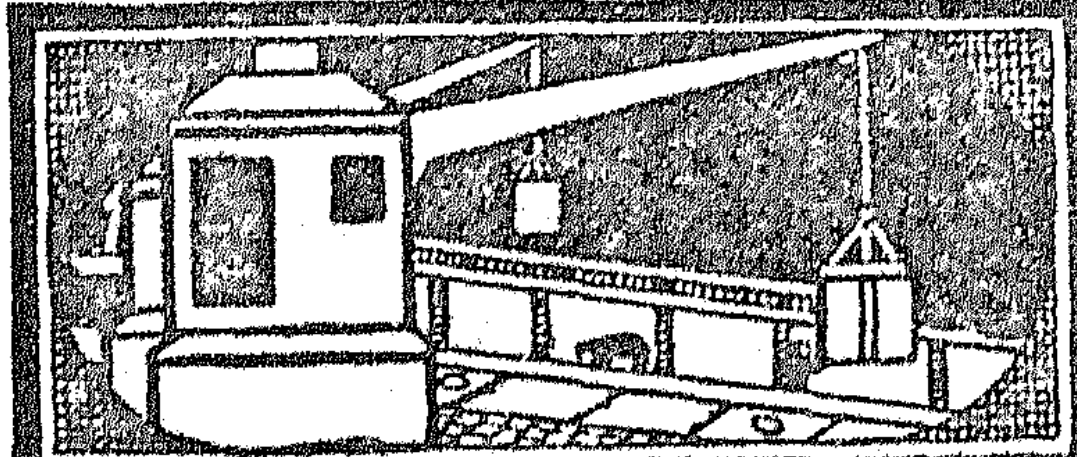
Die völlige Sonntagsruhe zu verteidigen, liegt keine Veranlassung vor, da selbst die große Masse der Arbeiterschaft, auf die angeblich als Konsumenten Rücksicht genommen wird, stets die Handelsangestellten in ihren Forderungen unterstützt und mit der völligen Sonntagsruhe einverstanden ist, um so mehr, da die Einführung der völligen Sonntagsruhe nicht eine Verhinderung des Konsums, sondern nur eine Verlegung der Verkaufszeit bedeutet und eher geeignet ist, den Konsum zu erhöhen.

Die Versammlung erwartet daher, daß das Stadtverordneten-Kollegium sowie der Magistrat der Stadt Magdeburg dem Antrag auf Einführung der völligen Sonntagsruhe umgehend nachkommt, um somit dem gesamten Handelsstand, Prinzipalen und Angestellten, das allen andern Berufsständen gewährte Recht auf den arbeitsfreien Ruhetag zu gewähren.

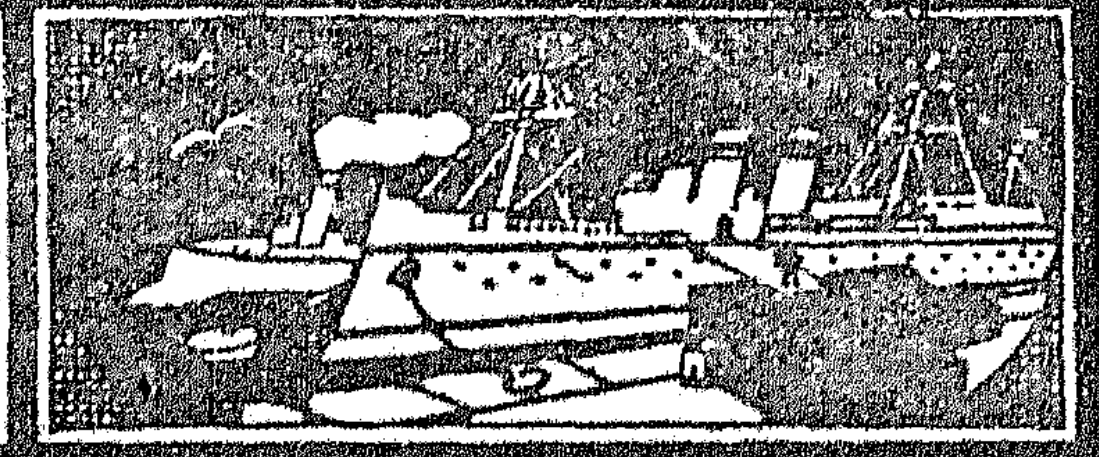
Die Versammlung protestiert gegen die einseitigen und egoistischen Bestrebungen des Vereins selbständiger Kaufleute in Magdeburg und erwartet, daß der Magdeburger Magistrat und das Stadtverordnetenkollegium den berechtigten Wünschen der Angestellten endlich Rechnung tragen wird.

Ferner erwartet die Versammlung, daß der Reichstag bei dem ihm zugehenden Gesetzentwurf die völlige Sonntagsruhe durch Reichsgesetz in Stadt und Land zur Einführung bringen wird.

In seinem Schlußwort bedauert der Redner lebhaft, daß sich keiner der anwesenden bürgerlichen Vertreter zum Worte gemeldet hat. Er betont, daß, solange die Handelsangestellten bei Wahlen und sonstigen Gelegenheiten in ihrer großen Mehrheit den bürgerlichen Parteien nachlaufen, sich auch die Regierung nicht veranlaßt sehen wird, irgendwelche Konzessionen zu machen. Die einzige wirkliche Vorkämpferin zur Erringung der Sonntagsruhe sei die Sozialdemokratie. Der Beweis ist bei allen Anlässen erbracht, und nun durch eine Stärkung dieser Partei im Parlament ist zu erwarten, daß endlich die Sonntagsruhe zum Segen der Handelsangestellten gesetzlich eingeführt werden wird.



Hafenarbeiter



Berlin. In der am 18. August abgehaltenen Versammlung rügt der Branchenleiter die Kollegen, die es nicht für nötig hielten, zu erscheinen, obgleich wir ersten Zeiten entgegengehen. Im Kaufsack laufen die Tarife ab, und da auch wir dazu gehören, so ist es nicht ausgeschlossen, daß wir im nächsten Jahr in die schwierigen Kämpfe verwickelt werden, zu denen die Bauunternehmer unablässig rufen. — Der Vorsitzende kommt dann auf die Firma Zimmermann u. Sohn in Charlottenburg zu sprechen. Bei der letzten Lohnbewegung hat die Firma versprochen, wie die übrigen Firmen 55 Pf. zu zahlen, heute zahlt sie jedoch nur 45 Pf. und hat außerdem den Akkordlohn um ein Drittel geschmälert. Wenn die bei dieser Firma beschäftigten Kollegen diese „Lohnregelung“ ruhig hinnehmen, so beweist das nur, daß uns noch ein wichtiges Stück Agitationsarbeit zu leisten bleibt. Ich wünsche, daß alle Kollegen an der „Morgenprache“ teilnehmen, die sehr zweckdienlich sind. Die von verschiedenen Kollegen gegen die Verbandsangestellten vorgebrachten Anschuldigungen werden von H. und Sch. zurückgewiesen. G. beschwert sich über die Arbeitseinteilung in der Matborstraße 20. Die Branchenkommission will das untersuchen, desgleichen die Arbeiter Klage, daß der Arbeitsnachweis Engel-Ner 15 Leute zu 45 Pf. vermittelt für Arbeiten, die mit 60 Pf. bezahlt werden müssen. Kollege Z. wünscht die Abschaffung des Akkordsystems und dafür die Einführung eines 70 Pf.-Stundenlohnes. Er weckt damit jedoch den Widerspruch verschiedener Kollegen, während andere dem Kollegen Z. zustimmen. Bedenken gegen die Wahl des Kollegen Mrowka in den Hauptvorstand werden von H. und anderen Kollegen zerstreut. Zum Schluß macht H. noch auf die Generalversammlungen aufmerksam und hält es für erforderlich, daß sämtliche Delegierten erscheinen.

Bremen. Bei den Hafenerweiterungsbauten im Hafen 2 haben die bei den Unternehmern Götting und Zinke beschäftigten Arbeiter wegen nicht rechtzeitiger und nur teilweiser Auszahlung des Lohnes die Arbeit eingestellt.

Die Firma Schwarz in Wien hat die Lieferung

der Pfähle, welche zu dem Pfahlrost bei den Hafenerweiterungsbauten im Hafen II verwendet werden, übernommen. Diese Firma hat das Abladen von den Eisenbahnwaggons und das Sortieren nach der Qualität den Unternehmern Götting, Altonstraße, und Zinke übertragen. Anfangs ging es ja mit der Lohnauszahlung ziemlich glatt vonstatten. In letzter Zeit stellten sich bei den Lohnauszahlungen jedoch Schwierigkeiten ein. Am Sonnabend, 17. August, erklärte Herr Zinke den Leuten, als diese ihren Lohn holen wollten, er habe kein Geld.

Die Arbeiter setzten sich nun telefonisch mit Herrn Spindel, dem Vertreter der Wiener Firma in Verbindung und teilten diesem mit, daß sie ihren Lohn nicht erhalten könnten. Auf Veranlassung des Herrn Spindel zahlte dann der Wirt v. Hafen Herrn Zinke 100 M., aus, welche auf die einzelnen Arbeiter verteilt wurden; einzelne erhielten nur 10 M. Die übrigen erhielten bis zu 25 M. ausbezahlt. Den Rest erhielten die Leute, da am Sonntag gearbeitet wurde, an diesem Tage ausbezahlt. An einem Sonnabend erhielt ein Arbeiter, welcher als letzter seinen Lohn bekam, von Götting nur 10 M. ausbezahlt mit der Bemerkung, er könne ihm nicht mehr geben, weil er kein Geld mehr habe.

Ebenfalls erhielten die Arbeiter am Sonnabend, 31. August, nur einen Teil ihres Lohnes ausbezahlt, außerdem mußten sie bis ca. 8 Uhr auf ihren Lohn warten. Ferner wurde in der Regel der Lohn in der Wirtschaft ausbezahlt. Zu wiederholten Malen haben sich die Arbeiter an den Vertreter der Wiener Firma gewandt und diesen gebeten, er möge doch für Abschaffung der Mißstände Sorge tragen. Dieses hatte jedoch nur den Erfolg, daß die Leute an einem Sonnabend ihr Geld pünktlich an der Arbeitsstelle erhielten. Später war dieselbe Bummelzeit wieder eingetrisen. Nun wandten sich am Montag morgen die Arbeiter an ihre Organisation. Ein Vertreter unseres Verbandes wurde daraufhin zuerst bei Zinke vorstellig. Bemerkten wollen wir noch, daß, wenn die Leute sich beschwerten, Herr Götting erklärte: „Wendet euch an Zinke, der hat euch ja angekommen

und ist auch haftbar für den Lohn. Zinke erklärte jedoch, Götting sei die Persönlichkeit, an welche sie sich zu wenden hätten. Als unser Vertreter fragte, warum den Leuten der Lohn nicht ausbezahlt würde, sagte dieser: Was geht mich das an? Ich habe kein Geld; dieses erhält Herr Götting von Herrn Spindel ausbezahlt; infolgedessen haben sich die Arbeiter an Götting zu wenden. Von unserem Vertreter darauf aufmerksam gemacht, daß er als Unternehmer doch ebenfalls für den Lohn mit haftbar sei, erwiderte er: Meine Wege machen Sie was Sie wollen; mir soll es egal sein, und wenn Sie die Sperre verhängen, dann kann endlich mal reiner Tisch gemacht werden; denn wenn mir das Geld ausgehändigt wird, werde ich auch die Garantie übernehmen, daß die Arbeiter rechtzeitig ihren Lohn bekommen.“ Einem Arbeiter, der zu Mittag aufgehört hatte und seinen Lohn haben wollte, erklärte Zinke, daß er kein Geld habe; ob er am Abend seinen Lohn bekommen könne, wußte er noch nicht.

Nach einer Rücksprache mit dem Vertreter der Wiener Firma, Herrn Spindel, sagte dieser, er sei nicht in der Lage, auf die beiden Unternehmer einzuwirken zu können, daß die Mißstände abgeschafft würden; auch könnte und wollte er nicht die Garantie übernehmen, daß den Arbeitern rechtzeitig und vollständig ihr Lohn ausbezahlt werde.

Da unter den gegebenen Verhältnissen keine Garantie für die regelmäßige Auszahlung des Lohnes gegeben war, erklärten die Arbeiter nicht eher die Arbeit aufnehmen zu wollen, als bis ihnen die Garantie für die prompte Auszahlung des Lohnes gegeben sei. Wenn es ja auch nichts Neues ist, daß die Arbeiter um ihren Lohn geprellt werden, so ist es doch um so bedauerlicher, wenn bei Arbeiten, die vom Staat vergeben werden, den Arbeitern nicht einmal die genügende Garantie gegeben werden kann, daß sie regelmäßig ihren Wochenlohn bekommen. Hier wäre es Pflicht des Staates, bei Abschluß von Verträgen nur mit solchen Unternehmern abzuschließen, die auch die Garantie übernehmen können, daß die Arbeiter ihren Lohn bekommen. Was aber bei diesem

Arbeiten noch übrig ist, wird auch hier wiederum dadurch bewiesen, daß bei einer Beschäftigung von 10 bis 15 Arbeitern noch zwei Unternehmer einen guten Nettos herausbringen können. Solche Mühsal, wie diese, sollten aber bei Bauern, welche der Staat, wenn auch durch Privatunternehmer, ausführen läßt, nicht vorkommen. Hoffentlich bringen unsere Vertreter in der Württemberg diese Angelegenheit zur Sprache, damit Maßnahmen getroffen werden, welche in Zukunft solche Mißstände unmöglich machen.

Zugleich sind übrigens die Differenzen dadurch erledigt, daß der fällige Lohn ausbezahlt ist und die Unternehmer Gehilfen und Pinte sich verpflichtet haben, an jedem Tage bis zur Beendigung der Arbeitszeit den Lohn auf der Arbeitsstelle auszubezahlen.

Hamburg. Der Tarif für Winterleute steht für große schließliche Kohlen einen Monatslohn von 110 Mk. vor, während für gewöhnliche Kohlen 95 Pf. gezahlt werden. Bei einer Ladung von 250 Tonnen entstanden zwischen der Kohlenfirma und den Winterarbeitern Differenzen über die tarifliche Bewertung der Kohle. Da es sich um ein Gemisch handelte, glaubte die Firma mit dem niedrigen Satz die Arbeit bezahlt zu haben, während die Arbeiter 110 Mk. verlangten. Das Gewerbegericht schlug den Mittelweg ein, indem es entschied, daß die Arbeiter gleichen Anteil vom höheren Lohnsatz zu beanspruchen hätten, den der Anteil der großen Kohle an der Gesamtmenge beträgt. Da das Gemisch ein Drittel große schließliche Kohlen enthielt, sprach das Gewerbegericht den Klägern anstelle der verlangten 37,50 Mk. nur 12,50 Mk. zu.

Vielleicht hätte das Gericht in Rechnung stellen müssen, daß das Vorhandensein der großen Kohlenstücke auch die flotte Arbeit bei den leichter zu bearbeitenden Kohlen förderte. Nebenfalls war die Störung größer, als der Anteil der großen Kohle an der Gesamtmenge. Wenn schon salomonisch geurteilt werden soll, dann aber auch ganz. Wer die Winterarbeit kennt, wird zugesehen, daß den Arbeitern dieser die Hälfte der eingeklagten Summe gebührt — selbst bei salomonischer Weisheit.

Arbeitsniederlegung in Hamburg. Die Firma **H. A. Reinde, Wagner, Leichter- und Ballastgeschäft**, hat es bei der letzten Tarifregelung vorgezogen, außerhalb der Reihe zu tanzen. Die Firma beschäftigt 19 Leichterfahrer, die teils im Hafenbetrieb, teils im Leichterbetrieb und teils auf der Unteralfse beschäftigt werden. Fünf Schiffer, die ständig bei der Hamburg-Südamerica-Linie beschäftigt sind und von dieser für jede Ueberstunde eine Mark erhalten, ist diese Entschädigung von der Schiffsfahrergesellschaft plötzlich entzogen worden. Da aber die Leute keine Meinung haben, für nichts und wieder nichts Ueberstunden zu machen, verlangen sie nun von der Firma Reinde Ueberstundenlohn. Die ist aber keine Freundin von Bezahlung der Ueberstunden, sie hat zwar mit ihren Schiffen einen Lohn von monatlich 135 Mk. und einen Ueberstundenlohn von 80 Pf. vereinbart, aber jedenfalls hält sie es für gewinnbringender, den Monatslohn auf 140 Mk. zu erhöhen und die Bezahlung der Ueberstunden abzuschaffen. Zum Leidwesen Reindes sind die Leute aber merkwürdig vertragskenn und haben diese eigenartige „Lohnherhöhung“ abgelehnt.

Obgleich nun Reinde diesen Vertrag selbst mit seinen Leuten abgeschlossen hat, will er sie doch nicht zu ihrem Rechte kommen lassen und kündigte den fünf Leuten. Da nun die anderen Schiffer gewärtig sein können, daß die Firma auch ihnen das Anerbieten machen wird, erklärten sie sich mit ihren Kollegen solidarisch und leiteten ihre Kündigung ein, die nach fünf Tagen abgelaufen ist. Die Leute haben sich an ihre Organisation, den Deutschen Transportarbeiterverband, gewendet, und die Branchenleitung hat sich bereits mit der Firma in Verbindung gesetzt. Bevor die Angelegenheit nicht von dieser Stelle aus geregelt ist, darf keiner bei dieser Firma in Arbeit treten.

Nachschrift: Die Differenz ist in allen Punkten zugunsten der Leichterfahriger erledigt.

Herr **Adirektor Winter** macht einen Antrag auf Leben und Gesundheit der Hafenarbeiter. Er will die Kranfahrer an Astord teilnehmen lassen, was das bedeutet, werden wir in der nächsten Nummer darlegen.

Gute Konjunktur im Hamburger Kohlenhandel. Im August wurden von England nach Hamburg insgesamt 458 509 Tonnen gegen 297 100 in 1911 eingeführt. (Vom 1. Januar bis Ende August ergeben sich nunmehr 2 913 139 Tonnen gegen 2 901 797 in der gleichen Vorjahrszeit.) Es kamen mithin 161 409 Tonnen mehr heran als in demselben Zeitraum des Vorjahres. Der Geschäftsgang war durchweg ein recht lebhafter. Eine ganz ungewöhnlich starke Frage nach Hausbrandkohlen setzte in der Mitte des Monats ein; die Abrufungen waren so stark, daß die Läger rasch abnahmen, und in vielen Fällen Händler, die sich nicht rechtzeitig vorgesehen hatten, nicht in der Lage waren, die Aufträge glatt auszuführen. Die Seefrachten zogen im Laufe des Monats erheblich an und erreichten auch für die kürzeren Fahrten von der englischen Küste nach den Nordseehäfen und Häfen am Kanal eine Höhe, wie wir sie seit 1900 nicht gesehen haben. Die andauernden heftigen Niederschläge brachten einen starken Wasserwuchs, so daß während des größten Teils des Monats die Röhre volle Ladung einnehmen konnten. Da das Ladungsangebot nicht reichlich war, wichen die Frachtraten und zeigten Ende August einen für diese Jahreszeit sehr niedrigen Stand. Nach dem Bericht von **Ed. Blumenthal**, Hamburg, kamen im August an westfälischen Steinkohlen und Roß in Hamburg an: 302 780 Tonnen gegen 257 488 Tonnen. Vom Ja-

nuar bis August betrug diese Zufuhr 2 392 003 To. (i. B. 2 112 307). Während sich in den ersten acht Monaten dieses Jahres also die westfälische Zufuhr an Kohlen nach Hamburg um rund 280 000 Tonnen hob, steigerte sich die englische nur um knapp 12 000 Tonnen.

Differenzen im Hamburger Hafen. Gegen den kürzlich abgeschlossenen Tarif verstoßen fortgesetzt die Stauerfirmen **E. Liedemann, M. Hentschel** und **C. Fromheim**. Die tarifbrüchigen Stauer nahmen am 6. Uhr für die Nacht die neue Schauerleute an. Nun heißt es in dem Tarif: Den für Sonntagsarbeit neu angenommenen Arbeitern wird ein Mindestlohn von 3,50 Mk. ebenso den für die Nachtarbeit neu angenommenen Arbeitern ein solcher von 5 Mk. garantiert. Die Stauer ließen die Schauerleute nur bis abends 9 Uhr arbeiten, bei der Lohnzahlung erhielten die Leute statt des Garantelohns von 5 Mk. jedoch nur 2,50 Mk. ausbezahlt. Die Beschwerdefunktion, die sich in einer Sitzung hiermit beschäftigte, stand einmütig auf dem Standpunkt, daß dieses Verhalten der Stauer eine Durchbrechung des Tarifs sei, auch dann liegt eine Durchbrechung vor, wenn die Stauer resp. deren Ältern in den Filialen versuchen, die fehlige schlechte Arbeitsgelegenheit für Schauerleute auszunutzen, indem sie sagen: es geht nur bis 9 Uhr, dafür gibt es aber nur 2,50 Mk.

An den Schauerleuten liegt es, ihre Rechte nachdrücklich zu wahren. Jeder Fall muß sofort der Ortsverwaltung unterbreitet werden.

Die Hamburger Hafenarbeiter behandelt werden, dürfte ist nachfolgende Aufsicht ein charakteristischer Befehl:

am 26. v. M., als drei Gänge Schauerleute, die bei dem Stauer **Hentschel** beschäftigt waren, mit dem Dampfer der Stauerfirma am Wannwall abgehakt waren, wurden sie von Polizeibeamten umzingelt und mußten nach der Polizeiwache, wo sie visitiert wurden. Als man jedoch bei keinem der Arbeiter etwas Ungewöhnliches fand, konnten sie die Wache verlassen. Deshalb man die Arbeiter nach der Wache brachte, ist keinem der Beteiligten gesagt worden. Auch hat keiner der Leute etwas davon gehört, daß an Bord des Schiffes, auf welchem sie beschäftigt waren, etwas geschehen oder sonstige Abhandlungen gekommen ist. Es scheint, als ob man die Leute nur auf eine falsche Demonstration hin nach der Wache brachte und sie wie Sühnstrafen behandelte. Vielleicht will die Polizeibehörde durch diese „Stichproben“ die „Schlacken“ gegen sich und die Verbittern“ nicht behoben werden. Die Stimmung der Schauerleute ließ nach der Einwirkung wirklich nichts zu wünschen übrig.

Tarifabschluss in Hamburg. Zwischen dem Verein der Kohlenverwahrer und dem Deutschen Transportarbeiterverband ist für die in der Hamburger, Altonaer und Harburger Hafenschiffahrt beschäftigten Ewerführer- und Gehilfen der Kohlenbranchen ein neuer Lohnvertrag vereinbart worden. Der Tarif hat Gültigkeit von jetzt ab bis zum 1. Juli 1915. Die Arbeitszeit ist von morgens 6 bis abends 6 Uhr festgelegt. Bestimmt ist, daß in der Regel dem Ewerführer eine Frühstückspause von $\frac{1}{2}$ Stunde und eine Mittagspause von $\frac{1}{2}$ Stunden, letztere in der Zeit von 12 bis 3 Uhr, zu gewähren ist, doch hat sich der Ewerführer den bestehenden Verhältnissen des Betriebes anzupassen. Für Arbeiten während der Mittagspause werden 80 Pf. gezahlt. Der Tagelohn ist auf 5,30 Mk. pro Tag festgelegt worden. Die Ueberstunden nach 6 Uhr abends werden pro Stunde mit 80 Pf., desgleichen die Frühstunden vor 6 Uhr morgens mit 80 Pf. vergütet. Für die Sonntagsarbeit ist für den halben Tag bis $\frac{9}{2}$ Uhr an Land 4 Mk., einen halben Sonntag bis 12 Uhr an Land 4,50 Mk. und für den ganzen Sonntag 9 Mk. festgelegt. Sonntagsüberstunden werden mit 90 Pf. in Anrechnung gebracht. Für Nachwachen erfolgt eine Zahlung von 3 Mk. Wenn Ewerführer neu zur Nacharbeit zu um 8 Uhr oder später bestellt werden, ist die Zeit ab 6 Uhr rückwirkend pro Stunde mit 80 Pf. zu vergüten. Wenn Wintern der Schiffe ist für jeden Gang ein Ewerführer zu stellen. Falls Ewerführer zu besonderen Arbeiten, die nicht zu ihrer Tätigkeit zu rechnen sind, beordert werden, z. B. Wegen, Messen, Trimen, Einsteuern in Tubs oder Uebersteuern von Kohlen aus einem Fahrzeug in das andere, Einschlagen von Kohlenfäden in Winterschuten usw., sind besondere Lohnsätze zu vereinbaren. Bei Bezahlung vorliegender Urkräfte in Zeitlohn gilt der jeweilige Lohnsatz des Lohnsatzes der Kohlenarbeiter und Arbeiter von Hamburg und Umgebung. Bei Bordarbeit, falls die Arbeitszeit während der Vertragsdauer an Werktagen verkürzt wird, wird diese Verkürzung auch den Ewerführern der Kohlenbranche gewährt.

Wie die Franzosen den syndikalistischen Gewerkschaftskampf verstehen. Unsere **berühmten** Gelehrten, die **sozialistischen**, haben in letzter Zeit in ihrer Zeitung „Die Einheit“ den Versuch unternommen, nachzuweisen, wie sehr der syndikalistische Kampf unserm Gewerkschaftskampf überlegen ist. Sie behandelten die englischen Hafenarbeiterkämpfe und priesen, mit schieferm Blick auf die Hamburger Hafenarbeiterbewegung, die Erfolge — der englischen Bewegung. Sind die Erfolge unserer englischen Kollegen schon problematisch, so ist es einfach lächerlich, einmal die englischen Kämpfe für den syndikalistischen Kampf, wie die **„Einheit“** ihn in Anlehnung an ihre französischen Vorbilder versteht, in Anspruch zu nehmen, und zweitens ihre Erfolge höher einzuschätzen wie die der Hamburger Hafenarbeiter. Daß die Einführung der syndikalistischen Taktik an der größten

Ueberlegung der deutschen Hafenarbeiter abprallen wird, das sind wir ohnedies sicher, wohin aber der syndikalistische Unfug führt, dafür bringen wir nachstehend zwei Zitate, die **G. Gefflein** in der „Neuen Zeit“ in seinen Kritiken über die Wurzeln des Syndikalismus in Frankreich anführt:

Grisvanches erzählt: „Auf den Mauern von Marseille gab es in jeder Werk eine von der Gewerkschaft bestimmten Vertrauensmann, der die Einhaltung der mit der Gewerkschaft vereinbarten Arbeitsbedingungen zu überwachen hatte... Er hatte eine große, eine zu große Machtvollkommenheit. Wegen eines Nichts, ich sage wegen eines Nichts, ließ dieser Vertrauensmann häufig mitten während der vollen Arbeit einen Pfiff ertönen. Das war das Signal, jedermann hatte die Werk zu verlassen, der Streik war da. Warum? Kein Mensch wußte es, weder Unternehmer noch Arbeiter.“

Yvetot, der Sekretär des Verbandes der Arbeitssöhne erzählt in seiner kleinen Agitationschrift „**M. D. E. Syndicaliste**“, wie bei dem großen Hafenarbeiterstreik in Cette die Unternehmer die Delegierten der Gewerkschaft zu einer Versprechung einluden. Und dann fährt Yvetot wörtlich fort:

„Nachdem die erste Diskussion einige Zeit gedauert hatte, ohne einen Erfolg herbeizuführen, wollten die Unternehmer die von ihnen Eingeladenen entlassen. Diese aber verweigerten die Türen (Hausfriedensbruch, Freiheitsberaubung. Red.) und erklärten den Unternehmern, sie seien entschlossen, so lange mit ihnen beisammen zu bleiben, bis sie ihre Unterschrift unter die Abmachungen setzten, die von den Arbeitern gewünscht würden. (Nützigkeit, Erpressung. Red.) Und die Delegierten der Arbeiter begannen zu rauchen, zu reden und zu singen, als ob sie in der Straße säßen, um die Rückkehr oder Abreise eines Freundes zu feiern. Angesichts einer so energischen (11 Red.) Haltung unterzeichneten die Unternehmer, ermüdet und eingeschüchtert, ganz demütig alles, was die Arbeiter verlangten, und sie hielten Wort. (sieh Red.) Diese Unternehmer hatten es mit Männern (Syndik.) zu tun gehabt.“

Gefflein meint allerdings, daß diese „Männer“ Kinder gewesen sind, dann er sagt: „Derartige Kinder sind mit einer ersten Arbeiterbewegung unvereinbar.“ Was wohl die syndikalistischen Männer gelobt hätten, wenn die Unternehmer so schlau gewesen wären, den Stroh umzudrehen?

G. Gefflein kommt auch auf den Syndikalismus der englischen Hafenarbeiter zu sprechen, die bisher von der Gewerkschaftsbewegung stiefmütterlich behandelt wurden... Von der Bewegung der Arbeiteraristokratie, die sich vor ihnen vornehm abschließt, praktisch ausgeschlossen, zugleich nicht imstande, aus eigener Kraft so gewaltige Kriegsmittel bereitzustellen wie jene und zugleich der gewaltigen Uebermacht großkapitalistischer Unternehmerverbände fast wehrlos gegenüber gestellt, mußten diese endlich in Aufzucht gebracht, zur Verzweiflung getrieben, gewerkschaftlich aber noch ungeschulten Arbeiter nach einer Form der Gewerkschaftsbewegung Ausschau halten, die ihren besonderen Bedürfnissen Rechnung trägt, und als solcher bietet sich ihnen der Syndikalismus.“ Diese Psychologie der englischen Hafenarbeiter war auch einst die der Hamburger (deutschen) Hafenarbeiter. In ohnmächtiger Verzweiflung suchten sie sich 1896-97 gegen das kapitalistische Joch auf, und heute, wo die Wunden dieses Kampfes längst vergessen sind, darf man es wohl ansprechen, daß für die Organisation die Niederlage vielleicht gegenrechtlich wirkte, als der Sieg für die Engländer, daß diese Niederlage den zweifellos vorhandenen syndikalistischen Einschlag der Hamburger Hafenarbeiter vernichtete, während ein Sieg ihn vielleicht zum Schaden der Bewegung gestärkt haben würde, wie es in London der Fall war. Und wie sind fest überzeugt, daß die Engländer die gleiche Entwicklung durchmachen werden. Wir haben dem letzten Artikel, der sich mit dem englischen Hafenarbeiterkampf beschäftigte, die Ueberschrift gegeben: Das Ende vom Anfang, und heute steht vor ihm: mächtige es auch gleichzeitig das Ende des Syndikalismus gewesen sein.

Kranpf. Unter der Firma Gesellschaft für Handel und Schiffahrt Kommanditgesellschaft auf Aktien wurde in Hamburg mit 2 Millionen Mark Kapital eine neue Gesellschaft gegründet, deren persönlich haftender Gesellschafter Herr **Kob. G. Böfener** ist. Als Gegenstand des Unternehmens wird bezeichnet der Betrieb von Handel, Schiffahrt, Bankgeschäften und Industrie. Dem Aufsichtsrat gehören an **Dr. Lappenberg-Hamburg**, **Kaiserl. Legationsrat Hermann vom Rath** und **Friedrich Leopold Böfener**.

Mit zwei Millionen Mark läßt sich als Privatmann ja schon ganz nett leben, aber Handels-, Schiffahrts-, Bank- und Industriebetriebe und alles mit 2000 Wille, klingt das nicht fast wie Hochstapelei. Bemerkenswert ist die Gründung vielleicht deshalb, weil Böfener früher eng mit dem Kürstlichen kürstlichen Börsenjobbern trennte. Wenn eine Auslösung stattgefunden haben sollte, so ist nicht ausgeschlossen, daß die „Meisenfirma“ ein Kind des Konzerns ist. Mache ist Miß — nur darf man sich dabei nicht in den Finger schneiden.

Mainheim. In der Nr. 25 des „Courier“ brachte der Kollege **Rabold** einen Artikel, in dem er sich mit der Ortsverwaltung und im besonderen mit dem Kollegen **Geil** beschäftigte. Die Resolution in der Nr. 32 hat es ihm angetan. Aber wie schon so oft, hat er auch hier wieder glänzend daneben gehauen. Es ist nämlich unwar, daß gewisse Personen gelegentlich das Bedürfnis haben, über ihn herzufallen. Es ist auch nicht wahr, daß der Kollege **Weil** bei der Richterprüfung vom Verbandstage ausführte, der Kollege **Rabold** habe auf dem Verbandstage die

Mannheimer Hafenarbeiter als Streikbrecher bezeichnet; wahr ist vielmehr, daß ein anderer Kollege die Ausführungen Nabolbs nach dem stenographischen Bericht wörtlich zitierte. Nabolb verwarf sich dagegen, die organisierten Hafenarbeiter beleidigt zu haben. Nun, in den verächtlichsten Ausführungen des Kollegen N. im Verbandsprotokoll steht wörtlich zu lesen: So mußten die organisierten Transportarbeiter Streikbrecher werden. Dagegen protestierten unsere Kollegen Hafenarbeiter in der Versammlung, und zwar mit Recht. Die Kollegen haben nicht auf Kommando Streikarbeit geleistet, sondern nur das getan, was sie vorher taten. Die Ortsverwaltung gab während des Streiks der Schiffer die Karole aus, daß alle Arbeiter, die bisher die Schiffer verrichteten, zu verweigern sind. Nicht Kollegen sollten Streikarbeit machen, sie haben diese verweigert, und als sie genähert wurden, wurden sie von uns selbstredend unterstützt. Ein Kollege machte Streikarbeit und wurde von uns ausgeschlossen. Wenn N. bei seiner Darstellung bleibt, so diene ihm zur Aufklärung: Die Kollegen bei Stimmes entleeren die Schiffe seit einer Reihe von Jahren im Afford. Sie stellen die Arbeitskräfte so wohl im Schiff, als auch auf der Hochbahn. Dies war vor dem Streik, während des Streiks, und ist auch nach dem Streik noch so. Etwas anderes als die Schiffe entleert, haben die Kollegen nicht, ergo waren sie keine Streikbrecher. Daß ein betätigter Vorwurf für jeden organisierten Hafenarbeiter eine Beleidigung ist, braucht wohl nicht näher ausgeführt zu werden. Nabolb bezeichnet sich selbst als Oppositionsmensch. Material gegen die Ortsverwaltung oder gegen die verhafteten Beamten ist ihm stets herzlich willkommen. Er bringt es dann, ohne es auf seine Wichtigkeit zu prüfen, in die Versammlungen und plagt dort damit heraus. Daß er mitunter Plakat macht und deshalb nicht immer ernst genommen wird, versteht sich am Ende. — Am Freitag, den 7. Juni, 5 Stunden vor der Abfahrt des Kollegen Nabolb nach dem Verbandstage hat eine Vertrauensmänner-Sitzung stattgefunden, wo auch die Bewegung der Binnenarbeiter und der Standpunkt der Ortsverwaltung dazu präzipiert wurde. Nabolb hat dort erklärt, daß er mit der Ortsverwaltung vollständig einer Meinung sei. Der Kollege Fr. hat dies nochmals extra hervorgehoben, daß ausnahmsweise diesmal die Kollegen N. mit der Ortsverwaltung in seinen Ansichten übereinstimmt. Warum dann trotzdem diese Ausfälle auf dem Verbandstage? Kollege N. erklärt, er werde sich auch in Zukunft den Mund nicht stopfen lassen. Nicht sol' steinem Menschen in der Ortsverwaltung fällt es ein, eine gerechte und sachliche Opposition zu unterdrücken. Gegen Unwahrheiten und syndikalistischen Kampfmethoden werden wir aber auch in Zukunft unseren Mann stellen. — Noch eins, Kollege Nabolb nimmt für sich in Anspruch, stets das Wohl der Allgemeinheit im Auge zu haben, nun, N. bekleidete innerhalb unserer Ortsverwaltung schon verschiedene Funktionen. Aber immer mußten wir sehen, wie N. bei stürmischen Momenten seine Membr in wenig ruhmvoller Weise niederlegt und es anderen überläßt, unser Organisationsgeschick mit sicherer Hand wieder in ruhigere Bahnen zu leiten. Statt agitatorisch tätig zu sein, hat er unsere Mitglieder durch seine Taktik den Versammlungsbesuch dermaßen vererbt, daß es sehr viele unserer Mitglieder vorgezogen haben, überhaupt nicht mehr zu erscheinen. Von den 3000 Neuanfängen, die in den letzten 2 Jahren gemacht wurden, hat der Kollege Nabolb auch nicht eine einzige gemacht. Im Gegenteil; er hat die Verhärterei der überzeugten Kollegen erschwert. Unser höchstes Ziel muß sein, immer größere Kreise indifferenten Kollegen unserer Organisation zuzuführen, damit wir um so stärker und schlagfertiger werden. Wäge sich auch das der Kollege N. merken. — Der Glanz des Nabolbschen Artikels sollte wohl der Schluss bilden. Hier mußte er 4 Jahre zurückgreifen, um einen Fall anzuziehen, den er und lokalistische Brüder weiblich ausgeschlachtet haben. Wir gönnen ihm und seinen Hintermännern diese Freude, wollen aber nicht so grausam sein wie er und alle Quertreibereien durchführen, die er seit der Zeit inaugurierte, wo er eine gewisse Hoffnung zu Grabe tragen mußte.

Mug. Geil.

Nachdem nun beide Teile in ausgiebiger Weise ihre Meinung zu der Sache gesagt, kann Schluss gemacht werden. D. H.

Stettin. Am Sonntag, den 18. August hielt die Sektion Hafenarbeiter ihre ordentliche Mitglieder-Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde dem Ableben der Bergarbeiter von der Grube „Lohringen“ und von dem Eisen- und Stahlwerk „Hoesch“ in ehrender Weise gedacht. Nachdem dann der Vorsitzende die Tagesordnung bekannt gemacht, teilte er mit, daß die Sterbeunterstützungseinrichtung im ersten Quartal eine Einnahme von 530,30 Mk., eine Ausgabe von 621 Mk.; im zweiten Quartal eine Einnahme von 671,40 Mk. und eine Ausgabe von 279 Mk. gehabt habe. Der Kassenbestand war am 1. Juli 1912: 3378,42 Mk. Der Vorstand machte den Vorschlag, das Sterbegeld für die Frauen vom 1. September d. J. ab von 50 auf 60 Mk. zu erhöhen. Die Versammlung nahm den Antrag an. Mehrere Redner kritisierten dann das Gehalt der Arbeiter, die von der Weberschiffen zu den Schiffen. Der Vorsitzende wurde von der Versammlung beauftragt, mit dem Gewerkschaftsverband sich in Verbindung zu setzen, damit die Sache geregelt werde. Nachdem dann die inneren Angelegenheiten erledigt waren, forderte der Vertreter des Freifahrtgehilfen-Verbandes die Versammelten zur Solidarität auf.

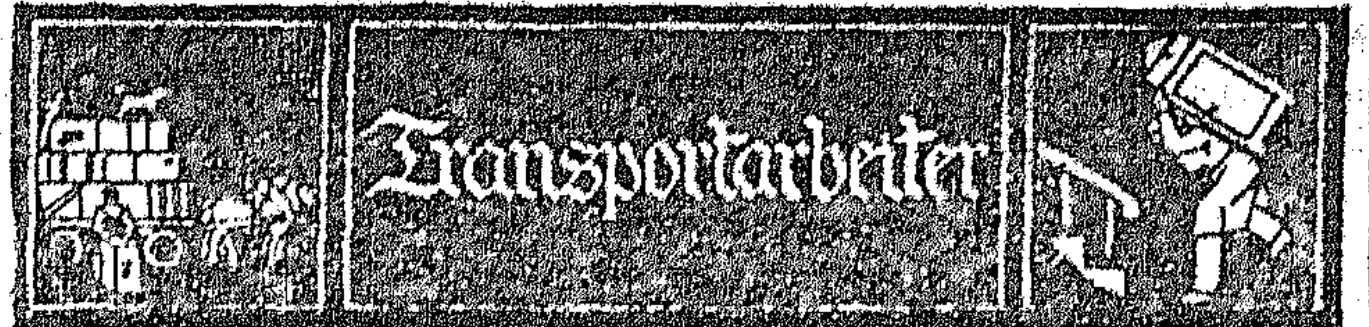
Erfreuliches und Un erfreuliches vom englischen Gewerkschaftskongress. Der in Newport tagende englische Gewerkschaftskongress wurde mit einem — Gottesdienst eröffnet. Der Pfaffe warnte vor den bösen Sozialisten und mahnte zur

Zufriedenheit. Im selben Augenblick zogen die auf die Hungerliste gesetzten Londoner Hafenarbeiter den Leibriemen enger und kühlten sich den von den Verteilern und Wächtern des Geldsacks zer-schlagenen Kopf — was die Kinder gehen beteln bei den Feinden der Arbeiter. In seiner Eröffnungsrede sah der Vorsitzende des Kongresses, der Sozialdemokrat Will Thorne, sich gezwungen, die Frechheiten des Pfaffen zurückzuweisen. Erfreulicher als diese Tragikomödie unter unserm Beschmauch einige Vorträge an, die bezwecken, der vorwärtsdringenden Zersplitterung des englischen Gewerkschaftswesens ein Ende zu machen. Die Gewerkschaft der Hafenarbeiter von Liverpool (Dorf. Section) fordert unter ausdrücklicher Verwerfung der syndikalistischen Lehren die Verschmelzung der Fachvereine des selben Berufes in große Industrieverbände. Daselbe fordert eine Resolution der Manrer.

Er wäre sowohl im Interesse der englischen, als auch der deutschen Transportarbeiter zu wünschen, daß der Gewerkschaftskongress einen dahingehenden Beschluß faßt, und daß dieser Beschluß bei den Gewerkschaften die nötige Beachtung findet.

Eingeständnis.

Der hamburgische Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie verbandte mit seinem Jahresbericht zugleich ein Schreiben an die Unternehmer, die er für seine Ziele zu gewinnen hofft, in dem folgenden Passus enthalten ist: „Viele Unternehmer glauben nach dem ausgebrochenen Streik ihren Betrieb durch sogenannte „Streikbrecherkolonnen“ weiter fortführen zu können und warten die Dinge in Ruhe ab. Zur gegebenen Zeit aber werden sie dann die Erfahrung machen, daß sich diese verfaulenden Streikbrecher, die sich aus unbrauchbaren, arbeits-scheuen und arbeitslosen anderer Ver-se zusammensetzen und von Streikbrecherfirmen gegen große Kosten zur Verfügung gestellt werden, zur Aufrechterhaltung des Betriebes doch nicht eignen.“ — Daß ein Sozialistenstör, wie es der erste Vorlesende des hamburgischen Verbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist, die aus Streikbrecherfirmen hervorgehenden Elemente offen als unbrauchbar und arbeits-scheu bezeichnet, ist immerhin ein Eingeständnis, das sich die Arbeiter merken werden.



Berlin. Die Packer, Rutscher und Transportarbeiter in den Groß-Berliner Möbelpeditionsbetrieben befinden sich in einer Lohnbewegung. Die Vorbereitungen zur Durchführung dieser Bewegung haben die Arbeiter seit mehreren Wochen bereits getroffen. Vor einigen Tagen hielten die Möbeltransportarbeiter eine sehr stark besuchte Versammlung ab, in welcher von der Lohnkommission über die den Unternehmern zu stellenden Forderungen berichtet wurde. Wie in der Versammlung ausgeführt wurde, bestehen in den meisten Möbeltransportgeschäften noch immer die alten Lohnsätze, welche die Unternehmer bei der letzten Lohnbewegung im Jahre 1907 durch ihre Organisation einseitig ohne Mitwirkung der Arbeiterorganisation, des Transportarbeiterverbandes, festsetzten. Es war den Möbeltransportarbeitern damals nicht gelungen, die Unternehmer dazu zu bringen, die Forderungen der Arbeiter auf tarifliche Regelung der Löhne anzuerkennen.

Das unsolidarische Verhalten einzelner Kollegen aus größeren Betrieben, sowie auch, daß sich eine Anzahl von Streikbrechern fanden, trug dazu bei, daß der Unternehmerverein jede Verhandlung mit unserer Verbandsleitung ablehnte. Inzwischen haben nun die Kollegen ihre Organisation ausgebaut und mehr gefestigt, so daß zu erwarten steht, daß sich bei dieser Bewegung die Einmütigkeit der Kollegschaft auf der ganzen Linie zeigen wird. Die Einmütigkeit der Kollegschaft zwecks Schaffung besserer und ganz besonders einheitlicher Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist um so dringender notwendig, als gerade die Branche der Möbeltransportarbeiter weit hinter den meisten anderen Branchen der Transportarbeiter der Sektion 2 in bezug auf ihre Entlohnung zurückgeblieben sind. Trotz der von Jahr zu Jahr immer mehr gesteigerten Preise der Nahrungs- und sonstigen Lebensmittelmittel haben sich seit dem Jahre 1907 die Löhne dieser Kollegen, abgesehen von einzelnen Betrieben, nicht verbessert. Zum größten Teil werden die Möbeltransportarbeiter heute noch nach den Lohnsätzen des 1907 einseitig von den Unternehmern aufgestellten „Tarifs“ bezahlt. Danach bezahlen die Unternehmer heute noch Löhne für Packer 24—27 Mk. und für Rutscher 25—28 Mk. pro Woche. Die nicht ständigen Arbeiter (Möbelträger) werden in der stillen Zeit mit 4—4,50 Mk. und in der Umzugszeit mit 5—5,50 Mk. pro Tag bei oftmals 15—18stündiger Arbeitszeit meistens ohne Bezahlung von Ueberstunden entlohnt. Die Unternehmer rechnen gemeinhin den Arbeitern die Prämialer als Bezahlung für die Ueberstunden an. Die Prämialfrage gibt oftmals nicht nur zur Differenzen mit der Kundschaf-

der Unternehmer Veranlassung, sondern es entstehen sogar in gewissen Fällen noch Streitigkeiten zwischen den Unternehmern und ihren Arbeitern selbst, weil bei größeren Transporten die Expediente das Prämialgeld den Auftraggebern von Umzügen mit auf Rechnung setzen und hernach den Arbeitern ein Unrecht auf das Prämialgeld streitig gemacht wurde (1), so daß sich die Gewerbe- und ordentlichen Gerichte mit solchen Streitigkeiten befassen mußten. Es wurde demnach auch besonders darauf hingewiesen, daß diese Entlohnung in Anbetracht der jetzigen Teuerung und der zu leistenden Arbeiten nicht mehr zeitgemäß sei.

In einer stark besuchten Versammlung am Sonntag, den 25. August wurden alle diese angeführten mangelhaften Verhältnisse eingehend besprochen und hierbei besonders darauf hingewiesen, daß in Anbetracht der jetzt herrschenden Teuerung die Löhne unbedingt aufgebessert werden müßten. Ferner wurde an der Hand von Lohnkarten, welche unsere Kollegen Möbeltransportarbeiter in anderen Großstädten mit ihren Arbeitgebern vereinbarten, bewiesen, daß dort höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen bestehen, wie in den Berliner Betrieben. Da nun alle Vorbereitungen zur Durchführung der in Angriff genommenen Bewegung getroffen wurden, sei es notwendig, daß die Kollegen einmütig zusammenstehen und die von der Verbandsleitung vorgeschlagene Taktik bei dieser Bewegung befolgen und strengste Disziplin üben.

Seitens der Lohnkommission wurde den Versammelten ein Lohnkartentwurf zur Annahme vorgelegt, der folgende Forderungen an die Unternehmer enthält: Arbeitszeit für Packer und Arbeiter von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends. Für Rutscher 5 1/2 Uhr früh bis 7 Uhr abends mit zweistündigen Pausen zur Einnahme von Mahlzeiten. Ueberstunden nach 6 beziehungsweise 7 Uhr sollen mit 75 Pf. bezahlt werden; nach 10 Uhr abends mit 1 Mk. pro Stunde. Als Lohn wird gefordert: für Rutscher 31 Mk., für Packer 30 Mk. pro Woche, für die Arbeiter in der stillen Zeit 6 Mk. und in der Umzugszeit 7,50 Mk. pro Tag. Für die Packer wird beim Verpacken von Glas und Porzellangeschirr außer dem Betrieb pro Tag ein Zuschlag zum Lohn von 3 Mk. gefordert. Für Geldstränke, welche in Kurten getragen werden können, werden 5 Mk., für Kugel-Instrumente 2 Mk. bzw. 4 Mk. Extraentlohnung an die Transportkolonne gefordert. Für Nachttransporte nach außerhalb werden für jeden Bedienungsmann pro Nacht 4 Mk. Speisegeld und bei Eisenbahntransporten im Inlande 5 Mk. bzw. 6 Mk., nach dem Auslande nicht unter 12 Mk. pro Tag Speisegeld neben Eisenbahnfahrtgeld 3. Klasse gefordert. Für das Füttern der Pferde Sonntag nachmittags wird 1.— Mk. Vergütung gefordert. Außerdem enthält der Tarifentwurf noch eine Reihe von Bestimmungen bezüglich der Regelung von Sonntagarbeiten, Sommerurlaub und die Auslegung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Der ausgearbeitete Tarifentwurf wurde ohne wesentliche Änderungen seitens der Versammlung angenommen und die Leitung des Transportarbeiterverbandes beauftragt, den Tarifentwurf dem Vorstand des Vereins Berliner Möbeltransporteure eingehend einzureichen und um gegenseitige Verhandlungen darüber nachzusuchen.

Die Forderungen sind dem Unternehmerverein bereits überreicht worden und wird abzuwarten sein, ob die Unternehmer den Wünschen ihrer Arbeiter entgegenkommen zeigen werden, so daß dadurch eine friedliche Beilegung der Lohnbewegung herbeigeführt werden könnte.

Döbeln. Es ist ein alter Erfahrungssatz, daß, wenn ein Geschäft mit seinen Preisen stets die Konkurrenz unterbietet, entweder die Waren desselben minderwertiger sind, oder aber die Billigkeit geht auf Kosten des beschäftigten Personals, das unter außergewöhnlich ungünstigen Bedingungen arbeiten muß. Wo letzteres zutrifft, muß dies von der Arbeiter-schaft auf das entschiedenste bekämpft werden. In Döbeln gibt es ein Fuhrunternehmen, auf das das letztere vollkommen zutrifft. Es ist dies der Fuhrbetrieb von Otto Bohr. Seit Jahren haben die Döbelner Fuhr-unternehmer über den genannten Unternehmer, der sich immer in der Pose des billigen Mannes gefällt, zu klagen, daß sie seiner Konkurrenz nicht standhalten können. Die Döbelner Transportarbeiter arbeiten meistens zu einem Wochenlohn von 20 bis 21 Mk. Diesen Lohn haben sie vor drei Jahren durch einen Lohnkampf errungen. Früher wurden 16 bis 17 Mk. bezahlt. Die Firma Bohr zahlt aber heute noch schamlos 18 Mk. pro Woche an ihre Leute bei einer geradezu unmenslich langen Arbeitszeit! Wenn ein Rutscher um 2 oder 3 Uhr morgens von einer Tour zurückkehrt, wird ihm ohne weiteres zugemutet, um 6 Uhr seine Tagesarbeit aufs neue zu beginnen. — Meinet man die Arbeitszeit bei Bohr nur auf 90 Stunden die Woche, so ergibt das einen Stundenlohn von sage und schreibe 20 Pf. Ein Betrag, den heute auch ein Laufjunge bekommt. Wie es heute angeht, der horrenden Teuerung ein Familienwater fertig bekommen soll, seine Familie mit solchem Einkommen durchzubringen, darüber macht sich Herr W. scheinbar keine Strupel. An die Solidarität der Döbelner organisierten Partei- und Gewerkschaftsangehörigen richten wir aber das Ersuchen, uns im Kampfe gegen Mißstände vorliegender Art tatkräftig zu unterstützen. Man lasse sich vom Arbeiter die Legitimationskarte der Organisation vorweisen. Dem Unternehmer muß nachgemacht werden, daß Praktiken, wie die obenbezeichneten, betwerflich und gedankt sind, den ganzen Beruf herunterzubringen. Ist er dieser Beledung unzugänglich, dann breche man alle geschäftlichen Beziehungen mit ihm ab. Wenn alle rechtlich denkenden Faktoren nach dieser Richtung hin tätig sind, werden Mißstände, wie im vorliegenden Falle, schnell beseitigt sein.

Duisburg. Und das hat mit seinen Folgen der Fuhrmannsstreik getan.

Beim Fuhrmannsstreit hatten sich bekanntlich die kleinen und mittleren Unternehmer in das Schlepptau der Großen gegeben. Herr Hammermann als Führer der Unternehmer gab bekanntlich indirekt zu, daß neben der Niederhüppelung der Fuhrleute, auch die kleinen Unternehmer daran glauben sollten. Der Streit wurde von Hammermann und Genossen als ein Mittel im Konkurrenzkampf benutzt. Jetzt haben sich bereits die Folgen dieses Kampfes bemerkbar gemacht. Der Fuhrunternehmer Monque hat seinen Betrieb einstellen müssen. Die Pferde sind fast alle von den Pferdehändlern wiedergeholt und das Wagenmaterial ist verkauft worden. Herr Monque selbst soll, wie mitgeteilt wird, bei der Firma Epel in Stellung sein. Die Fuhrleute weinen Herrn Monque keine Träne nach, gehört er doch zu den Unternehmern, die da glauben, der Arbeiter müsse sich von ihnen jede Gemeinheit gefallen lassen. Vor nicht allzu langer Zeit stellten wir noch an dieser Stelle fest, daß Herr Monque Fuhrleute, die ihren verdienten Lohn haben wollten, kurzerhand die Treppe hinunter warf und daß erst der Gerichtsvollzieher kommen mußte, ehe er sich zur Zahlung bequeme. Auch sonst hatten die Fuhrleute bei Herrn Monque herrliche Tage, erhielten doch die, die bei ihm in Kost und Logis waren, Blutwurst in der Frühe, Blutwurst in der Mitte und Blutwurst in alle Ewigkeit. Jetzt hat der Heilige Geist, trotz aller Blutwurst, alles unter seine schützenden Fittiche genommen. Wer wird der nächste sein. . . .

Hannover. Schwere Buchstrafen sind aus kaiserlichem Munde bekanntlich dem angebroht, der jemanden, der arbeiten will, an der Arbeit hindert, und über den "Terrorismus" der Arbeiter wird ja denn auch genug gezeitert. Auch Staatsanwalt und Gerichte gehen scharf dagegen vor; siehe zum Beispiel wieder die jüngste Justiz im Fuhrverkehr. Daß gegenüber den einzelnen, ruhig zugegebenen leichten Verletzungen von Arbeitern ein brutaler systematischer Unternehmerterrorismus steht, der gewissenlos ohne Grund Arbeiter dauernd brotlos macht, ist offene Tatsache. Darüber trägt aber kein Mann. Das dürfen die Unternehmer straflos tun und müssen die Arbeiter sich ruhig schutzlos und rechtlos gefallen lassen.

Wir haben viele Beispiele dafür im Laufe der Zeit veröffentlicht. Heute ein neues, ganz besonders bössartiges. Vor uns liegt nämlich folgendes Schriftstück:

Vertraulich.
Lokal-Verband der Möbeltransportgeschäfte und Spediture von Hannover.
Hannover, den 23. August 1912.

Sehr geehrter Herr Kollege!
Von unserm Mitglied, Herrn Karl W. Nolte jun., erhebt sich gegen die Mitteilung, daß der Vater Fr. L. ohne Grund die Arbeit niedergelegt und den Auftrag, auswärts einen Umzug abzuliefern, nicht ausführt.

Der Kollege Herr Nolte erblickt hierin einen Gewaltstreik, und müssen wir ihm auch hierin wohl recht geben.

Sollte sich bei Ihnen dieser Vater melden, dann sind Sie über die Handlungsweise desselben orientiert.

Mit kollegialem Gruß!
Lokal-Verband der Möbeltransportgeschäfte und Spediture von Hannover.

Also nur weil der Vater L. die Arbeit aufgeben hat, was sein gutes Recht ist, setzt sich der Unternehmerverband hin, behauptet, L. habe ohne Grund (!) die Arbeit niedergelegt, und fordert die Mitglieder des Unternehmerverbandes auf, L. nicht zu beschäftigen. Selbstverständlich hat der Vater L. die Arbeit nicht ohne Grund aufgegeben, aber die Gründe sind seine Sache; er kann die Arbeit aufgeben, ohne Gründe anzugeben. Er ist doch kein Sklave. Aber der Unternehmerverband will ihn dazu stampeln, er darf seine Arbeitsstelle nicht freiwillig verlassen; sonst wird er brotlos gemacht und kann mit Frau und Kind verhungern. Nur das rausgeworfen werden muß er sich vom Unternehmer gefallen lassen, selbst "ohne Grund". Der Unternehmerverband hat wohl selbst die Empfindung, daß er hier einen "Gewaltstreik" begeht; deshalb verfiert er seinen Urteilsbrief mit dem Zeichen "Vertraulich".

Nun wollen wir einmal abwarten, was die Staatsanwaltschaft gegen diesen Terrorismus und diese Arbeitsverhinderung tun wird. Der Brief steht ihr auf Wunsch zur Verfügung.

Unsere Herren vom Arbeitgeberverband haben entschieden Recht mit ihren Geheimzirkularen. Raum ist solch ein Monstrum herausgegeben, so hat auch schon der so verhasste Transportarbeiterverband davon Wind bekommen.

Wir können den Schmerz dieser Herren ob eines solchen Meinfalls sehr gut verstehen. Weiter sind wir ihnen aber auch von Herzen dankbar, daß sie uns immer solch vortreffliches Agitationsmaterial in die Hand geben. Daß diese Herren aber auch anders können, wollen wir in einem späteren Artikel beweisen.

Nicht uninteressant ist bei der ganzen Sache, daß der hier in Frage kommende Vater bisher ein Schützling der Unternehmer und Mitglied der Gelben war. Wieder ein Beweis dafür, daß diese Acharbeiter nur so lange die Freunde der Unternehmer sind, als sie sich als willenloses Werkzeug gebrauchen lassen.

Hildesheim. Lohnbewegung im Möbeltransportgewerbe. Die in dem hiesigen Möbeltransportgeschäften beschäftigten Kutscher und Arbeiter haben durch den Verband der Unternehmer Forderungen unterbreitet. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse waren bisher recht verschieden, namentlich soweit die Arbeiter in Frage kommen. Es wurden Stundenlöhne von 40—50 Pf. bezahlt, Aufschläge für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit konnte man

in den wenigsten Fällen. Hinzu kommt noch, daß es sich hierbei doch nur um eine Saisonarbeit handelt. Bisher war es leider nicht möglich gewesen, durch die Organisation diese Verhältnisse zu bessern, da bis vor gut einem Jahre nur wenige Arbeiter dem Verbands angehörten. Seit dieser Zeit aber haben auch die Hildesheimer Transportarbeiter eingesehen, daß ihr Rückhalt nur eine starke Organisation sein kann. Unsere Organisation hat im letzten Jahre hier einen sehr guten Aufschwung genommen, was wohl nicht zum geringsten Teile auf die in unserem Verufe noch vorherrschenden miserablen Lohn- und Arbeitsbedingungen zurückzuführen ist. Im letzten Frühjahr konnte bereits bei der Firma Schäfer eine Lohnbewegung mit gutem Erfolge beendet werden, und nun sind auch die Möbeltransportarbeiter gefolgt.

Gefordert werden neben einem Stundenlohn von 55 Pf. für Arbeiter ein Aufschlag für Überstunden von 19 und für Nacht- und Sonntagsarbeit von 20 Pf. pro Stunde. Für Kutscher ist ein Wochenlohn von 24 Mt. sowie entsprechende Bezahlung der Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit gefordert. Ferner soll bei Überlandtouren eine Erhöhung der Spesen eintreten.

Daß diese Forderungen sich in recht bescheidenen Bahnen bewegen, wird wohl niemand bestreiten können. Trotzdem hat bis jetzt nur eine Firma, und zwar der Bahnpediteur Gremmel geantwortet. Dieser erkennt wohl an, daß eine allgemeine Forderung eingetreten ist, meint aber, daß das für seine Kutscher nicht zuträfe. Ganz besonders beruft er sich hierbei auf die beim Kollfuhrtwert angeblich gezahlten hohen Trinkgelder. Ferner sei es ihm aber auch von der Eisenbahndirektion direkt verboten, Gr. I. s. Bahn-amtlicher Spediteur, mit dem Transportarbeiterverbände zu verhandeln. Ja, er dürfe noch nicht einmal Leute beschäftigen, die im Transportarbeiterverbände organisiert seien. Dieser Standpunkt der Eisenbahnverwaltung ist nun zwar kein neuer, es ist aber dennoch gut, wenn von Zeit zu Zeit auf diesen staatlichen Terrorismus hingewiesen wird.

Nun steht aber diese unverschämte Forderung der Eisenbahndirektionen in den meisten Fällen nur auf dem Papiere. In den meisten Städten denken die Bahnpediteure gar nicht daran, ihren Kutschern die Zugehörigkeit zur Organisation zu verbieten, und zwar weil ihnen die Macht dazu fehlt. Überall, wo die Transportarbeiter den Wert der Organisation begriffen und von dem gesetzlichen Rechte, sich zu koalieren, Gebrauch machen, muß der Unternehmer und mit ihm die Eisenbahnverwaltung gute Miene zum bösen Spiele machen. Das wird auch in Hildesheim der Fall sein, wenn die Kutscher nur wollen.

Über den weiteren Verlauf der Bewegung werden wir berichten.

Leipzig. Unsere Organisations-tätigkeit im Halbjahr 1912. Von jeher war das Bestreben der Organisation darauf gerichtet, die wirtschaftliche Lage der Kollegenschaft zu heben und menschenwürdige Zustände im Beruf herbeizuführen. Der Erfolg dieser Bestrebungen hängt aber wesentlich mit davon ab, in welcher Weise der Ausbau der Organisation gefördert wird, die Berufsangehörigen vom Koalitionsrecht Gebrauch machen und um das Banner der Organisation sich scharen. Je kräftiger die Organisation, je geschlossener die Reihen, um so günstigere Resultate werden zu verzeichnen sein. Um nun der Mitgliedschaft die Mäßlichkeit zu geben, nachprüfen zu können, ob die Organisation ihrer Pflicht hinsichtlich der Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen auch im laufenden Jahre nachgekommen ist, lassen wir nachstehende Zusammenstellung folgen:

Im Auftrage der Mitgliedschaft wurden in 24 Fällen Lohnforderungen den Unternehmern übermittelt. Dieselben verteilten sich auf 259 Betriebe, in denen 2860 männliche und 35 weibliche, zusammen 2895 Berufsangehörige tätig sind. An den Lohnbewegungen waren beteiligt 2384 männliche und 35 weibliche, zusammen 2419 Personen. Das Resultat der Bewegungen war in 22 Fällen erfolgreich, in 2 Fällen konnte nur ein Teilerfolg erzielt werden. Erfolg hatten 1833 Berufsangehörige und zwar:

a) Verkürzung der Arbeitszeit pro Woche:

| Beteiligte | Für den einzelnen pro Woche | Zusammen pro Woche Stunden |
|------------------|-----------------------------|----------------------------|
| 44 | bis zu 1 Stunde | 35 |
| 401 | " " 3 Stunden | 1203 |
| 95 | " " 6 " | 570 |
| 3 | " " 7 " | 21 |
| Zus.: 543 | | 1829 |

b) Erhöhung des Lohnes:

| Beteiligte | Für den einzelnen pro Woche Mt. | Zusammen pro Woche Mt. |
|-------------------|---------------------------------|------------------------|
| 12 | bis 0,50 | 6,— |
| 29 | " " 1,— | 29,— |
| 800 | " " 1,50 | 947,45 |
| 201 | " " 2,— | 402,— |
| 215 | " " 2,50 | 529,30 |
| 220 | " " 3,— | 660,— |
| 1 | " " 3,50 | 3,50 |
| 188 | " " 4,— | 752,— |
| 87 | " " 5,— | 435,— |
| 6 | " " 5,50 | 33,— |
| 26 | " " 6,— | 126,— |
| 18 | " " 7,— | 126,— |
| 6 | " " 8,— | 48,— |
| 3 | " " 9,— | 27,— |
| 2 | " " 10,— | 20,— |
| Zus.: 1814 | | 4174,25 |

Wie aus vorstehender Zusammenstellung ersichtlich, betrug die Verkürzung der Arbeitszeit 1829 Stunden

pro Woche für 543 Beteiligte, oder im Durchschnitt 3,3 Stunden für den einzelnen. Der wöchentliche Mehrlohn beträgt 4174,25 Mt. für 1814 Beteiligte; dieses entspricht einer durchschnittlichen Lohnverbesserung von 2,30 Mt. — Neben Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit wurden noch sonstige Erfolge erzielt:

| Fälle | Betriebe | Beteil. |
|--|----------|---------|
| Bezahlung der Überstunden | 11 | 63 |
| Bezahl. d. Sonn- u. Feiertagsarbeit | 12 | 64 |
| Extraentlohn b. Tagestouren | 4 | 4 |
| Einführung einer Sonntagsjour | 2 | 2 |
| Gewährung von Ferien unter Fortzahlung des Lohnes von 2 bis 9 Arbeitstagen | 6 | 6 |
| Gewährung eines Zuschusses z. Krankengeld | 1 | 1 |
| Schaffung sanitärer Einrichtung | 5 | 44 |
| | | 696 |

In 12 Fällen gelang es, Tarifverträge und schriftliche Abkommen mit den Unternehmern zu treffen. Dieselben verteilten sich auf 147 Betriebe, in denen 926 Berufsangehörige tätig sind. Das Unternehmertum, das heute gut koaliert ist, steht den Forderungen der Arbeiter meistens ablehnend gegenüber. Die Folge war, daß in 8 Fällen die Kollegenschaft durch Arbeits-einstellung sich bessere Verhältnisse erkämpfen mußte. Die Streiks verteilten sich auf 147 Betriebe, in denen 1434 Berufsangehörige tätig sind. An Ausgaben verursachten die Lohnbewegungen die Summe von 18.839,89 Mt. Neben diesen Ausgaben für Lohnbewegungen wurden noch 31.868,33 Mt. für die verschiedenen Arten von Unterstützungen an die Mitglieder gezahlt. Daraus ist am besten ersichtlich, welchen Nutzen durch die Pflege des Unterstützungswesens ist manche Not gelindert, die durch das kapitalistische System unausgeglichen über die Arbeiter gebracht wird. Das Organisationsverhältnis hat eine Verbesserung erfahren, in den verstrichenen 6 Monaten ist eine Vermehrung des Mitgliederbestandes um 1194 eingetreten, so daß am letzten Quartalschluß die Leipziger Verwaltungsstelle 7754 Mitglieder zählte. Trotzdem ist die Zahl der Indifferenten eine recht große, das Agitationsgebiet, was noch zu bearbeiten, ist ein riesiges; gibt es doch über 12.000 Handelsbetriebe am Orte, wovon mindestens die Hälfte organisationsfähige Berufsangehörige beschäftigen. Hier heißt es den Hebel ansetzen und aufklärend wirken, denn je mehr der Gedanke der Solidarität in den Reihen der großen Zahl der Indifferenten Platz greift, um so besser wird die Gewerkschaft ihre Aufgabe erfüllen können. Deshalb auf zur Agitation!

Merseburg. Eine öffentliche Versammlung beschäftigte sich kürzlich mit den Zuständen auf dem Güterbahnhofe. Was hier in hygienischer und sanitärer Hinsicht zur Sprache kam, gereicht diesem Staatsbetriebe nicht zur Ehre. Man ist gezwungen, einen Vergleich zu ziehen zwischen den Vorbedingungen und Anschaffungen für den dreitägigen Kaiserbesuch und den schon lange Zeit bestehenden Zuständen auf dem Güterbahnhofe. Wurde doch in der Versammlung über das Trinkwasser ein Urteil gefällt, aus dem zu entnehmen ist, daß das Wasser als Trinkwasser überhaupt nicht verwendbar ist. Als traurig und gegen das Sittlichkeitsgefühl verstößend müssen die Abortsverhältnisse bezeichnet werden. Es ist eine Anzahl Aborte vorhanden, jedoch sind nur zwei Aborte den dort beschäftigten Transportarbeitern zugänglich. Zu zwei Aborten ist aber nur ein Eingang. Da nur auf dem Bahnhofe Männer und Frauen arbeiten, so kann man sich eine Vorstellung machen, zu was für Unannehmlichkeiten und Unstößigkeiten die Benutzung dieser Bedürfnisanstalt für beiderlei Geschlecht führt. In den Privatbetrieben dürfen solche Zustände nicht bestehen, aber hier in einem Staatsbetriebe macht man sich anscheinend gar nichts daraus. Auch über die Abfertigung auf dem Güterboden wurde geklagt. Der dort herrschende Ton soll nicht geeignet sein, ein dauerndes friedliches Zusammenarbeiten mit den Arbeitern der Lieferanten zu erhalten. Die Wartezeit ist oft übermäßig lang, was gegen die Interessen der Güterausgeber und deren Arbeiter verstößt. Die angeführten Mißstände fanden aus der Mitte der Versammelten reichliche Bestätigung. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: "Die heutige öffentliche Versammlung der Handels- und Transportarbeiter von Merseburg verurteilt aufs schärfste die auf dem hiesigen Güterbahnhofe herrschenden Mißstände und fordert die Direktion auf, für baldige Beseitigung derselben zu sorgen."

Mülhausen i. Elz. Der Streit der Kohlenarbeiter dauert unverändert fort. Eine zwischen der Verbandsleitung und den Kohlenhändlern stattgefundene Verhandlung verlief ergebnislos. Trotz aller Versuche der Verbandsleitung, diesen Konflikt aus der Welt zu schaffen, weiterte sich die Firma Hegeter u. Schweiger, in irgend einer Weise den Streitenden entgegenzukommen, und verlangte bedingungslose Unterwerfung. In einer stattgefundenen Versammlung, in welcher der Bericht dieser Verhandlung gegeben wurde, wurde einstimmig beschlossen, im Streit weiter zu verharren. Interessant ist das Vorgehen der Firma Hegeter u. Schweiger. Während sie sich die größte Mühe gibt, die übrigen Kohlenhändler zu veranlassen, ihre Arbeiter weiter auszusperrn, versucht sie durch Streikbrecher ihren Betrieb aufrecht zu erhalten. Bis jetzt war ihr Erfolg gleich Null. Außer einem Ehrenmann, der sonst der Arbeit in weitem Vogen aus dem Wege geht, einem mehrmals wegen Diebstahls vorbestrafter Menschen, der erst vor einigen Tagen aus der Festung Mülhausen entlassen wurde, wo er wegen Diebstahls, den er während einer militärischen Übung begangen hatte, eine Strafe verbüßt hat, hat sich noch kein Streikbrecher eingefunden. Auch haben die Firmen Alfred

Meier und Georg Ehrlich mit ihren Arbeitern verständig und die Ausperrung aufgehoben, so daß nur noch die Arbeiter der Firmen Gebr. Haldy und Julius Lesage ausgesperrt sind. Die Arbeiter, welche sämtlich organisiert sind, sehen dem weiteren Verlauf dieses Kampfes mit Ruhe entgegen; wissen sie doch, daß die Sympathie des kohlensammlierenden Publikums unbedingt auf ihrer Seite ist. Wir richten an die organisierte Arbeiterschaft und an die gesamte Bürgererschaft das Ersuchen, während des Streiks resp. der Ausperrung bei ihren Kohlenbestellungen auf diese Vorgänge Rücksicht zu nehmen und so dazu beizutragen, daß die Arbeiter zu ihrem Recht gelangen.

Tilft. Es haben die auf den Holzplätzen Beschäftigten, über 600 an der Zahl, in einer Versammlung beschlossen, ab Montag, den 2. September 1912 die Arbeit ruhen zu lassen.

Der Streik umfaßt alle Betriebe und dürfte wohl eine geraume Zeit dauern. Zugang nach Tilft und Umgegend ist fern zu halten und zwar solange, bis an dieser Stelle über das Resultat des Streiks berichtet wird.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden ersucht, diese Notiz zu veröffentlichen.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Berlin. Die Branche der Holzindustrie hielt am 8. August ihre Versammlung ab. Der Referent Sch. freiste in seinem Vortrag über: „Kapital und Arbeit“ die Entwicklung des Menschen und die Entstehung des Privateigentums und des Kaufhandels. Im Handtreichlichen Material schilderte Referent weiter die Konzentration des Kapitals und die prozenthafte Verschwendung der Kapitalisten und wies auf den klaffenden Gegensatz der arbeitenden Klassen hin, bei denen sogar die Frauen und Kinder in das Joch der Arbeit gespannt werden müssen, um die notwendigen Mittel der Lebensbedürfnisse herbeizuschaffen. Zum Schluß seines gut gelungenen Vortrages forderte der Referent alle Kollegen auf, dieser ungerechten Wirtschaftsordnung durch kräftige Agitation für die Gewerkschaft, Konsumverein und politische Partei wirksam entgegenzutreten. In der Diskussion führte Kollege W. noch einige markante Ungerechtigkeiten der bestehenden Wirtschaftsordnung an und ersuchte die Kollegen, die Aufforderung des Referenten zu befolgen. Nachdem noch einige Branchenangelegenheiten erledigt worden waren, ersuchte Kollege M. die Kollegen, sich zur Hilfe der Entlassener-Schutzkommission zur Verfügung zu stellen, wozu sich drei Kollegen meldeten.

Berlin. Am Sonntag, den 1. September hielt die Branche der Kohlenarbeiter und Kutscher von den Plätzen Moabit und Wedding eine Bezirksversammlung ab. Das Referat, welches von einem Kollegen über: „Der gegenwärtige Kampf der Arbeiter gegen das organisierte Unternehmertum“ gehalten wurde, wurde mit großer Aufmerksamkeit und Beifall entgegengenommen. In der darauf folgenden Diskussion ersuchten die Redner die Anwesenden mit aller Macht für Durchführung des Tarifs einzutreten. Auch wurde vielfach Klage geführt, daß bei einzelnen Firmen frühmorgens, bevor die Akkordarbeit vergeben, die Kollegen oft 1/2 bis 3/4 Stunden Lohn arbeiten müssen, ohne diese bezahlt zu erhalten. Nachdem der Branchenleiter noch auf die Lohnhöhung zum 1. Oktober hingewiesen und verschiedene Mitteilungen gemacht, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Blankenburg (Harz). In einer gut besuchten Versammlung am 1. September wurde auch hier eine Verwaltungsstelle unseres Verbandes gegründet. Die Mitgliederzahl beträgt vorerst nur 35, kann aber nach der Zahl der vorhandenen Berufsangehörigen die dreifache Höhe erreichen. An den Kollegen, die jetzt Mitglieder sind, wird es liegen, wie die Weiterentwicklung sich gestaltet. Wenn jeder einzelne seine Schuldigkeit im Werden neuer Mitglieder tut, kann und wird die neue Verwaltungsstelle aufblühen und es wird uns dann auch bald möglich sein, mit der Aufbesserung der Löhne und der Regelung der Arbeitszeit zu beginnen, beides Dinge, die schon seit langem einer Verbesserung hätten entgegengeführt werden müssen. Deshalb: vorwärts zu weiterer fruchtbringender Arbeit für den Verband im Interesse aller Berufs-Kollegen, zum Wohle unserer Familien.

Darmstadt. Die am 28. August stattgefundenene Versammlung war verhältnismäßig gut besucht, hätte aber in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung noch besser besucht sein müssen. Wir fordern die Kollegen auf, die Versammlungen etwas fleißiger zu besuchen, damit die Referenten nicht vor leeren Tischen zu sprechen nötig haben. Herr Sch. hielt einen Vortrag über: „Wie verbessern wir unsere wirtschaftliche Lage?“. Redner führte den Anwesenden an verschiedenen Beispielen vor Augen, warum die Arbeiterschaft sich immer mehr und fester zusammenschließen müsse, nicht nur in der Gewerkschaft und der sozialdemokratischen Partei, sondern auch in der Konsumgenossenschaft sei der Maßstab für jeden denkenden Arbeiter. Besonders seien es hier die Frauen, die von jedem Arbeiter abhängig aufgestellt werden müssen. Jeder Pfennig, den der Arbeiter heute dem Krämer und Kapitalisten bringe, schädige uns selbst und stärke auf der anderen Seite das Unternehmertum, das den Profit anhäufte zu einem Kapital, um mit diesem die Arbeiterschaft überall zu bekämpfen. Je mehr sich die Arbeiterschaft bewußt sei, daß sie durch die Deklung ihres Warenbedarfs im Konsumverein dem Kapitalismus den Profit entziehe und ihn am empfindlichsten schädige, je stärker werden dadurch ihre eigenen Reihen. Eine stattliche Anzahl Kollegen traten als Mitglieder dem Konsumverein bei. Unter Punkt Mitteilung gibt der Vorsitzende bekannt, daß die Eintrittskarten zu er-

mäßigsten Preisen für die Ausstellung: der Mensch, jeden Abend von 6 bis 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Kolleg 3, auszugeben werden. In der sich hier anschließenden Diskussion wird der Vorstand ersucht, an geeigneter Stelle jedem Kollegen dringend zu empfehlen, die Ausstellung zu besuchen. Wir kommen diesem Auftrage hier nach und ersuchen alle Kollegen, regen Gebrauch von dem ermäßigten Preis zu machen. Hauptächlich sind die Abendstunden bis 10 Uhr abends zum Besuch zu empfehlen. Den Bericht von der Konferenz gibt in längerer Ausführungen Kollege S. Derselbe wurde nach kurzer Diskussion für gut befunden. Nach Erledigung einiger interner Verbandsangelegenheiten und nachdem der Vorsitzende noch darauf aufmerksam machte, daß von jetzt ab in jeder Monatsversammlung ein Vortrag gehalten werde und die Kollegen die Versammlungen fleißig besuchen sollten, wurde die schön verlaufene Versammlung geschlossen. Die nächste Versammlung findet am Dienstag, den 17. September im Gewerkschaftshaus statt, in der Redakteur Knoblauch sprechen wird über: „Die Reichsversicherungsordnung und ihre Bedeutung für die Transportarbeiter.“

Sirschberg. Am 31. 8. fand unsere erste Sektionsversammlung für Kutscher und Expeditionsarbeiter statt, die leider schlecht besucht war. Zu bedauern ist nur, daß sich noch organisierte Leute zu patriotischen Zeitvertreiben hergeben und nicht wissen, wo ihre Interessen vertreten werden. Kollege K. gab den ausführlichen Bericht der letzten Kartellitzung. Ferner wurde beschlossen, einem Kollegen, welcher durch Unfall in schwierige Lage geraten ist, eine Unterstützung zu gewähren. Auch wollen wir aus der dritten Beitragsklasse in eine höhere übertreten; ein Beschluß wurde nach längerer Debatte bis zur nächsten Generalversammlung verschoben. Die Agitation muß besser betrieben werden, deshalb wurde eine Agitationskommission von drei Kollegen gewählt. Hierauf werden die Kollegen ermahnt, sich doch bei Arbeitslosigkeit sofort beim Vorstand zu melden, da der Konsumverein öfter Hilfsarbeiter braucht und vielmal inorganisierte Beschäftigte muß, was nur auf die Nachlässigkeit der Kollegen zurückzuführen ist. Zuletzt wurde noch auf die Zahlung zum Baufonds aufmerksam gemacht, wonach jedes Mitglied innerhalb zwei Jahren noch acht Baufondsmarken zu entnehmen hat. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Fauer. Am 18. August fand unsere Mitglieder-Versammlung statt, welche wieder sehr gut besucht war. Zuerst wurde die Abrechnung vom Gewerkschaftsfest gegeben. Die Gesamtausgabe beträgt 51,50 Mk. — Dann gab der Delegierte den Kartellbericht. Die Einnahme beträgt für das 2. Quartal 361,08 Mk., demgegenüber steht eine Ausgabe von 137,67 Mk., bleibt ein Bestand von 223,41 Mk. Die dem Kartell angehörende Gesamtmitgliederzahl beträgt rund 700. Als Schriftführer wurde Kollege W. einstimmig gewählt. Dann wurde noch beschlossen, die Unterfasser in der Mitgliederversammlung zu wählen. Es wurden die Kollegen E. und M. gewählt. Zum Schluß wurde noch angeregt, jede Arbeitsstelle zu melden, damit wir soviel wie möglich organisierte Kollegen in die Betriebe bekommen.

Köpenick. Am 4. August fand eine Bezirks-Agitationsversammlung für Köpenick und Umgegend statt. Zunächst wurde das Andenken der verstorbenen Kollegen Reinhold Goetz und Hermann Roach durch Erheben von den Plätzen geehrt. Dann referierte ein Kollege aus Berlin über Religion und Sozialismus. Leider war der Versammlungsbesuch ein sehr minimaler, da von 883 Mitgliedern nur 75 bis 80 erschienen waren. Es scheint so, als wenn unsere Kollegen es noch nicht nötig hätten. Unsere Mitgliederzahl erhöhte sich von 813 im ersten Quartal auf 883 am Schluß des zweiten Quartals. Auch ein Tarif wurde mit der Firma Kühnemann, Mineralwasserbranche, auf zwei Jahre abgeschlossen und der 1. Mai frei. Die Vierjähre hatten eine Lohnbewegung, wobei auf einen Tag die Arbeit niedergelegt werden mußte. Erzielt wurde leider nur eine wöchentliche Zulage von 50 Pf.

Leipzig. Mitglieder-Versammlung am 30. August. Genosse Binkau referierte über: Die nationale Phrase. Unter Gewerkschaftlichem wurde zunächst begründet, warum der Stammanteil des Volkshauses pro Mitglied um 50 Pf. erhöht werden soll. Der Betrag soll der Lokalkasse entnommen werden. Ein diesbezüglicher Antrag, der noch die Erwartung ausdrückt, daß auch für zufriedensstellende Büroräume gesorgt wird, fand einstimmige Annahme. Weiter wurde die Erweiterung der Büroräume motiviert. Auch diesem Verlangen wurde zugestimmt. Der letzte Verbandstag hat endgültig beschlossen, daß die Verbandshausmarken zu entnehmen sind. Jedes Mitglied wird verpflichtet, dem unwichtiglich nachzukommen. Damit jeder einzelne davon Kenntnis erhält, sollen auf der Kopfsseite des Verbandsorgans zweckentsprechende Angaben angeheftet werden. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß in der Leipziger Volkszeitung eine Statistik veröffentlicht wurde. Darin ist nachzulesen, daß viele Mitglieder noch nicht politisch organisiert sind, die Volkszeitung nicht abonniert haben, ebenfalls die genossenschaftliche Mitgliedschaft noch nicht erworben haben. Wegen der Mitgliedschaft zum Konsumverein wurde mitgeteilt, daß in diesem Institut angestellte Kollegen mit der Hausagitation beauftragt worden sind. Da sich nun zwei Kollegen beharrlich weigern, diese Funktion auszuführen, wurde beschlossen, den Betroffenen in der nächsten Ortsverwaltung Gelegenheit zu bieten, sich zu rechtfertigen. In Erinnerung gebracht wurde der Leipziger Parteibeschluß, wonach der Schnapskonsum vollständig zu meiden sei. Ferner wurde Bezug genommen auf einen Artikel des „Couriers“: Wahrt und stärkt eure Menschenrechte!

Mainz. Am Sonntag, den 25. August, fand eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung statt, in welcher der Kollege Geb Bericht von der Gau-Konferenz erstattete. In seinen 1/2 stündigen Ausführungen gab Redner ein genaues Bild von der Entwicklung, sowie den Beitragsleistungen des Gau's von 1899 bis zum 1. Juli 1912. Redner ist der Ansicht, daß der Gaubericht alljährlich den einzelnen Mitgliedschaften im Gau zugestellt werden sollte. Bezüglich der Lohnbewegungen und Beiträge ist derselbe der Meinung, daß bei zukünftigen Gaunkonferenzen diese eingehender behandelt werden müssen. Wir müssen zu kommenden Kämpfen rufen, die Bewegungen im Gau wenn möglich einheitlich organisieren und zu gleicher Zeit auf der ganzen Linie vorgehen. Der süddeutsche Arbeiterverbandes dieses Handels- und Transportgewerbe, der sein Hauptorgan noch im Versteck hält, arbeitet mit den schädlichsten Mitteln, um die Forderungen der Arbeiter illusorisch zu machen. Daher heißt es, unermüdblich arbeiten, um die Reihen zu stärken, so daß wir den kommenden Kämpfen gewachsen sind. Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Au der Diskussion beteiligte sich der Kollege Dapper, derselbe führte an, der Gaubericht habe so viel Zeit in Anspruch genommen, daß die übrige Tagesordnung nicht nach seinem Wunsche behandelt worden sei, und die Konferenz nicht den erwünschten Erfolg gezeitigt habe. Es wurde zur Wahl eines 1. Vorsitzenden geschritten. Der Kollege Balzer wurde mit großer Majorität gewählt. Als Kartelldelegierter wurde der Kollege Klein gewählt. Nachdem noch einige Mißstände in den einzelnen Betrieben gerügt worden sind, erfolgte Schluß der ausnahmsweise gut besuchten Versammlung.

Meerane. In unserer letzten Mitglieder-Versammlung gab Kollege F. den Kartellbericht, wobei er über die vom Kartell und Gewerbegerichtsbeisitzer gemachten Eingaben an den Rat und Vorsitzenden des Gewerbegerichts, betr. Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises referierte. Kollege F. erläuterte, wie reichhaltig und notwendig eine solche soziale Einrichtung sei und bedauerte, daß immer wieder, hauptsächlich vom Rate Ablehnung erfolgt sei, mit der Begründung: mangelndes Geld. Redner betonte, daß im Kartell immer wieder der Versuch gemacht wird, einen paritätischen Arbeitsnachweis zu bekommen. Kollege F. machte längere Ausführungen über unser Verbandsstatut. Hauptächlich diejenigen Paragraphen, welche in Dresden geändert wurden, erläuterte Redner eingehend und machte auf das Erwerbslosen-Reglement aufmerksam. Die Kollegen melden sich mitunter erst nach 14 Tagen (nachdem sie schon wieder Arbeit haben) arbeitslos und verlangen für diese Zeit Unterstützung. Diese Kollegen werden natürlich abgewiesen. Die Unterstützung respektive Karenzzeit beginnt erst mit dem Tage der Meldung über Krankheit oder Arbeitslosigkeit. Meldungen sind sofort beim Kollegen Fiedler, Straße 31, anzubringen. Die Frage der Einführung von Ortsfondsmarken wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt, mögen die Kollegen hierzu zahlreich erscheinen.

Posen. Am Sonntag, den 18. August fand hier die Generalversammlung statt. Der Kollege Studies gab den Bericht vom 8. Verbandstag in Dresden. Redner gab ein Stimmungs-Bild vom Verbandstag und besprach dann die einzelnen Anträge. In seinen Ausführungen betonte der Redner, daß trotz aller Schwierigkeiten, die dem Verband in den Weg gelegt wurden, es ihm gelungen ist, mit Hilfe vieler eifriger Kollegen sich als drittklassiger Zentralverband im deutschen Reich emporzuarbeiten. Lebhafter Beifall lohnte die Ausführungen des Redners. Hierauf gab Kollege Studies den Klassenbericht, bemerkte, daß sehr viel Kollegen arbeitslos gewesen sind und die Klasse sehr in Anspruch genommen wurde, allein an Arbeitslosen- und Krankenunterstützung ist über 1100 Mark ausgezahlt worden, an Notfall- und Sterbeunterstützung 55 Mk., so daß an Unterstützungen im letzten Quartal beinahe 1200 Mk. gezahlt worden sind. Einige polnische Kollegen wünschten, daß der Klassenbericht auch in polnischer Sprache gegeben werden soll. Auf Erwiderung des Vorsitzenden, daß solches vorläufig nicht tunlich sei, aber in der Zukunft Rechnung dafür getragen wird. Nachdem der Revisor Kollege Bajer erklärt hatte, Kasse und Bücher in bester Ordnung befunden zu haben, wurde auf dessen Antrag dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Nachdem Kollege Peters Prybylski in polnischer Sprache den Kollegen ein Bild machte, wie der Polnische Verband versucht, für billige Beiträge zu gewinnen, aber was für Zwecke er anstrebe. Zum Beispiel ist zu einem Kollegen des polnischen Verbandes, als er krank wurde, ein Kontrolleur zu ihm gekommen nachzufragen, ob er wirklich in Not ist. Als er sah, der Mann habe noch ein Stückchen Fleisch und Klöße zu Mittag, meinte er, daß es ihm noch nicht so schlecht gehe und der Verband ihm vorläufig nichts geben kann. Als nach ein paar Wochen der Mann sich wieder an den Polnischen Verband wendete, wurde ihm gesagt, er könne von jetzt an 12 Pfennige pro Tag bekommen, dann Schluß der Versammlung.

Reichenbach i. S. Eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung fand am 31. August statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hatte der Kollege Paufsch das Referat übernommen. In zierlich zweifundiger Ausführung schloß Kollege P. die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Den Klassenbericht gab Kollege G. Bestand: 293,83 Mk., Einnahme: 857,58 Mk., Ausgabe 433,01 Mk., Kassenbestand 335,58 Mk. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. — Kollege D. gab den Kartellbericht. Kollege P. gab eine ausführliche Erläuterung der faktultativen Unterstützungsrichtung unseres Verbandes. Man beschloß, sich in einer nächsten Versamm-

Verbandskollegen!
Der Beitrag für die 33. Woche
ist fällig.

Amg mit dieser Angelegenheit zu befaßen, um auch diese Einrichtung zur Durchführung zu bringen. — Auch diese Versammlung hat gezeigt, daß es immer noch Kollegen gibt, welche ein Interesse daran haben, sich auf dem Gebiet der Arbeiterbewegung mehr Aufklärung zu verschaffen. Dies kann aber nur geschehen, wenn jeder dafür Sorge trägt, daß die Versammlungen immer gut besucht sind und sich an den Diskussionen beteiligen. Gerade die jetzige Zeit ist dazu angeht, alle Kräfte dem Verbande zu widmen, bis der letzte im Transportgewerbe sich dem Verbande angeschlossen hat.

Abst. Am Sonntag, den 25. August, tagte unsere regelmäßige Monatsversammlung. Es war dies die erste Versammlung nach der Lohnbewegung. Das Referat über: „Nüchtern auf die verfloßene Lohnbewegung“ erstattete der Gauleiter, Redner hob hervor, daß, obwohl ein Tarifabschluß nicht zustande gekommen sei, die Zusagen der Unternehmer durchweg eingehalten werden. Bei der größten Firma am Orte, den „Vereinigten Expeditionshäusern G. m. b. H.“, betrage die Lohnhöhung pro Mann 1,50 Mark. Als Grundlohn sei festgesetzt ab 1. 8. 1912 = 23,80 Mk., ab 1. 10. 1912 = 24 Mk., ab 1. 1. 1913 = 24,50 Mk., und ab 1. 7. 1913 = 25 Mk. ohne Abzug. Bei den übrigen Firmen betrage die Erhöhung durchweg 1 Mk. bis 1,50 Mk. Bei den „Vereinigten Häusern“ ist eine Regelung der Arbeitszeit und der Sonntagsarbeit erfolgt. Allgemein halten sich auch die übrigen Unternehmer an diese Regelung. Bei der nächsten Bewegung, so hob Redner hervor, müsse es zum direkten Tarifabschluß kommen, Voraussetzung sei allerdings, daß die Kollegen der Organisation nicht nur treu bleiben, sondern diese ausbauen und vervollkommen, damit wir gerüstet dastehen. Nachdem noch der Tarifabschluß mit den Expediteuren der Nachbarstadt M.-Glabbach gestreift und hervorgehoben wurde, daß die Glabbacher Expeditionsarbeiter zu erheblich besseren Bedingungen arbeiten als die Rheider Kollegen, wurden die letzteren ermahnt, unermüßlich tätig zu sein, damit die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in beiden Städten einheitlich geregelt werden können. Bei den Verhandlungen in M.-Glabbach habe die Verhandlungskommission auf Schwierigkeiten gestoßen, weil die Unternehmer die Konturen ihrer Rheider Kollegen fürchten und so schwer zu einer weitgehenden Lohn-erhöhung zu bewegen waren. Es liegt also im Interesse unserer Kollegen, in beiden Städten die Organisation mustergültig zu gestalten. Das ist schon notwendig, um den wenig sozial angehauchten Unternehmern ihre Ausbeutungslust auszutreiben. Einen besonders traffen Fall von Ausbeutung und Unternehmerrücksichtslosigkeit unterbreitete der Referent dann der Versammlung. Bei der Firma J. o. h. L a n g e n i n R h e i d t war der Kollege J. W. nahezu ein Menschenalter, dreihundzwanzig Jahre, beschäftigt, und lebt nach einer kleinen Auseinandersetzung mit dem Herrn Johann Langen von diesem kurzerhand entlassen. Mancher von uns wird es nicht fassen können, daß aus den niedrigsten Anfängen heraus einem Kollegen die Entlassung gegeben wird. Und dabei handelt es sich um einen Kollegen, der als vollwertiger, tüchtiger, nützlicher und fleißiger Führer angesehen werden muß. Warum nun erfolgte die Entlassung? Weil unser Kollege nicht Tag und Nacht arbeiten wollte, weil er der einzig richtigen Ansicht war, daß, wenn man 11—12 Stunden im Tage gearbeitet hat, dann Feierabend gemacht werden muß und nicht, wie es Herr Langen verlangte, nach getaner voller Tagesarbeit eine Nachtreife angetreten werden sollte. Der menschenfreundliche Herr Langen mutete unserem Kollegen zu, nach geleisteter Tagesarbeit um 10 Uhr abends anzupacken und einen Transport nach Duisburg zu bringen. Es ist das einfach eine Unverschämtheit, eine solche Leistung zu verlangen. Der betreffende Führer käme am anderen Morgen in Duisburg an, würde um 11 Uhr vormittags von Duisburg wieder abfahren können, so daß er in der zweiten Nacht gegen 1 bis 2 Uhr wieder in Rheid ankäme. Das wäre also eine ununterbrochene Arbeitszeit von zwei Tagen und von eineinhalb Nächten, zusammen 42 Stunden, i. B.: zweiundvierzig Stunden. Wahrlich, der Geldhunger des Unternehmers erstickt jedes menschliche Empfinden. Was sagt denn die Führerverbandsberufsgenossenschaft zu solchen „Unfälle“? Sie ist es doch, die für die Opfer derartigen Ausbeutung aufkommen muß! — Eine andere Tour soll der Nachwelt überliefert werden: Dienstags tagsüber durcharbeiten, abends 11 Uhr anspannen und nach Ratingen fahren, Anfangs daselbst Mittwoch morgen gegen 9 Uhr, von Ratingen ab gegen 12 Uhr mittags, in Rheid an gegen 1 1/2 Uhr nachts. Donnerstags durcharbeiten in Rheid, abends 7 1/2 Uhr Tour nach Krefeld, sofort ausladen (Umzug eines Postkarters), gegen 3 Uhr ab Krefeld, in Rheid an gegen 7 Uhr morgens. Bis Mittag schlafen, dann wieder ins Geschäft. Es sind sogar Arbeitszeiten zu registrieren, wo der Führer in einem Zeitraum von neun Tagen sechs Tage bezw. Nächte durcharbeiten mußte. Ist das nicht unerbötig? Muß da nicht die Gesundheit des Arbeiters unbedingt untergraben werden! Und welche Belohnung zahlt denn nun Herr Langen für derartige heroische Leistungen? Die Antwort lautet: Keinen roten Pfennig! Wohl werden die notwendigen Auslagen vergütet, aber an eine Be-

zahlung dieser mehrgeleisteten Arbeit denkt der Herr Langen nicht. Aufgabe der Organisation muß es sein, aufklärend zu wirken, damit solcher Ausbeutung ein Riegel vorgeschoben wird. Rechnet man die Arbeitszeit dieses einen Kollegen zusammen, so hat er in den 23 Jahren seines Wirkens bei der Firma mindestens 30 Jahre Arbeitszeit zu buchen. Und der Dank dafür ist die — Entlassung! — Es gibt doch „h u m a n e“ Arbeitgeber. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wird einstimmig beschlossen, ab 1. 9. 1912 den 50 Pf.-Beitrag einzuführen und so in die erste Beitragsklasse aufzurufen. Hierauf Schluß der anregend verlaufenen Versammlung.

Spandau. Am Samstag, den 24. August fand unsere ordentliche Generalversammlung statt. Die gegen die Tagesordnung beantragte Fortsetzung der Berichterstattung vom Verbandstag wurde abgelehnt. Zu dem vom Kollegen Stahl gegebenen Geschäftsbericht, betreffend den geschäftlichen Verkehr, ist folgendes zu bemerken. Eingegangen sind: Briefe und Karten 51, Druckfachen 3 und Pakete 59. Ausgegangen: Briefe und Karten 81, Druckfachen 189 und Zirkulare 1760. Ferner wurden 27 Generalkontrollen, 3 Unfallfachen und ein Schreiben betr. Lohn an Unternehmer gerichtet. Versammlungen fanden 3, Sitzungen und Besprechungen 20 statt. Die Mitgliederzahl ist im zweiten Quartal von 577 auf 583 gestiegen. Der Kassenbericht weist an Einnahme einchl. Bestand vom vorigen Quartal 4232,07 Mark auf. Die Ausgaben betragen 2933,09 Mk., so daß am Schlusse des zweiten Quartals ein Diszassenbestand von 1248,98 Mk. erbleibt. Der Revisionsbericht beweist die ordnungsmäßige Führung der Kasse und wurde auf Antrag dem Kassierer Decharge erteilt. In der Diskussion, die eine recht rege war, wurde gegen den Beschluß der Vertrauensmännerkonferenz sowie gegen die in derselben angenommene Resolution protestiert und dieselbe mit 27 gegen 25 abgelehnt. Diefelbe lautet:

R e s o l u t i o n.

Die heute am 18. Juli im Lokal von Schubert tagende Vertrauensmännerkonferenz des Ortsvereins Spandau erklärt nach der heutigen Feststellung, daß der Kollege Schnefeld in der unobjektiven Weise den Bericht vom Verbandstage in der Generalversammlung gegeben hat. Der Vertrauenskörper beschließt, im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung in der nächsten Generalversammlung die Auffassung der heutigen Sitzung bekannt zu geben. Von einer Berichterstattung des Kollegen Gebert sowohl wie auch von einer weiteren Diskussion über den Schnefeldschen Bericht soll Abstand genommen werden. Alle Beschwerden werden hiernit als erledigt betrachtet.

Die Resolution wurde mit 15 gegen 9 Stimmen angenommen. — Die Wahl eines Geschäftsführers ergab, nachdem die Bewerbungen bekannt gegeben und die Bewerber sich vorgestellt hatten, 52 Stimmen für Kollegen Dürhard-Spandau und 45 für Kollegen Schuster-Berlin. Beschlossen wurde, dem Vertrauensstand die beiden Kollegen als Geschäftsführer vorzuschlagen. Sodann erfolgte die Wahl des Gauvorstandes. In denselben wurden drei Kollegen aus Spandau gewählt und zwar: Kollege Stahl mit 69, Kollege Rinow mit 62 und Kollege Appold mit 54 Stimmen. Kollege Rathmann wird als Beisitzer im Gauvorstand bestätigt. Dann nimmt der Vorstehende den Bericht des Gauvorstandes entgegen. Die von den Führernwähler Kollegen eingegangene Anregung, den Vertrauensstand zu ersuchen, möglichst bald eine Gaukonferenz einzuberufen, schloß sich die Versammlung an. Im Geschäftlichen weist Kollege Stahl noch auf unser am 12. Oktober stattfindendes Stiftungsfest hin. Ebenso auf die Ausfüllung der von dem Kartell herauszugehenden Fragebogen. Ferner auf den Verkauf von Protokoll- und Jahrbüchern. Der Antrag, eine Resolution mit einem Bericht über die heutige Generalversammlung an den Zentralvorstand zur Aufnahme in dem „Courier“ zu senden, wurde gegen eine Stimme angenommen. (Diese Resolution enthält eine Berichtigung zum Verbandsprotokoll, solche dürfen aber nach ausdrücklichen Beschluß des Verbandstages nicht im „Courier“, können vielmehr erst am nächsten Verbandstage erfolgen. Das müßte der Verfasser der Resolution, der selber Delegierter in Breslau war, wenn er aufgepaßt hätte, wissen. D. N.) Gegen die Aufnahme Barnos in unseren Verband, vorbehaltlich, daß derselbe keine Vertrauensämter mehr bekleiden kann, hat die Generalversammlung nichts einzunenden. Ferner stellt Kollege Schnefeld fest, daß er bei der Erhöhung der Beamtenehälter allein gegen diese auf dem Verbandstage gestimmt hat. Dann erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Spremburg. Am Sonntag, den 18. August, fand unsere Mitglieder-Versammlung statt. Arbeiter-Sekretär Lehmann sprach über Reichs-Versicherungs-Ordnung und Krankenkassen-Gesetz. Dann wurden die Kollegen aufgefordert, daß sie sich zahlreich an dem Gewerkschaftsfest in Hoyerweida beteiligen sollen. Ferner wurden die Zustände bei der Expeditionsfirma Hilfe besprochen. Einem unserer Kollegen gab die Firma Hilfe sofort die Entlassung, weil derselbe den Sonntagsdienst nach 11 Uhr nicht weiter gemacht hatte, und zum Stiftungsfest ging. Der Kollege fragte die Herren ob nicht ein anderer von seinen Kollegen den Dienst versehen könne, das wurde nicht gemacht. Der Kollege arbeitete 6 Jahre bei der Firma und hatte sich nie etwas zuschulden kommen lassen. Vor etlichen Wochen ist das Lau bei dem Fahrstuhl dieser Firma gerissen und so sind 5 volle Ballons Inhalt zerfallen. 2 Stunden vorher meldete ein Schaffner, daß das Seil nicht mehr fest sei. Aber der Herr Hilfe beachtete das gar nicht und ließ den Fahrstuhl gehen bis das Lau riß. Wir möchten den Kollegen Spremburg und Umgebung sehr ans Herz legen, wenn der 1. Oktober kommt, sie nicht für so einen Lohn von 3 Mk. den ganzen Tag bei der Firma Hilfe arbeiten. Es ist sehr zu bedauern, daß bei der Firm-

Hilfe sehr wenig Kollegen organisiert sind. Den Leuten geht es eben „sehr gut“. Sie verdienen pro Woche, die statischer 18 Mk., die Schaffner 17 Mk. Arbeitszeit von Freitag 6 Uhr bis Abends 7 Uhr und noch der Meibe nach Sonntagsdienst, welcher auch nicht bezahlt wird.

Schwetzkurt. Am 18. August fand hier eine öffentliche Versammlung statt, die sehr gut besucht war. Ein Kollege aus Würzburg hatte das Referat übernommen und sprach über: „Die sozialpolitischen Forderungen der Arbeiter im Handels- und Transportgewerbe“. Eingangs seiner trefflichen Ausführungen schilderte er die wirtschaftliche Lage der hiesigen Handels- und Transportarbeiter, die gerade in diesem Gewerbe übermäßig lange Arbeitszeit und die kurzen Ruhepausen. Gerade die lange Arbeitszeit sei schuld an den vielen Unfällen, die dann den Arbeitern in die Schuhe geschoben würden, abgesehen davon, daß unter solchen Verhältnissen von einem Familienleben nicht die Rede sein könne. Und dafür ein farger Hungerlohn, schlechte Kost, öfters brutale Behandlung und dann oft eine Schlafstelle, die man für Alles andere nur nicht für eine Wohnung von einem Menschen ansieht. An der Hand von statistischen Nachweisen stellte er den Zuhörern ihre soziale Lage klar vor Augen. Der lebhafteste Beifall bewies, daß er den Anwesenden aus den Herzen sprach. Mit einem kräftigen Appell an die noch unorganisierten Kollegen dem Verbande beizutreten und mit zu kämpfen schloß Redner. Zahlreiche Zusagen waren das Ergebnis seiner trefflichen Ausführungen. In der Diskussion trat klar zu Tage, daß die Verhältnisse der hiesigen Transportarbeiter, besonders Fuhrleute und Kutsher in argen liegen. Gerade in den größeren Fuhrwerksbetrieben ist deshalb ein solcher Wechsel der Kutsher daß öfters ein Dienstverhältnis nicht länger als drei Tage höchstens vierzehn Tage währt, und daß die Unternehmer statt tüchtige Arbeiter anständig zu zahlen und zu behandeln, lieber von der Herberge Leute angenommen und solchen Menschen ihre Fuhrwerke in die Hand geben. Darum heißt es noch für alle indifferente Kutsher und Fuhrleute hinein in den Deutschen Transportarbeiter-Verband, daß auch hier einmal andere Verhältnisse geschaffen werden durch gemeinsames Zusammenarbeiten.

Literarisches.

Mit Ruksack und Wanderstab. Unter diesem Titel erschien soeben eine von Jürgen Brand verfaßte Broschüre, die von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands herausgegeben ist.

Die Schrift handelt von Jugendwanderern, das gegenwärtig so recht im Schwange ist. Aber sie handelt von einer besonderen Art des Wanderns.

Die Wanderungen, die von der arbeitenden Jugend unternommen werden, sollen der körperlichen Erholung und der geistigen Erfrischung dienen. Dazu bedarf es des vernünftigen Wanderns. Vernünftiges Wandern aber ist eine Kunst, die gelernt sein will. In diese Kunst die arbeitende Jugend einzuführen, ist der Zweck der Schrift.

Ihr Erscheinen dürfte besonders von den Funktionären der proletarischen Jugendbewegung begrüßt werden, deren Aufgabe es ist, kleine und große Wanderungen zu veranstalten. Die Broschüre enthält eine Fülle praktischer Winke und Ratschläge für alle die Arbeiter, die die Organisation und die Leitung einer Wanderung sowie die Ausrüstung der Wanderer erheischen.

In Interesse der Förderung vernünftiger Jugendwanderungen wäre zu wünschen, daß die kleine Schrift in die Hände der arbeitenden Jugend bringe. Dafür sollten unsere Jugendauschüsse Sorge tragen.

Die Broschüre kostet 20 Pfg. und ist durch alle Buchhandlungen und Expeditionen sowie direkt vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68, zu beziehen.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Neue Verwaltungsstellen wurden gegründet: Am 1. September d. J. in Blankenburg im Harz. Bevollmächtigter: Ernst Wittig, Halberstädterstraße 1; Kassierer: Ernst Westerhausen, Behtenerstr. 5. Am 1. September 1912 in Dipboldtswalde. Bevollmächtigter: Alfred Schramm, Wolframsdoferstr. 12 B; Kassierer: Gustav Bräunig, Oberhoplay 156. Am 8. September 1912 in Dannerberg (Eibe). Vertrauensmann: Heinrich Wedmann, Wolfsplatz 8.

Berlora gegangen sind die Verbandsbücher nachstehend genannter Mitglieder:

In Berlin: Richard Sterniker, Spt.-Nr. 426 645, eingetr. 20. 1. 12; Erich Wartenberg, Spt.-Nr. 52 203, eingetr. 3. 3. 09.

In Hannover: Emil Feczawitz, Spt.-Nr. 175 485, eingetr. 5. 5. 11.

Falls diese Bücher vorgelegt werden, sind sie anzuhalten und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

Bekanntmachung.

Befehle worden sind nachstehend aufgeführte Stellen: Die in Nr. 27 des „Courier“ vom 7. Juli 1912 ausgeschriebene Stelle eines Geschäftsführers für unsere Verwaltung in Danzig; die in Nr. 29 des „Courier“ vom 21. Juli d. J. ausgeschriebene Stelle eines Ortsbeamten für die Verwaltung Spandau; die in Nr. 30 des „Courier“ vom 28. Juli d. J. ausgeschriebene Stelle eines Geschäftsführers für die Verwaltung in Lübeck; sowie der in Nr. 32 des „Courier“ vom 10. August d. J. ausgeschriebene Posten eines Bürobeamten für die Verwaltung in Bremen.

Der Vorstand.

Verantw. Redakteur: Karl Mühlhahn, Lichtenberg-Berlin. Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H. Druck: Maurer & Dimnick, Berlin, Köpenickerstr. 36/38.

Verbandsfunktionäre!

Triebvertrauensleute, Branchenleiter, Verwaltungsmitglieder, Distrikts-, Agitationskommissionsmitglieder und Obleute.

Am Donnerstag, den 26. September 1912, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Neue Philharmonie, Köpenickerstr. 96-97:

Allgemeine Funktionär-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Neugestaltung der Krankenversicherungsgesetzgebung. Referent: Geschäftsführer Herr Albert Kohn. 2. Diskussion. Beschäftliches.

Die grüne Legitimationskarte und das Mitgliedsbuch sind zwecks Abstempelung und Kontrolle am Eingang zur Versammlung vorzuzeigen

Ohne Karte und Buch kein Zutritt.

Voranzeige! Sonnabend, den 12. Oktober 1912:

Zur Feier des Stiftungsfestes Großer Kunstabend

in den Räumen der Brauerei Friedrichshain (Am Königstor).

Achtung! Kollegen, die zum Herbst d. Js. Soldat werden müssen. Achtung!

Wir machen ganz besonders darauf aufmerksam, daß die vorerwähnten Kollegen ihre Mitgliedschaft und die dadurch erworbenen Rechte nur dann aufrecht erhalten, wenn dieselben ihre Beiträge bis zur Woche ihrer Einziehung bezahlen und sich vorschriftsmäßig abmelden. Alle diejenigen, die dementsprechend abmelden, haben bei ihrer Rückkehr vom Militär sofort Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung, sobald sie mindestens 52 Wochenbeiträge entrichtet haben und außerdem stehen ihnen die Verbands-Arbeitsnachweise sofort zur Verfügung.

NB. Wer sich nicht vorschriftsmäßig ab- und anmeldet, geht seiner Rechte verlustig.

Achtung! Mitglieder des Kassierer-Bezirks 12 (Schönhauser Vorstadt).

Den Mitgliedern des Bezirks 12, Kassierer Ernst Gabler, zur Kenntnis, daß der Kollege Richard Fuchs, welcher bei uns als Aushilfskassierer tätig gewesen ist, die Verschuldigungen, die derselbe in der Versammlung am 29. August gegen den Vorstand und Bezirksleitung ausgesprochen, zurückgenommen hat. Fuchs erklärte in der Vorstandssitzung am 30. 8. 12 die ausgesprochenen Anschuldigungen nicht aufrecht halten zu können, da ihm jeder Beweis dafür fehlt. Ferner hat derselbe zugegeben, daß die Mitglieder von ihm nicht regelmäßig besucht worden sind.

Die Bezirksleitung Groß-Berlin.

J. A.: August Werner, Engelufer 14-15, Zimmer 34. — Telefon: Amt Dpl, 2382 und 4747.

Sektion I. Handelsarbeiter.

Achtung! Holzindustrie! Achtung! Kollegen, Packer, Hausdiener, Kutscher usw. aus Tischlerereien, Vergolderereien und Möbelgeschäften Berlins und Umgegend.

Am Donnerstag, den 19. Sept. 1912, abends 8 Uhr, Große Branchen-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Arbeitsnachweis 2.

Tagesordnung: 1. Bericht der örtlichen Generalversammlung. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Kollegen! In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollständiges Erscheinen Ehrenpflicht. Die Verbandsbücher sind zur Versammlung mitzubringen. Vertrauensmänner müssen aus allen, auch den kleinsten Betrieben gemeldet werden, damit zu jeder Zeit und Gelegenheit eine Verbindung zwischen den Berufskollegen und der Branchenleitung besteht. Die Delegierten sind besonders eingeladen. Die Branchenleitung.

Lederbranche.

Hausdiener und Packer aus obiger Branche werden ersucht, in der am Donnerstag, den 19. September, abends 8 Uhr, im Lokal von Richter, Klosterstr. 62, stattfindenden

Branchen-Versammlung

bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstag. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Diskussion. 4. Branchenangelegenheiten.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwartet das Erscheinen sämtlicher Berufskollegen.

Die Branchenleitung.

Buchhandlungen, Papier- und Zeitungsbranche, Hausdiener, Packer, Kutscher etc.

Am Montag, den 16. September, abends 8 Uhr, in den „Mitterfälen“, Zub. N. Bericht, Mitterstr. 75, Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: Alles Nähere durch Handzettel. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Branchenleitung.

Kauf- und Warenhäuser.

Hausdiener, Packer, Radfahrer, Schallner, Portiers, Fahrstuhl-Führer, Jugendliche, Chausseure der Kauf- und Warenhäuser! Am Donnerstag, den 19. Sept. abends 8 1/2 Uhr,

Branchen-Versammlung

in den „Dorona Festsälen“, Kommandantenstr. 72. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Christentum und Arbeiterchaft. 2. Diskussion. 3. Erziehung. 4. Branchenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwartet das Erscheinen sämtlicher Berufskollegen. Die Branchenleitung.

Vertrauensleute der Textilbranche.

Am Montag, den 16. September 1912, abends 7 Uhr, findet im Arbeitsnachweis, Alte Leipziger Straße 1, eine

Sitzung

sämtlicher Vertrauensleute und Delegierten der Textilbranche statt. Da wichtige agitatorische Fragen besprochen werden müssen, erwarten wir diesmal das vollständige Erscheinen aller Funktionäre.

Außerdem erfolgt in dieser Sitzung die Ausgabe des Verbandsprotokolls, sowie des Jahrbuchs des Gewerkschaftsvorstandes gratis an die Funktionäre.

Kollegen aus der Herren-, Damen- und Uniformbranche, sowie alle in Ladengeschäften tätigen Hausdiener, Packer, Radfahrer und Jugendliche!

Am Mittwoch, den 18. Sept. 1912, abends 8 1/2 Uhr, im Arbeitsnachweis, Alte Leipzigerstr. 1.

Branchen-Versammlung

Die Branchenleitung.

Einkassierer, Einnahmer und Kassenboten!

Voranzeige!

Am 20. November 1912, Bußtag veranstaltet unsere Branche wiederum einen Lichtbilder-Vortrag in den Prachtzälen „Alt-Berlin“, Blumenstr. 10, neben dem Residenz-Theater.

Rußland und Sibirien.

Bilder aus der russischen Revolution.

Vortragender: Ingenieur u. Schriftsteller P. W. Gremple, Billets 30 Pfg. bei den Vertrauensleuten.

Die Branchenleitung.

Am Donnerstag, den 26. Sept. 1912, abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei „Pfefferberg“, Schönhauser Allee 176, 2 Minuten vom Schönhauser Tor

Branchen-Versammlung mit Frauen.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Unsere Sonntagstrübe-Bewegung: a. Bericht der Überwachungskommission. b. Unsere Taktik nach dem 1. Okt. 1912. 4. Wahl eines Mitgliedes zur Branchenleitung. 5. Abstempelung der Kontrollkarten und Ausgabe der Billets zum Lichtbildervortrag am Bußtag. 6. Verbandsangelegenheiten.

Die wichtige und reichhaltige Tagesordnung erfordert vollständiges und pünktliches Erscheinen.

Die Vertrauensleute werden ersucht, bereits um 8 Uhr zu erscheinen.

Die Branchenleitung.

J. A.: LucEm.

Kolleginnen Zeitungsfrauen, Packerinnen, Verleserinnen etc.

Am Sonntag, den 22. Sept. 1912, abends 6 Uhr,

Lichtbilder-Vortrag

in „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c

„Eine Reise nach dem Bodensee“

Nachdem: Gemütliches Beisammensitzen mit Tanz.

Alles Nähere durch Handzettel. Die Branchenleitung.

Sektion II. Transportarbeiter.

Möbelpacker, Kutscher und Transportarbeiter.

Die Hochsaison im Möbeltransportgewerbe hat durch den Umzug begonnen. Die Möbeltransport-Unternehmer benutzen diese Zeit, um in wirtschaftlicher Beziehung ihre Interessen zu wahren. Damit nun auch unsere Kollegen der Möbeltransportbranche ihre in Angriff genommene Lohnbewegung mit vollem Erfolg beenden können, ist es dringend notwendig eine unermüdlige Agitation unter den Kollegen zu betreiben.

Alle indifferenten Kollegen, die dem Verbands noch nicht angehören, müssen diesem als Mitglieder zugeführt werden.

Nur durch eine starke Organisation werden die Möbeltransportarbeiter instande sein, auch ihre wirtschaftlichen Interessen wahrnehmen zu können. Ferner ist es Pflicht der Kollegen darauf zu achten, daß diejenigen Möbelpacker, welche von außerhalb nach Berlin begleiten, nach der Verbandszugehörigkeit befragt werden. Laßt Euch die Legitimationskarte des Verbandes zeigen!

Kollegen! Stärkt Eure Reihen, haltet hoch Euren Verband! Die Sektion II. J. A.: Albert Uthoff.

Branchenberater,

Branchenleiter, Betriebs-Vertrauensleute!

Jeder Funktionär der Sektion II muß es als seine vornehmste Aufgabe betrachten, für den Ausbau des Verbandes nach Innen und Außen Sorge zu tragen. Die Branchenleitungen haben darauf zu achten, daß die Vertrauensmänner-Billets stets in Ordnung gehalten werden und weiter dafür zu sorgen, daß Betriebsvertrauensleute, welche aus ihren Betrieben ausscheiden, sofort durch andere ersetzt werden. Kein Betrieb darf ohne einen Vertrauensmann sein! Den Betriebsvertrauensleuten erwächst die Pflicht, für die Ausbreitung und Aufrechterhaltung der Organisation unter feinen Arbeitkameraden im Betriebe Sorge zu tragen; außerdem müssen die Vertrauensleute die für sie zuständigen Branchensitzungen unbedingt besuchen und ferner ihre Branchenleiter und Branchenberater über Mißstände und sonstige Vorkommnisse die auf das Arbeitsverhältnis Bezug haben in Kenntnis setzen.

Die Sektion II. A. Uthoff.

Vertrauensleute aus allen gewerblichen Fuhrwerksbetrieben, wie Bau- und Arbeitsfuhrwerk, Geschäfts-, Reklame-, Spedition-, Möbel- und sonstigem gemischtem Fuhrwerk.

Unter Führung der Leiter der Fuhrherren-Zentrale der Herren Beck und Fahrenkrug wird der Versuch unternommen, eine sogenannte

Selbe Organisation

der Kutscher Berlins zu gründen.

Die Fuhrherren von verschiedenen Betrieben versuchen zu diesem Zwecke ihre Kutscher zu überreden, sich an der Gründung einer solchen Harmonieaufsichtungsorganisation zu beteiligen und laden deshalb die Kutscher zu Zusammenkünften mit den Fuhrwerksbesitzern und deren Betriebsinspektoren ein.

Wir rüsten deshalb an alle Betriebsvertrauensleute und unsere gesamten Verbandskollegen die dringende Aufforderung, dafür zu sorgen, daß alle derartigen Anforderungen sofort und energisch zurückgewiesen werden. Auch ist die Verbandsverwaltung von allen derartigen Vorgängen sofort auf dem schnellsten Wege zu verständigen.

Kollegen! Die Gründung einer gelben Organisation soll nur dazu dienen, eure berechtigten Wünsche auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen niederzuhalten. Die Führer haben das Bestreben, ihre Stützer in der bisher gewohnten Weise ausbeuten zu wollen. Darum, Kollegen, sorgt dafür, daß die Machenschaften der Scharfmacher im Führergewerbe zu schanden werden. Die Sektionsleitung.
F. A. M. Uthig.

Rollkutscher, Begleiter und Bodennarbeiter.

Laut § 1. des Tarifvertrages Absatz 3 beträgt der Lohn ab 1. September 1912 für alle Kutscher und erwachsenen Begleiter 32,50 Mk. für die Woche.

Nach Absatz 4 des § 1. beträgt der Lohn vom selben Tage ab für Bodennarbeiter und Stalleute im Aufwag 28,50 Mk. und nach vierteljährlicher Dienstreit 30,50 Mk. für die Woche.

Falls sich Betriebe finden sollten, die diese Bestimmung des Vertrages nicht beachten, so ersuchen wir die Kollegen dem Verbandsbüro hiervon Mitteilung zu machen.

Kohlenarbeiter!

Laut des Lohnvertrages unter B, Absatz 1 beträgt der Stundenlohn ab 30. September d. J. 47 1/2 Pf. Wir ersuchen alle Kollegen darauf zu achten, daß diese Bestimmung auf allen Kohlenplätzen zur Durchführung gelangt. Falls sich Firmen finden sollten, die diese Bestimmung des Vertrages nicht beachten, so ersuchen wir die Kollegen dem Verbandsbüro hiervon Mitteilung zu machen. Die Branchenleitung.

Kellerarbeiter und Kutscher aus den Grossdestillationen, Wein- und Biersandgeschäften, wie den Mineralwasser- und Essigfabriken Berlins und Umgegend.

Am Mittwoch, den 18. September 1912, abends 8 1/2 Uhr, im Arbeitsnachweisssaal, Alte Leipzigerstr. 1

Große Branchen-Versammlung

Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Kapital und Arbeit einst und jetzt“. Referent Kollege D. Mitschke. 2. Diskussion. 3. Bericht über die örtliche Generalversammlung. 4. Geschäftliches.

Kollegen! Zweck Abstempelung der Kontrollkarten sind die Mitgliedsbücher mitzubringen, und am Eingang zur Versammlung vorzuzeigen. Erscheint in Massen! Die Branchenleitung.

Fenster- und Messingputzer!

Am Mittwoch, den 18. September, abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung

im Engl. Garten, Alexanderstr. 27 c. Tagesordnung: Lichtbildervortrag: „Eine Reise nach dem Bodensee“. Alles Nähere durch Handzettel. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Branchenleitung.

Bierfahrer aus sämtlichen Jungbier-Brauereien Gross-Berlins.

Am Freitag, den 20. September 1912, abends 7 Uhr, Saal 8, Gewerkschaftshaus, Engel Ufer 14-15 große Versammlung

Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission über die stattgehabte Verhandlung mit dem Verein der Obergährigen Brauereien. 2. Diskussion und Beschlußfassung. Kollegen Jungbierfahrer! Da es sich um eure Existenz handelt, erwarten wir, daß Ihr alle erscheint. Keiner darf fehlen! Die unorganisierten Kollegen und die Genossenschaftler sind besonders eingeladen.

Die Kommission. Die Branchenleitung.

Kollegen! Fräse-, Hobel- und Schneidmühlkutscher sowie Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend!

Drei Bezirks-Versammlungen

in folgenden Lokalen: Bezirk des Nordens: Wisnau, Demminerstr. 85. „ „ Ostens: St. Stein, Borchagenerstr. 85. „ „ Südens u. Südostens: St. Hier, Naumnstr. 9.

Tagesordnung in allen drei Versammlungen: 1. Bericht von der örtlichen Generalversammlung. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten. Am vollständigen Besuch wird gebeten. Verbandsbücher und Legitimationskarten sind mitzubringen. Die Branchenleitung.

Kollegen! Kutscher, Milnfahrer, Stalleute und Arbeiter aus den Bau- und Arbeits-Fuhrwerksbetrieben von Lichtenberg und einem Teil des Ostens von Berlin!

Am Montag, den 23. September 1912, abends 8 1/2 Uhr, bei J. Ertelt, Lichtenberg, Pfarrerstr. 74

Bezirks-Branchen-Versammlung

Tagesordnung: 1. Ein Rückblick auf die letzte Lohnbewegung. Referent: Kollege Otto Franke. 2. Diskussion. 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

Kollegen! In Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht, daß Ihr alle, Mann für Mann, in dieser Versammlung erscheint. Kein Kollege darf fehlen! Neue Mitglieder werden aufgenommen. Auch sind die Verbandsbücher nebst Legitimationskarten mitzubringen!

Sitzung der Vertrauensleute!

Am Donnerstag, den 19. September 1912, abends 8 1/2 Uhr, bei Johann Jakob, Lichtenberg, Müggelstr. 16. Kollegen! Sorgt dafür, daß jeder Fuhrwerksbetrieb der oben genannten Branche aus dem Bezirk Lichtenberg und einem Teil des Ostens von Berlin durch zwei Vertrauensleute vertreten ist.

Verbandsbücher sind zur Kontrolle mitzubringen. Die Branchenleitung.

Kollegen! Kutscher, Milnfahrer, Stalleute und Arbeiter aus den Bau- und Arbeits-Fuhrwerksbetrieben von Moabit, Wedding und Reinickendorf.

Am Mittwoch, den 25. September 1912, abends 8 1/2 Uhr, im Funkes Gesellschaftshaus, Triftstr. 68

Bezirks-Branchen-Versammlung

Tagesordnung: 1. Ein Rückblick auf die letzte Lohnbewegung. Referent Kollege Otto Franke. 2. Diskussion. 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

Kollegen! In Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht, daß Ihr alle, Mann für Mann, in dieser Versammlung erscheint. Kein Kollege darf fehlen! Neue Mitglieder werden aufgenommen. Auch sind die Verbandsbücher nebst Legitimationskarten mitzubringen.

Sitzung der Vertrauensleute!

Am Mittwoch, den 18. September 1912, abends 8 1/2 Uhr, bei August Marsand, Selterstr. 11.

Kollegen! Sorgt dafür, daß jeder Fuhrwerksbetrieb der oben genannten Branche aus dem Bezirk Moabit, Wedding und Reinickendorf durch zwei Vertrauensleute vertreten ist. Verbandsbücher sind zur Kontrolle mitzubringen. Die Branchenleitung.

Jugend - Abteilung.

Am Sonntag, den 29. September 1912, Gr. Schlachtfest in Münchehofe

im Gasthof „Zu den drei Linden“. Nach dem Mittagessen, bestehend aus einer Portion Blut- oder Leberwurst mit Salzkartoffeln und Sauerkohl, humoristische Darbietungen und Vorträge

und bei günstiger Witterung Spiele im Freien. Der Nachmittagskaffee kostet pro Tasse 10 Pf. In dem Lokal ist frisch gebackener Kuchen zu haben. Mittagessen wird nur zwischen 12 und 1 Uhr verabfolgt. Da wir die nötige Anzahl Portionen eine Woche vorher bestellen müssen, ist die rechtzeitige Entnahme einer Teilnehmerkarte erforderlich.

Teilnehmerkarten zum Preise von 50 Pf., wofür eine Portion Blut- oder Leberwurst geliefert wird, sind im Büro, Michaelstr. 2 und im Gewerkschaftshaus, Zimmer 82 erhältlich.

Versammlungen.

Abteilung Neudöln am Sonnabend, den 14. Sept., abends 9 Uhr, bei Labbert, Steinmehstr. 114.

Tagesordnung: Vortrag, Besprechung der Winterveranstaltungen, Wahlen und Berufliches.

Abteilung Schöneberg am Sonntag, den 15. September, nachmittags 2 1/2 Uhr, bei Bauer, Kolonnenstr. 42.

Tagesordnung: Vortrag, Besprechung der Winterveranstaltungen und Berufliches.

Abteilung Süd-Ost am Mittwoch, den 25. Sept., abends 9 Uhr, bei Wählfisch, Skalitzerstr. 22.

Tagesordnung: Vortrag, Besprechung der Winterveranstaltungen und Berufliches.

Abteilung Schönhauser Vorstadt II. Am Sonntag, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Max Flug, Danzigerstr. 71.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Fr. Waack über: „Von der Arche Noah's bis zum modernen Riesenschiff.“ 2. Ansprache. 3. Delegierten-Ergebniswahl für die General-Versammlungen Groß-Berlin. 4. Erörterung wichtiger Abteilungsangelegenheiten.

Sektion IV.

Privat-Chauffeure.

Berlin. Am Mittwoch, den 18. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von E. Müller, Prinz Louis Ferdinandstr. 8, nahe Weidenbammer Brücke:

Monats-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Pflichten und Rechte der Chauffeure in der Gesetzgebung.“ 2. Diskussion. 3. Bericht von der Quartals-Generalversammlung. 4. Die Agitationsstätigkeit unserer Berufs-kollegen und Verschiedenes.

Kollegen! Es ist endlich an der Zeit, daß unsere Versammlungen von denjenigen Kollegen ebenfalls besucht werden, die es bisher niemals für nötig gehalten, in unseren Zusammenkünften zu erscheinen. Also erscheint diesmal zahlreich.

Die Branchenleitung.

Droschkenführer des Bezirks Ost, Südost u. Lichtenberg.

Am Freitag, den 20. September 1912, vorm. 9 Uhr:

Versammlung der Nachtfahrer.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Koll. Barwig über: „Der Kampf des Proletariats und die Produktion in der Gegenwart.“ 2. Diskussion. 3. Berufsfragen und Verschiedenes.

Der Bezirksführer. S. Helm.

Kraftdroschkenführer. Bezirks-Versammlungen:

Bezirk Reinickendorf. Am Dienstag, den 24. September, abends 6 Uhr, bei Mertens, Hanfa-Gasse Seestraße.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Koll. B. Schacht über: „Modernes Raubrittertum.“ 2. Diskussion. 3. Berufsfragen und Verschiedenes.

Bezirk Charlottenburg. Am Dienstag, den 24. September, abends 6 Uhr, bei Wernicke, Bismarck-Gasse Sesenheimstraße.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Koll. A. Becker über: „Die Entwicklung des Kapitals.“ 2. Bezirksangelegenheiten und Verschiedenes.

Bezirk Schönhauser Vorstadt. Am Mittwoch, den 25. September, abends 6 1/2 Uhr, im Genossenschafts-Wirtshaus, Stargarderstr. 8.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Bezirksangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Bezirk Neudöln. Am Dienstag, den 17. September, abends 8 Uhr, bei Schönemann, Welsch-Gele Donaufstraße.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Koll. M. Zeising über: „Fakultative Unterstützungseinrichtungen und Haftpflicht.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Bezirk Wedding. Am Mittwoch, den 18. September, abends 7 Uhr, bei Ragerawski, Kavenestr. 6.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Bezirksangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Kollegen! Euer eigener Stellennachweis erleichtert Euch das Stellensuchen, regelt eure Löhne und erspart Euch alle Nebenausgaben in Annoncen usw., darum meldet jede Euch bekannt werdende offene Stelle an unseren Stellennachweis, Michaelstr. 2. Telephon: Amt Moritzplatz, 1906, 3348.

Die Bezirksführer.

Geschäfts- und Lastwagenauffeure.

Die nächste Versammlung

findet am Sonntag, den 22. September, vorm. um 9 1/2 Uhr, in Schulzes Prachtstraße, Münzstr. 17 (Eingang Königsgraben kleine Tür) statt.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Rathmann über: „Kollisionsgefahren zwischen Straßenbahnen und Automobilen.“ 2. Diskussion. 3. Bericht von der letzten Generalversammlung. 4. Berufsangelegenheiten.

Beiträge können am Eingang des Saales entrichtet und Neuaufnahmen vollzogen werden.

Kollegen! In Anbetracht der sehr interessanten Tagesordnung, besonders des Vortrages, erwarten wir eurerseits eine zahlreiche Beteiligung.

Die Branchenleitung der Geschäfts- und Lastwagenauffeure im Deutschen Transportarbeiter-Verband.

Berliner Lokales.

Ge funden worden ist im Grunewald unweit Velthof ein Plaid; abzuholen bei E. Tragisch, Stolpischestr. 33.

Des gleichen ein Sommerdeck, abzuholen bei Wentsch, Pantstr. 62.

Fahrgeld kann sich derjenige Kollege beim Portier des Warenhauses Wertheim abholen, welcher am 28. August dortselbst einen Herrn hingefahren hat.

Sektion V.

Industriearbeiter. Branchen-Versammlungen:

Lager-, Hilfs-, Hof- und Transportarbeiter von den Betrieben Eisenglassereien, Maschinen- und Fuhrwerkfabriken.

Am Sonntag, den 15. September, vormittags 10 Uhr, im Lokal von Kramer, Süssenstr. 40.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Drtmann über: „Wirten die Gewerkschaften Kulturfördernd.“ 2. Diskussion. 3. Bericht von der örtlichen Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

Lager-, Hilfs-, Hof-, Platz- und Transportarbeiter von den Eisenschmelzern und Eisenplätzen, sowie Konstruktionswerkstätten.

Am Sonntag, den 15. September, vormittags 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 5.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Bericht von der örtlichen Generalversammlung. 3. Verschiedenes.

Packer, Lager-, Hilfs- und Transportarbeiter der Branche 4 (gemischte Betriebe).

Am Sonntag, den 22. September, vormittags 9 1/2 Uhr, im Arbeitsnachweis, Engelauer 15, 3 Tr.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Bericht von der örtlichen Generalversammlung. 3. Verschiedenes.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Kettig, Berlin. Verlagsanstalt „Courter“, G. m. b. H. Druck: Maurer & Damm, Berlin, Köpenickerstr. 86/88.